



Masterarbeit
Titel der Masterarbeit

Moderne Arbeitsmarktmethoden und deren Anwendung in Tschechien und der Slowakei

Verfasser
Tassilo Maleta BA

angestrebter akademischer Grad
Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 066/824
Masterstudium Politikwissenschaften
emer. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Grundprobleme in Industriegesellschaften (Ost-West) bis 1989	3
Das politische Umfeld der ersten Arbeitsmarktkrise	6
Teilzeit, Durchbruch und Wende am Arbeitsmarkt	16
Teilzeit, Schlüsselverständnis zur neuen Beschäftigung	17
Die Schaffung eines modernen Arbeitsmarktes und seine Grundbedingungen	17
Flex Security: Innovation am Arbeitsmarkt.	26
Drei komplementäre Beziehungen: Arbeitsmarkt - Sozialpolitik - Ökonomie	28
Jugendarbeitslosigkeit, Grund und Gegenmaßnahmen	30
Leiharbeit am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland	38
Leiharbeitsmarkt in den Mitteleuropäischen Ländern	46
Kurzarbeit: Innovation der Industriearbeit	51
Definition der Kurzarbeit	52
2 Management: neue Strukturen schaffen einen neuen Arbeitsmarkt	57
Probleme durch den Strukturwandel in Europa	67
3 Die Slowakei – Entstehung und wirtschaftspolitische Entwicklung	71
Eine erste politische Wende und die Reformen am Arbeitsmarkt	73
Der demografische Wandel	75
Die Steuerreform 2004	76
3.4. Die sozialen Maßnahmen	77
Transformation mit Umsicht	79
Von der Rüstungsindustrie zum Automobilbau	80
Fazit und Ausblick	82
4 Die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Tschechien	83
Die Tschechoslowakei unter dem kommunistischen System zwischen 1948 – 1989	84
Der Transformationsprozess nach dem Fall des Kommunismus	86
Aktive Arbeitsmarktpolitik in Europa und Grundprobleme	92
Forschung und Technologiepolitik - ein kurzer Einblick	93
Arbeitsmarkt: Versuch eines Grundsatzes und Fazit	96
Literaturverzeichnis	97
Abstract (deutsch)	103
Abstract (English)	104
CV Tassilo Maleta B.A.	105

MODERNE ARBEITSMARKTMETHODEN UND DEREN ANWENDUNG IN TSCHECHIEN UND DER SLOWAKEI

1. Einleitung und Grundprobleme in Industriegesellschaften (Ost-West) bis 1989

Eine Gemeinschaft von Menschen bildet immer eine Organisationsstruktur. Egal welche, in diesem Fall, Erwerbstheorie untersucht wird, sie bildet immer Regeln und Verhaltensweisen. Diese können recht unterschiedlich aussehen und müssen unter Umständen nicht einmal staatlich sein. Doch es bleiben Strukturen kollektiven Handelns, welche bestimmte Aufgaben haben.

„Politisches Handeln im eigentlichen Sinne ist möglich, weil die sozialen Akteure als Teil der sozialen Welt über (mehr oder weniger richtige) Erkenntnisse dieser Welt verfügen und weil man die soziale Welt beeinflussen kann, indem man diese Erkenntnisse beeinflusst.“¹

Vom Erfolg gemeinschaftlichen Verhaltens hängen viele Legitimationssysteme ab. Das Renommee von Politikern und Parteien ist davon genauso betroffen wie andere Subsysteme. Durch eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik steigt die Akzeptanz von Gesetzen und Verhaltensregeln innerhalb einer Gesellschaft. In modernen Volkswirtschaften sind die Beschäftigungsmodelle fast ausschließlich auf den Gelderwerb ihrer Bürger gekoppelt. Die Bevölkerung ist damit auf Einkommen aus Beschäftigungsverhältnissen angewiesen. Wenn diese Aufgabe von einem Staat nicht gesetzlich organisiert wird, kann dies weite Kreise ziehen. Im schlimmsten Fall sind gesellschaftliche Konflikte nicht mehr lösbar und es kommt zur Ablehnung ganzer gesellschaftlicher Vorstellungen und Einstellungen. Ab diesem Zeitpunkt beginnt das eigentliche politische Handeln.

¹ Bourdieu 2013, S.11.

„Die ökonomisch-soziale Welt – Erkenntnisobjekt für die in ihr lebenden sozialen Akteure – übt ihren Einfluss nicht in Gestalt mechanischer Determinierung aus, sondern in Gestalt einer Beeinflussung dieser Erkenntnis.“²

Demokratien müssen auf diese Probleme reagieren und eine Antwort auf Beschäftigungs- und Konjunkturkrisen finden. Jedoch gestaltet sich ein solches Unterfangen schwierig, wenn es nicht dauerhaft auf die politische Agenda gesetzt wird. Doch warum ist die Beschäftigungspolitik für alle Menschen ein so wesentlicher Aspekt?

Die sozialen und ökonomischen Probleme auf Grund hoher Arbeitslosigkeit können zu unkontrollierbaren Verwerfungen in der sozialen Welt führen. Die Auswirkungen auf den einzelnen Menschen sind deshalb genau untersucht worden. Bis heute sind solche Erhebungen Grundlage moderner Arbeitsmarkt-Forschung.

In der Weltwirtschaftskrise von 1928 bis 1930 wurde in der mittlerweile berühmten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ von Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel die Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit beschrieben.³ Das Ergebnis der Studie war Bahnbrechend. Menschen ohne Arbeit reagieren auf diese Situation nicht mit Wut oder Revolte, sondern vielmehr mit Resignation.⁴ Die Rolle der Arbeit ist damit nicht nur als Arbeitsstätte, sondern auch als Mittelpunkt des sozialen Lebens integriert. Die zwischenmenschliche Aktivität steigt mit der Beschäftigung und der Erwerbstätigkeit. Bis heute verdeutlichen anthropologische Studien, wie wichtig Arbeit ist. So hat sich seit der Marienthal-Studie nicht viel geändert. Auch heutige Untersuchungen zeigen, dass mit der fehlenden Beschäftigung auch der Zusammenbruch des Alltags erfolgen kann. Der Sozialanthropologe Christopher Hann verdeutlicht dies in seinen Studien über Ostdeutschland:

„In der DDR mögen sie ärmlich bezahlt worden sein, aber die Jobs verschafften praktisch jedem eine sichere Identität.“⁵

² Ebd.

³ Vasek 2013, S55.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd., S.59.

So stiftet Beschäftigung eine positive soziale Identität und abseits dieses Modells lässt sich eine moderne Gesellschaft kaum entwickeln. Eine Idee ohne identitätszuweisende Beschäftigung ist für die Mehrheit der Menschen wohl kaum zu entwickeln. So bleibt es eine Schlüsselfrage, wie es organisiert und am Leben erhalten werden kann.

Seit dem Ende des Jahres 1989 lassen sich einige neue politische Einstellungen gegenüber der Beschäftigungspolitik herausarbeiten. Ausgehend von der Schuldenkrise der Lateinamerikanischen Staaten in den 1980 Jahren wurde ein neues Konzept für Entwicklungs- und Schwellenländer ausgearbeitet. Es führte auch dazu, dass diese Schwellenländer mit den ehemaligen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas verglichen wurden. Auch sie litten teilweise unter der Verschuldungskrise und geringer Produktivität.⁶ Bis heute ist die Konsolidierung des Staatshaushaltes für alle Volkswirtschaften ein zentrales Anliegen des politischen Handelns. Diese ursprünglichen Überlegungen werden dem Ökonomen John Williamson und dem mit ihm verbundenen „Washingtoner Konsens“ zugeschrieben.⁷ Seit dieser Zeit unterliegt der alte Kontinent einer wesentlichen politischen und ökonomischen Veränderung. Hinzu kam der Niedergang von sozialistischen Staaten in Mittel und Osteuropa. Geopolitisch sowie in der Beschäftigungspolitik musste einiges neu gedacht werden. Jedoch ist ein wirtschaftliches und politisches Ende des Kommunismus noch kein „Persilschein“ für eine bessere Beschäftigungspolitik und stabile Wirtschaftslage. Damit bleibt die Arbeitsmarktpolitik eine offene Frage. Staatlichen Institutionen und Organisationen müssen sich weiterhin ständig mit diesem Thema beschäftigen, da es mit ziemlicher Sicherheit nie eine endgültige Antwort auf diese Problematik geben kann.

Welche Antworten können heute daraus entwickelt werden? Welche Mittel müssen wo eingesetzt werden, um eine wirksame und nachhaltige Beschäftigung zu erreichen? Interessant sind die verschiedenen Ansätze der Mittel- und Osteuropäischen Staaten aus verschiedenen Gründen. Zunächst einen ist der Wirtschaftsraum für alle Beteiligten überschaubar. Zum anderen sind die vorhandenen Industrien und Dienstleistungen unterschiedlich organisiert und verfolgen trotz gegenseitiger Abhängigkeit unterschiedliche Herangehensweisen am Arbeitsmarkt. Nicht nur unter dem Staatssozialismus waren die Länder verschieden entwickelt, auch danach haben sich die Transformationsprozesse höchst unterschiedliche dargestellt.

⁶ URL.: http://www.econstor.eu/bitstream/10419/3082/1/372946925.pdf?origin=publication_detail. Schweickert. 26.05.2014.

⁷ URL.: http://www.econstor.eu/bitstream/10419/3082/1/372946925.pdf?origin=publication_detail. Schweickert. 26.05.2014

Eine wenig beachtete Revolution am Arbeitsmarkt betrifft den technologischen Wandel der Arbeitswelt. Dieser traf offenbar alle Länder seit den 90er Jahren vollkommen unvorbereitet. Die neu entwickelten Berufe, die daraus hervorgehen könnten, müssen erst noch erdacht und organisiert werden. Auch von diesem neuen Aspekt hängt eine gute Beschäftigungsquote in einem Land ab. Darüber hinaus ist die Bedeutung des Welthandels für alle nationalen Volkswirtschaften gestiegen. Wie weit hier eine Strategie entwickelt worden ist und welche Bedeutung dieser Bereich für die Beschäftigten hat, wird weiter abgehandelt werden.

Durch die schweren Wirtschaftskrisen in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts zogen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg einige Konsequenzen. Durch eine mehr oder weniger organisierte Planungsperiode bis in die 1960er Jahre hinein entstand ein wirtschaftlich neues Europa. Ost- wie Westeuropa schufen kleine wie große Wirtschaftswunder. Die westeuropäischen Wirtschaftsmodelle sahen im Vergleich relativ ähnlich aus. Bis in die 1970er Jahre hinein ergaben sich ein enges Netzwerk aus Kapitalbeteiligungen zwischen Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen.⁸ Jedoch stellten sich schon zwischen 1957 und 1960 in der Bundesrepublik Deutschland Fragen nach der Wertorientierung. Nach dem materiellen Wiederaufbau machte sich ein zunehmendes Gefühl des Abgeschlossenen sein, sich breit. Die menschlichen Bedürfnisse waren durch die Friedensschlüsse und das Wirtschaftswunder abgedeckt worden. Nun stellten sich die Selbstverwirklichung sowie postmaterielle Ziele und Werte in den Raum.⁹ Die Parallelen dieser Entwicklung lassen sich in ganz Europa rekonstruieren und trotz der ideologischen und militärischen Spaltung des Kontinentes beobachten. Der Kapitalismus des Wiederaufbaus bekam jedoch Risse.

Das politische Umfeld der ersten Arbeitsmarktkrise

Die erste Arbeitsmarktkrise sollte folgen. Mitte der 1970 Jahre kam es selbst im Sektor der Schwerindustriegüter zu einem Überangebot. Auf der anderen Seite war das Lohnniveau hoch, und in Westeuropa die Arbeiterbewegung gut organisiert. Dies führte zu einer ökonomischen Abwärtsbewegung, da eine Überkapazität von nicht gebrauchten Gütern entstand. Damit verringern sich die Produktivität sowie die Profitabilität ganzer Branchen. In weiterer Folge kam es zu Inflation und Nachgeben der Aktienkurse. Sie sind ein Gradmesser

⁸ Andersen, Bitzegeio, Mittag (Hrsg.), 2011, S.67.

⁹ Ebd.

für den psychologischen Optimismus in die Wirtschaft¹⁰, zumindest für die Personen, die darin investieren können.

„Offensichtlich braucht die industrialisierte Welt ein neues Wirtschaftsmodell, das Investitionen in gewinnträchtigere Hightech-Betriebe lenkt“¹¹

Für die kommunistischen Staaten war der System und Strukturbruch der Schwerindustrie allerdings noch schwerer zu verkraften. Denn in gegen der Annahme von außen war die monolithische Elite äußerst schwach und befanden sich in einem eigenartigen Würgegriff.

Zum einen gab es mächtigen Interessen der Schwerindustrie. Zum anderen gab es die enormen Rüstungsausgaben. Die so verursachte Mangelwirtschaft wurde immer strukturimmanenter und die Krise, verursacht durch einen extremen Mangel an zivilen Gütern, wurde immer tiefer. Die Folgen waren schwerere Versorgungsprobleme. Darüber hinaus hielten die sowjetischen Eliten am Prinzip der Kommandowirtschaft fest. Doch was bedeutet dies im konkreten Fall? Die einflussreichen unteren Ränge der politischen wie wirtschaftlichen Hierarchie blieben komplett unbeweglich. Die Leiter der Partei, die Direktoren der Rüstungsfabriken sowie Angestellte des militärischen Planungsbüros bewahrten sich ihr vitales Interesse am Erhalt des militärisch-industriellen Komplexes. Der Strukturbruch in der Wirtschaft blieb aber unübersehbar. Erste Versuche, neue Wege in der kommunistischen Wirtschaft zu beschreiten wurden schon 1965 unternommen. Alexei N. Kossygin, Sowjetischer Ministerpräsident jener Tage, konnte das Problem der überbordeten Kontrollmechanismen aber genau so wenig überwinden. Vor allem die privilegierten Sektoren hatten alles unternommen um bei Investitionen nicht ins Hintertreffen zu gelangen. Erst diese Privilegien und das Ignorieren des Strukturbruches brachten den nötigen wirtschaftlichen Umbau vollkommen zum Erliegen.¹²

„...[...]da sich der Kapitalstock weitgehend in der Schwer- und Rüstungsindustrie konzentrierte. Runde 75 Prozent des Industrieausstoßes entfielen auf Produktionsgüter, trotz wiederholter Versuche, den Anteil der Konsumgüter von 25 Prozent zu steigern. In Marktwirtschaften war das umgekehrte Verhältnis die Norm.“¹³

¹⁰ Priestland 2010, S.620.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd., S.620 ff.

Dennoch blieben die Beschäftigungsquoten der sozialistischen Länder sehr hoch, Arbeitslosigkeit war in solchen Wirtschaftssystemen nicht vorgesehen. Der Arbeitsmarkt war eng mit dem Staat und seiner Ökonomie verbunden. Dennoch wurde in dieser Zeit versucht, die Industriebranchen umzustellen. Doch von Kohle und Stahl lässt sich nur schwer auf Konsumgüter umstellen. Unter "Konsum" wurde in sozialistisch geführten Ländern auch was anderes verstanden. Er hatte eine symbolische Funktion und sollte allgemein zur Verfügung gestellt werden. Ob dies den Lebensstandard und die Beschäftigung wirklich erhöht musste sich noch bewiesen. Im Fokus stand die Arbeitsproduktivität. Eine neue Konsumgüterindustrie sollte etabliert werden.

Doch so einfach konnten die Konzepte nicht verglichen werden. Schon im Jahr 1956 war zu diesem Zwecke eine Kommission eingerichtet worden, die auf Basis von Vergleichszahlen und veröffentlichten Statistiken den Lebensstandard zu berechnen versuchte. Aufgrund dieser Erkenntnisse sollte der Standard in weiterer Folge erhöht werden. Doch diese Vergleiche gestalteten sich schwierig, denn es wurde zwischen Bruttosozialprodukt in westlichen kapitalistischen Ökonomien und Nationaleinkommen in der Sowjetunion sowie unter den sozialistischen Staaten verglichen.¹⁴

Ein wichtiger und interessanter Aspekt war die Berechnungsgrundlage. Um die Sowjetunion in ihrem Entwicklungsstand besser aussehen zu lassen wurde entschieden bei der Berechnung der amerikanischen Arbeitsproduktivität nicht von den Beschäftigten auszugehen sondern die US Arbeitslosen mit einberechnet. Hinzu kam die gezielte Ausklammerung der amerikanischen Automobilindustrie, Sie wurde als nicht erforderlicher Wirtschaftssektor bezeichnet.¹⁵ Doch die sozialistischen Staaten hatten alle einen Denkfehler begangen. In der quantitativen Produktion schienen die Zahlen für alle positiv zu verlaufen. Im Bereich der qualitativen Kriterien fehlte dem Modell allerdings die moderne Industrie, hinzu kam die fehlende Effizienz bei Investitionen, ein unsichtigerer Umgang mit Rohstoffen fehlte komplett.

Der Versuch die Industriearisierung hoch zu halten schien kein erfolgreiches Konzept zu sein. Eine Ausweitung in andere Produktgruppen schien wohl nicht in Betracht zu kommen. Die

¹³ Ebd., S. 620.

¹⁴ Greiner, Müller, Weber 2010, S. 285 ff.

¹⁵ Ebd., S. 285 ff.

Rüstungsindustrie war zu dominierend. Ihre Produktionskapazitäten waren enorm doch erwirtschaftete sie keine Devisen. Diese waren zu allen Zeiten für die Staaten wichtig. Vor allem fehlte es an westlichen Exportgütern. Diese waren nötig um den Staatshaushalt zu finanzieren. Auch die Idee eines koordinierten Vorgehens aller ökonomischen Institutionen fehlte trotz des strengen Produktionsregimes. Der industrielle Wandel wurde mehr ignoriert als gefördert. Die Produkte waren immer die Selben und die Produziert wurden waren mangelhaft und kaum erhältlich.

Diese immer wieder anhaltende und weiterentwickelte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hat offenbar einen historischen Kern in Osteuropa. Der Politologe Klaus von Beyme hat in seiner historischen Überblicksarbeit von zwei systemwechsel geschrieben. Der erste Schritt folgte am Anfang des 20. Jahrhunderts. Hier wird von einem Frühkapitalismus gesprochen. In weiterer Folge kommt ein zweiter Systemwechsel hinzu. Es kommt zur sozialistischen Phase. Die jedoch im Gegensatz zu westlichen Demokratien eine radikale Form darstellt. Der Staatssozialismus endete in der Zeit von 1989/91. Der kommunistische Gesellschaft und Machttypus dominierte die Entwicklung der Menschen in Mitteleuropa. Aber er beherrschte sie nicht vollkommen. Die Brüche in diesem System waren zu deutliche als das sie ignoriert werden konnten. Zum anderen mangelte es an umsichtigem Management, die administrative Kommandowirtschaft war systembedingt verschwenderischer im Umgang mit Kapital, Arbeit und Rohstoffen.¹⁶

Zwei wichtige Einsichten lassen sich daraus ableiten. Zum einen ist das Fehlen von modernen Managementmethoden ein Strukturproblem, nicht nur in Osteuropa, sondern ganz allgemein in unserer gegenwärtigen Zeit. Zum anderen fehlte es an einer schlüssigen Theorie der modernen Wirtschaftssektoren. Was also kann als Vergleichswert in der Beschäftigungspolitik herangezogen werden? Die Produktivität kann bei aller Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme herangezogen werden. Die Steigerung ist nicht immer leicht ersichtlich. Zum einen kommt es auf das Volumen an. In jedem Fall kann es keine Investition bei gleichzeitigem Sparen des Kapitals geben, wie auch kein technischer Fortschritt ohne Forschung zustande kommen kann. So ergibt sich kein technischer Fortschritt, er bedeutet immer Mehraufwand.¹⁷ Zum anderen zeigen Erfahrungsberichte, dass die Produktivität stark ansteigt, wenn sich der arbeitende Mensch für die Arbeit interessiert und sie persönlich nehmen kann.

¹⁶ Segert, Dieter.2014.,S.27.

¹⁷ Fourasrie.1952. S.73.

In der Produktion kommt es zu einer Berechnung des Lohns, der in vielen Fällen nicht die Leistung der Arbeit widerspiegelt. Dies hat sich bis in die moderne Gesellschaft getragen. Heute werden immer noch die Löhne nach Arbeitsstunden und nicht nach deren Leistung bezahlt.

„Die Auffassung hat ihre Ursache nicht ausschließlich darin, dass der Lohn meist nach der Zeit und nicht nach der Leistung berechnet wird; sie ist traditionsgebunden und geht auf die älteste geschichtliche Vergangenheit zurück.“¹⁸

Zu Beginn der 1970 Jahre, als der Schwerindustrie-Komplex nicht mehr die dominante Rolle als Arbeitgeber spielen konnte, ergab sich ein ganz neuer Beschäftigungszweig in den westlichen Industrieländern. Der tertiäre Sektor weitete sich langsam aus, zunächst durch den Ausbau der staatlichen Bürokratie. Später bildete sich ein starker privatwirtschaftlicher Sektor heraus. Die Vision und Voraussage des französischen Philosophen Jean Fourasrie erfüllte sich. Er beschrieb schon Anfang der 50er Jahre eine Welt nach der industriellen Revolution. Der Inhalt seiner Idee hat wohl unsere heutige Welt vorhergesagt. Doch wo liegt genau seine große Idee? So sah er den weiteren Verlauf der Beschäftigung grundsätzlich in der Dienstleistung. Darin enthalten ist nicht nur die Möglichkeit einer humaneren Welt sondern auch eine Idee der Vollbeschäftigung und einer menschenwürdigen Erwerbsarbeit.

„So wird der tertiäre Wert immer mehr das Wirtschaftsleben bestimmen; deshalb kann man sagen, dass die Zivilisation des technischen Fortschritts eine tertiäre Zivilisation sein wird.“¹⁹

Die Statistik der Bundesrepublik Deutschland kann verdeutlichen, in wie fern die These auch tatsächlich eingetroffen ist. In den westlichen Industriestaaten sieht die Bewegung hin zum tertiären Sektor durchaus vergleichbar aus. In den sozialistischen Staaten hat es einen modernen Dienstleistungssektor bis 1990 nicht gegeben. Vor allem keinen der privatwirtschaftlich

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd., S.102.

organisiert worden wäre. Diese Strukturschwäche ist bis heute ein Problem vor allem für Volkswirtschaften, die Ihre Hauptbeschäftigung in der Industrie aufgebaut haben.

	1950	1960	1970	1980	1990
Primärer Sektor:					
Erwerbstätigenanteil (%)	24,6	13,7	8,5	5,2	3,5
Produktivität (‰) (1960 = 100 %)	41	100	195	441	749
Sekundärer Sektor:					
Erwerbstätigenanteil (%)	42,6	47,9	48,9	43,4	39,7
Produktivität (‰) (1960 = 100%)	43	100	200	414	646
Tertiärer Sektor:					
Erwerbstätigenanteil (%)	32,7	38,3	42,6	51,4	56,8
Produktivität (‰) (1960 = 100%)	47	100	207	443	682

Abb.: Wirtschaftssectoren in der BRD 1950 -1990²⁰

Das größte Beschäftigungswachstum des tertiären Sektors war zu Beginn dem Staat zu verdanken. Später kam Handel, der Tourismus sowie Dienstleistungen aller Art hinzu. Sie begannen die Führung in der Beschäftigung zu übernehmen. In den sozialistisch geführten Staaten war das Verbrauchermodell ein anderes. Im Kommunismus war nur ein geringer Teil des Haushaltsgeldes für die Wohnung, kommunale Dienste, öffentlicher Verkehr sowie Kinderbetreuung aufzuwenden. Die Kleinhandelspreise waren hoch subventioniert. Durch diese Preispolitik war die Bevölkerung auch nicht angehalten, mit dieser Ware sinnvoll umzugehen. Auf der anderen Seite mussten die Betriebe, auf die Bedürfnisse ihrer Abnehmer auch keine Rücksicht nehmen. Die tatsächlich benötigte Ware wurde kaum hergestellt. Aufgrund von Monopolbetriebe war dem Austausch einer Angebot- und Nachfrage Ökonomie jegliche Dynamik genommen. Von 1959 bis 1960 Jahren existierten verschiedene Expertenkommissionen, die wissenschaftlich begründeten, was pro Kopf benötigt oder eben nicht benötigt wurde. Diese Planung umfasste nicht nur die Lebensmittel, sondern auch Kleidung, dauerhafte Konsumgüter, Wohnung, Freizeit oder öffentlichen Dienstleistungen. Diese sogenannte „Perspektivenplanung“ diente bis 1980 als Grundlage der Produktion.²¹ Der gewaltige technologische Rückstand in der Konsumgüterindustrie und der Dienstleistung ist seit den 1960er Jahren nicht mehr aufgeholt worden. Erstaunlich bleibt die geringe tech-

²⁰ Didier, URL.: <http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/106049.html> [18.Juni.2013]

²¹ Greiner, Müller, Weber. S.289 f.

nologische Dynamik der Produktion. Sie beschränkte sich darauf, den Westen und seine Konsumgüter nachzubauen. Der Rückstand war jedoch mit den fehlenden Investitionen nicht zu erklären. Das Unvermögen zur Diffusion der technischen Dynamik in allen Wirtschaftsbereichen erzeugte keine positiven Effekte. Die Idee, militärische Grundlagenforschung auch für den zivilen Verbraucher und somit für den Konsum anzuwenden, gab es nur in den USA.

„Die entscheidende Ursache für die Niederlage der Sowjetunion im Wettbewerb um den Konsum war die administrative Kommandowirtschaft.“²²

Neben der Kommandowirtschaft ergab sich ein zweites Feld, das sich nach dem Ende des Kalten Krieges für die Sozialistischen Staaten als Problem erweisen wird und sich bis heute am Arbeitsmarkt widerspiegelt.

Das Modell einer Verteidigungswirtschaft ließ einen riesigen Rüstungssektor entstehen. Die Waffenexporte erbrachten enorme Devisen. Dafür wurde auf den Weltmärkten umfangreich in Landwirtschaftserzeugnisse und Konsumgüter investiert. Zum anderen war dieser Sektor so übermächtig in Zeiten des Friedens, dass immer mehr zivile Aufgaben dem Militär zufielen. Die Streitkräfte hatten große Bereiche vollkommen in der Hand, sie übernahmen Aufgaben im Straßenbau, der Eisenbahn, Wohnungen und Pipelines waren ihre neuen Einsatzfelder. Hinzu kamen Dienstleistungen im Finanzbereich und Ingenieurwesen, sowie in fast allen anderen zivilen Bereichen. Darüber hinaus ergaben sich Aufgaben im Sport, dem Tourismus und im Gesundheitssektor.²³ Im Jahr 1985 entfielen schon 40 Prozent der Gesamtproduktion in der Sowjetunion auf den militärischen Sektor. Der Anteil der zivilen Produktion innerhalb des Militärs wurde immer höher. Im Jahr 1995 sollte dieser Ausstoß schon 60 Prozent betragen.²⁴ Das Problem blieb trotz hohem Beschäftigungsstand und gut ausgebildeter Arbeitskräfte die Produktivität. Dies sollte sich nach dem Ende des sozialistischen Systems bitter rächen, denn die Beschäftigungszahlen konnten ohne Produktivität kaum aufrecht gehalten werden. Selbst ohne Konkurrenz aus dem Ausland war und ist es ein schwer zu überwindendes Faktum, bis heute bleibt der Schlingerkurs in den Ländern erhalten.

²² Ebd., S. 293

²³ Ebd., S.272 ff.

²⁴ Ebd., S.272.

„Von 0,1 Prozent im Zeitraum von 1966 bis 1970 ging die Gesamtfaktorproduktivität der Industrie auf -2,3 Prozent im Zeitraum von 1981 bis 1985 zurück.“²⁵

Der viel zu hohe Anteil des Rüstungssektors führte zu einer totalen Verzerrung der ökonomischen Struktur. Zum einen war der Kapitalstock auf die Schwer- und Rüstungsindustrie gelegt. Rund 75 Prozent lagen in Produktionsgütern, rund 25 Prozent in den Konsumgütern, in den westlichen Industriestaaten war der Anteil genau umgekehrt die Norm.²⁶ Das Fehlen eines modernen Managements sowie einer sehr fokussierten Wirtschaft im primären und sekundären Rüstungssektor erschwerten nicht nur Reformen. Nachdem sich bis 1989 diese Regime und Konzepte dahinter kaum mehr halten ließen, folgte hauptsächlich eine neoliberale Revolution.

Vor allem jenseits der entwickelten Volkswirtschaften schlugen diese Konzepte voll ein. Der Paradigmenwechsel war nicht aufzuhalten und die Folgen dementsprechend. Jedoch stellt sich die Herangehensweisen der einzelnen Staaten bis heute sehr unterschiedlich dar. Die ineffiziente Industrie einer Planwirtschaft war praktisch über Nacht den Kräften eines freien Marktes ausgesetzt. Dies führte zwangsläufig zu einer tiefen Rezession, gefolgt von einer hohen Arbeitslosigkeit und extremer sozialer Ungleichheit in den betroffenen Gesellschaften. Im Sowjetblock war der Schock noch tiefer. Im Jahr 1992 schrumpfte die Volkswirtschaft um 17 Prozent und begann sich erst drei Jahre später zu erholen.²⁷

Der Grund, warum die mitteleuropäischen Staaten wesentlich besser abschnitten, lag in ihrem immer noch lenkbareren Staatsapparat. Viele Eliten hatten sich schon Ende der 80er Jahre dem einem starren System abgekoppelt. Polen, Ungarn und Slowenien sowie Tschechien und die Slowakei lösten eine Schocktherapie in ihren Volkswirtschaften aus. Auf Kosten eines Booms aus. Durch die Option auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union verlief vieles kontrollierter und nachhaltiger denn als Voraussetzung zur Mitgliedschaft ist ein funktionierender Rechtsstaat unabdingbar. Zumindest sind die Entkoppelungen der Schwerindustrie vom Militärischen Komplex gelungen. In wieweit der Arbeitsmarkt modernisiert worden ist und welche Mittel es dazu gibt wird weiter unten in dieser Arbeit ausgeführt. Denn moderne

²⁵ Ebd., S.273

²⁶ Ebd.

²⁷ Priestland, 2009, S.667.

Organisationsstruktur und nachhaltige Überlegungen sind für alle Staaten notwendig. Und diese müssen erst organisiert werden.

In den ehemals sowjetischen Republiken war die Lage sehr viel schlimmer. Der Staat war schon durch die Kommandowirtschaft undenkbar geworden. Die schwache Regierung hatte weder die Kraft noch die Autorität, Gesetze für eine Marktreform durchzusetzen. Eine so korrupte wie kleptokratische Volkswirtschaft kam aus ihr hervor, die Investitionen mehr ab als anzog und die Gewinne dem Staatswesen entzog. Das Resultat war eine verheerende Wirtschaftskrise, die schlimmer war als die amerikanische Wirtschaftskrise der 1930er. Der Internationale Währungsfonds war in seiner Ideologie gedemütigt und darüber hinaus war es ein Rückschlag für den Westen und seine Idee von einer liberalen Demokratie für Jedermann, oder besser : für jeden Staat auf dieser Welt.²⁸ Gleichzeitig bleiben die Fragen offen, wie schaut eine moderne Arbeitsmarktpolitik aus? Der allgemeine Wohlstand ist und bleibt eine wesentliche Konstante in einer entwickelten Gesellschaft. Durch enorme Fachmängel seitens der Beamtenschaft und ein schlechtes Management lehnten die westlichen Politiker, die seit den 80er Jahren die staatliche Verwaltung inne hatten jegliche Veränderung der Ökonomie ab. Eine moderne Beschäftigungspolitik wurde nicht in allen OECD Staaten etabliert. Durch den Finanzkollaps von 2008 müssen für alle Teilnehmer andere Spielregeln erdacht werden.

„Wenn die Globalisierung jedoch ohne weiteres Chaos fortgesetzt werden soll, muss Prometheus, der rationale Planer, Hermes den Händler zügeln, wie er es 1945 schon mal getan hat.“²⁹

Welche Ansätze und welches Problembewusstsein, aber auch welche innovativen Ideen sind für einen modernen Arbeitsmarkt nötig? Denn der Strukturbruch lässt sich unabhängig davon in allen Industrieländern gleich welches politische System finden. Jedoch haben einige Staaten offenbar die besseren Mittel gefunden, diese zu überwinden.

Woher kommen diese Überlegungen und wie schauen sie aus? Grundsätzlich wird die Arbeitslosenquote nach einer einheitlichen Formel in allen Volkswirtschaften gleich berechnet. Was diese Rechnung nicht aufweist ist die Struktur der Gesellschaft, im Einzelnen etwa das

²⁸ Ebd., S.668 ff.

²⁹ Ebd., S.686.

Ausbildungsniveau oder die verschiedenen Branchen einer Wirtschaft. Diese Faktoren sind jedoch wesentlich, da die Beschäftigungsquote von diesen Faktoren abhängig ist.

Berechnung der Arbeitslosenquote:³⁰

$$1) \quad \text{Arbeitslosenquote} = \frac{\text{Arbeitslose}}{\text{Erwerbstätige} + \text{Arbeitslose}} \cdot 100$$

Westliche Industriestaaten haben immer wieder mit hohen Arbeitslosenraten zu kämpfen. Jedoch scheint es einigen immer besser zu gelingen, mit dem Problem fertig zu werden. Grundursache scheint immer noch ein gewisser Strukturbruch zu sein. Auch waren die westlichen Staaten im Allgemeinen sehr unterschiedlich strukturiert und organisiert. So hatten etwa die Niederlande im Jahr 1986 ein Arbeitsmarkt-Desaster in ihrem Land. 1984 lagen schon die Arbeitslosenzahlen bei fast 14 Prozent der Erwerbstätigen, eine fast gleich hohe Zahl war schon durch Berufsunfähigkeit zur Frührente dem Arbeitsmarkt entzogen. Nach anderen Berechnungsschlüsseln lag die Arbeitslosenquote konstant bei 27 Prozent, die Sozialhilfeempfänger und die geförderte Weiterbildung war schon hinzugezählt.³¹ Zur selben Zeit hatte Österreich ganz andere Zahlen aufzuweisen. Auch wenn die Ära der Vollbeschäftigung zu Ende ging und sich die Struktur der Wirtschaft änderte. Die Zahlen der Beschäftigten waren deutlich andere. Im Jahr 1980 lagen die Erwerbslosenquote bei erstaunlichen 1,9 Prozent auf 1983/84 lagen sie bei rund 5 %. In den Jahren 1990 erreichten sie einen Höchststand von 7,2 Prozent.³² Jedoch konnte sich Holland sehr gut entwickelt und weist heute neben Österreich eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union auf. Welche Zugänge führten zu solchen Ergebnissen? Für den Transformationsprozess von postkommunistischen Gesellschaften sind die Tschechische Republik und die Slowakei idealtypisch für den Vergleich. Ihre unterschiedlichen Einwohnerzahlen sowie das unterschiedliche Industrieniveau können als Vergleichswert aller anderen sozialistischen Länder herangezogen werden. In wie weit sie neben der Restrukturierung auch neue Beschäftigungsmethoden übernehmen soll hier Gegenstand der Untersuchung sein. Denn zu einer modernen Wirtschaft gehört auch ein moderner Arbeitsmarkt. Grundproblem in West und Osteuropa blieb der Strukturbruch. Dieser Trifft alle Volkswirtschaften gleich. Die großen Branchen wie der Bergbau und die Stahlindustrie, die viel Personal benötigten fand ein Ende. Früher oder später muss ein neues Zusammenspiel der Erwerbsarbeit gefunden werden.

Wie schon oben beschrieben ist die Dienstleistung der Träger einer neuen Beschäftigungspolitik. Jedoch ist diese nicht so einheitlich und die Produktivität ist schwer zu errechnen. Denn eng verbunden mit der Dienstleistung ist auch der technologische Wandel. Zum ersten Mal ist auch die Forschung sowie deren Fertigungstechnik ein Teil der Produktionskosten geworden. Früher war dies nicht so. Da ein großer Teil dieses Bereiches lag in der Obhut der Universitäten und der Grundlagenforschung. So ist also nicht nur ein Wandel in der Industrie und deren Beschäftigungsstruktur zu finden. Sondern auch im gesamten Verständnis von Produktion und Arbeit.

Die Wirtschaft in Westeuropa und den USA hatte jedoch auch einen entscheidenden Unterschied zu den Sozialistischen Staaten. Sie war auch in den hohen Zeiten des Keynesianismus niemals so staatlich Regulierte wie im Sowjetischen oder Jugoslawischen Modell.¹ Nebenbei war die Produktion nie so auf den Militärisch industriellen Komplex ausgerichtet. Eine monetaristische Idee gibt es im Sozialismus nicht. Die Planungskommissionen legten die Schwerindustrie vor der Konsumgüterindustrie. Dadurch wurde der Strukturbruch nach 1989 noch schwieriger für die betroffenen Staaten.² Denn eine alte Industrie zu modernisieren war für viele Unmöglich da die finanziellen Mitteln nicht mal für die Löhne gereicht hat.

Der Strukturbruch wurde im Westeuropa durch den schnelleren sozialen Wandel früher erkannt. Daher konnte auch schneller reagiert werden. Durch das Auflösen ganzer volkswirtschaftlicher Strukturen viel der Wandel in den Sozialistischen Staaten viel drastischer aus. Viele Arbeitsplätze konnten so einfach nicht ersetzt werden. Der Staat als all umfassende Koordinator viel aus. Für die Modernisierung und Umstrukturierung wurde von den untersuchten Staaten ein neoliberales Wirtschaftsmodell gewählt. Für die Beschäftigungspolitik wurde jedoch nur in dieser Dimension gedacht. Um einen Arbeitsmarkt auch nachhaltig Effizienz zu Modernisieren muss auch der Rechtsstaat in einer modernen Form vorhanden sein und als Gesetzgeber sich durchsetzen.

Wie jedoch Beschäftigung sowie der soziale Frieden in Westeuropa aufrechterhalten worden ist zeigen die folgenden Kapitel.

³⁰ URL.: <http://www.teialehrbuch.de/Kostenlose-Kurse/VWL/images/261.jpg>. [01.08.2014]

³¹ Visser, Hemerijck. 1989. S.21.

³² Talos/Fink.2008.S.23

¹ Segert.2014.S.97.

² Segert.2014.S.88.

Teilzeit, Durchbruch und Wende am Arbeitsmarkt

Das Dogma, soziale Sicherung auch ohne Arbeit zu gewährleisten war aufgegeben worden. Ein Land, das ohne den strukturellen Komplex der Schwerindustrie auskam, schaffte als erstes Land in Europa, den Spagat zwischen Schaffung neuer Arbeitsplätze und fiskalischem Konservatismus ohne dafür sein sozialstaatliches Modell aufzugeben. So schuf die Republik Holland einen Neuanfang mit sozialer Sicherheit. Innerhalb eines Jahrzehntes (1983-1992) sind die Arbeitslosenzahlen halbiert worden.

Zu Beginn der 70er Jahre hatte Holland die gleichen Probleme wie jeder andere Wohlfahrtsstaat in Westeuropa auch. Der industrielle Wandel ging an den Niederlanden nicht spurlos vorüber, hinzu kam der strukturelle Wandel in der Gesellschaft. Zum einen wurden die Menschen immer älter, zum anderen gingen Geburtenraten zurück. Wachsende Gesundheitskosten und die Zunahme eines individuellen Lebensstils machten dem sehr koordinierten Sozialstaat zu schaffen. Bestehende Beschäftigungsverhältnisse wurden zunächst unter hohen Kosten gehalten, jedoch waren die gesellschaftlichen Annahmen in diesem Fall nicht zeitgemäß: Es wurde immer das vom Mann erzielte Familieneinkommen berechnet und ausgegangen. Doch dieses überholte Modell wurde aufgegeben. Neben der gesetzlichen Gleichstellung der Geschlechter erfolgte auch eine breitere Beschäftigungspolitik. Auch die Einnahmen für die sozialen Sicherungssysteme wurden auf alle erweitert. Dabei stehen verschiedene Politikbereiche im Vordergrund. Es existiert ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitsbeziehungen, sozialer Sicherung und Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang werden sehr stringente Ansichten befolgt. Im Arbeitsrecht werden die Positionen des Arbeitnehmers in beschäftigten Organisationen wie der Gewerkschaft definiert. Die sozialen Rechte werden in Holland nach dem U.S. Ökonomen T.H. Marshall folgend vom Arbeitsmarkt getrennt. Diese Rechte dienen dem Schutz der nicht arbeitenden Bevölkerung. Die Alten und Kranken sowie der Arbeitslose wird durch öffentliche Institutionen garantiert geschützt. In einem wichtigen Politikbereich ergibt sich eine Zwitterposition. Das Recht auf Arbeit betrifft vor allem Menschen, die außerhalb des Arbeitsmarktes stehen. Es geht dabei um die Einbeziehung und Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsrechte konkretisieren sich über Tarifverhandlungen und Mitbestimmung der Beschäftigten, im Gegensatz zu den sozialen Rechten, die sich in Sozialversicherungsansprüchen und der Sozialhilfe institutionalisiert haben. Das Recht auf Arbeit zwingt alle Beteiligten-, und den Staat im Besonderen zu einem Aufrechterhalten der Vollbeschäfti-

gung, sowie zu einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik“. ³³ Auch wenn es große nationale Unterschiede zwischen den Wohlfahrtsstaaten gibt und die nationale Souveränität eine wichtige politische Konstante darstellt, lassen sich durch Vergleiche und Untersuchungen die Richtung, der Reformen herauslesen. Wie lässt sich dieser Umstand so einfach erklären? Alle Staaten sind vor das gleichen Problem gestellt, es gehört unabhängig von ihrer wirtschaftspolitischen Vergangenheit zu den Aufgaben der Politik für eine breite und nachhaltige Beschäftigung zu sorgen. Die Bereiche Lohnbildung, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik sind miteinander zu berücksichtigen. ³⁴ Anhand des niederländischen Beispiels kann eine moderne Arbeitsmarktpolitik modelliert werden. Die Innovationen sind gut erforscht und können von allen Staaten modifiziert und übernommen werden.

Teilzeit, Schlüsselverständnis zur neuen Beschäftigung

1.3.1 Die Schaffung eines modernen Arbeitsmarktes und seine Grundbedingungen

Das Ziel moderner Arbeitsmarktreformen liegt in der Erhöhung der Leistungsfähigkeit. Dabei gilt es, ein neues Gleichgewicht zwischen Löhnen und Sozialleistungen zu schaffen. Dies bedeutet im Fall des niederländischen Modells Lohnzurückhaltung. Warum ist dies der Fall? Wenn sich aus Zwang oder Selbstzweck eine Nationalökonomie wirtschaftlich öffnet, dann muss ein beträchtlicher Teil des Wohlstandes im Ausland erwirtschaftet werden. Da Holland eine der liberalsten Ökonomien in Europa darstellt, mussten sich die Sozialpartner neben der Lohnzurückhaltung auch den realen Wechselkurs abgesenkt werden, denn ohne fiskalische Maßnahmen dieser Art ergibt sich keine dynamische Exportwirtschaft. Damit die wettbewerbsfähige Wirtschaft nicht sozial erodiert, müssen Energie und Konsumgüter für alle erschwinglich bleiben. Die Lohnzurückhaltung erlaubt auch den Aufbau einer neuen Dienstleistungsgesellschaft. Dieser Bereich ist bisher eher ungenau definiert worden, da unter Dienstleistung zu viel verstanden werden kann. Es beginnt bei der Raumpflege und endet bei der intensiven und hoch komplexen Finanzberatung. Bis heute ist der Sektor sehr rasant gewachsen. Jedoch bildet er sehr uneinheitliche Regelungen. Das kann Grund genug sein auch in diesem Bereich stärkeres politisches Engagement zu zeigen. Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer spielen eine zentrale

³³ Visser, Hemerijck. 1989. S.29.f.

³⁴ Ebd., S. 29.

und stabilisierende Rolle, solange Sie Ihre Institutionen austauschen und aufeinander zubewegen. Nun tauschten die Sozialpartner ihre Interessen aus. Gewerkschaften wechselt mit den Arbeitgebern Lohnzurückhaltung gegen moderate Verringerung von wöchentlichen und Jahresarbeitszeiten aus.³⁵

Im zweiten Tauschgeschäft wurde die Lohnzurückhaltung durch niedrige Sozialabgaben und Steuern kompensiert. Die öffentlichen Finanzen verbesserten sich und durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich wurde die Steuergrundlage verbreitert.³⁶ Die Umverteilung der Arbeit durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit spielt eine vergleichsweise geringe Rolle. Der Grund dafür ist die Tatsache, dass Teilzeit die Arbeitszeit komplett aufspaltet. Die Erwerbsarbeitszeit zu verringern, wäre nur bei Vollarbeitszeit möglich.

„Viel wichtiger war die außerordentliche Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen, die verstärkte Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben und der Austausch von älteren Arbeitnehmern gegen jüngere, billigere und möglicherweise flexiblere und qualifiziertere Arbeitnehmer“³⁷

Die Gewerkschaften waren Ende der 80er Jahr und zu Beginn der 90er Jahre durchaus geschwächt, sie erfüllen auch weiterhin wichtige institutionelle Aufgaben. Durch Lenkung und Verhandlungsunabhängigkeit erreichen sie zusammen mit den Arbeitgeberverbänden einen höheren Gesamtwirkungsgrad am Arbeitsmarkt. Staaten, die ihren Gewerkschaften ein sicheres politisches Umfeld einräumen, schafften es offensichtlich besser, einen effektiveren Arbeitsmarkt aufzubauen. Länder, die Gewerkschaften mit einem öffentlichen Charakter ausstatten haben, erreichen damit einen höheren Korporatismus. Ein Wachstum der Ökonomie folgt nicht automatisch daraus, aber es ist eines der wichtigsten Instrumente und Institutionen, um eine breitere und gerechtere Beschäftigung zu erreichen.

Offenbar, so das Beispiel der Niederlande, ergibt sich eine breite Beschäftigung mit Wirtschaftswachstum aus drei Faktoren:

³⁵ Visser, Hemerijck. 1989. S.29.f.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd., S.33.

1.: Mäßige Lohnzuwächse, Entwicklung von arbeitsintensiven Dienstleistungen und einer Umverteilung der Beschäftigten.³⁸

Die Notwendigkeit einer Lohnzurückhaltung ergibt sich in Holland aus dem internationalen Wettbewerb. Da es wie fast alle europäischen Länder den Export nicht auf Rohstoffen basieren lassen kann, sind Lohnstückkosten ein wesentlicher Faktor der Produktion. Die verarbeitende Industrie musste mit dem internationalen Wettbewerb mithalten, die Preise blieben auf längere Sicht berechenbar, was für die Exportwirtschaft eine entscheidende Größe ist. In der Beschäftigung kommt ein Doppeleffekt heraus: Zum einen erhöhte es den Exportanteil der handelbaren Dienstleistungen und Güter und schuf damit neue Arbeitsplätze zum anderen wurden die noch vorhandenen Stellen nicht gestrichen, sondern trugen zum Erhalt am Arbeitsmarkt bei. Doch eine Lohnzurückhaltung kann nicht stehen bleiben, eine freiwillige Zurückhaltung von Einkommen ging einher mit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Hinzu kommt ein Verzicht auf Beschneidung der Arbeitsrechte. Die Teilzeit hat also eine Reduktion der Kosten, nicht aber aller anderen Arbeitsrechte zur Folge. Doch die Personen mit einer Erwerbsunfähigkeitsrente, die in Österreich Frührentner genannt wird wurden in Holland fast ersatzlos gestrichen, damit waren sehr große Kosten nicht mehr vorhanden. Das Budget hatte keine Ausgabendynamik mehr entfalten können.

„Im Jahr 1989 drohte die Zahl der Personen, die von der Erwerbsunfähigkeitsrente lebten, eine Million zu erreichen, ein Sechstel der Erwerbstätigen.“³⁹

Die Folgen für das Staatsbudget waren so dramatisch, dass die Regierung vieles daran setzte, vor allem die Beamten aus der Frühverrentung auszunehmen und sie die Lohnzurückhaltung mittragen zu lassen. Nach langem Streit führte die Sache zum Erfolg, der enge Korporatismus und die Aussichten dass durch Lohnzurückhaltung neue Arbeitsplätze geschaffen werden, brachte die Wende. Doch woran lagen die grundsätzlichen Probleme? Wie können soziale Sicherheit und der Wohlfahrtsstaat im 21. Jahrhundert abgesichert und finanziert werden? Dabei lässt sich der Kern des Problems eingrenzen und auf einen Nenner bringen.

³⁸ Ebd., S. 44

³⁹ Ebd., S.35.

„Die politische Führung kam zu der Erkenntnis, dass die Achillesferse des umfangreichen, aber passiven sozialen Sicherungssystems das niedrige Niveau der Erwerbsbeteiligung war.“⁴⁰

Das Niveau der Erwerbsbeteiligung wurde in den Niederlanden bis Anfang der 90er Jahre durch Teilzeit sehr gut bewältigt. Auffällig bleibt, dass dabei der soziale Kontext nicht verloren geht. Ein radikaler Kahlschlag des sozialen Gefüges wie in Großbritannien stand für die holländische Republik nicht zur Debatte. Der Reformierte soziale Umbau und, der Erhalt des Wohlfahrtsstaates standen mehr im Vordergrund. Im Jahr 1996 hatten 6,8 Millionen Menschen eine bezahlte Arbeit, ausgehend von den Daten ab 1982 bedeutet es eine Zunahme von 25 Prozent. Die Wachstumsrate der neuen Arbeitsplätze lag bei 1,6 Prozent. Die Ergebnisse sind so gut, dass sie mit der amerikanischen „machine Jobs“, welche Anfang der 1990er Jahre geschaffen wurde locker mithalten konnte.⁴¹

Bemerkenswert ist darüber hinaus die Überwindung des Strukturbruchs. Da die Niederlande ohnehin wenig Industrie verbuchen, schien der Weg in eine Dienstleistungsgesellschaft einfacher zu sein als in anderen Ländern. Schon zu den besten Zeiten beschäftigte die verarbeitende Industrie einschließlich Bergbau und Energieversorgung nur ein Drittel der Erwerbstätigen.⁴² Das ist deutlich weniger als in den großen Industrienationen. Rückblickend ist dieser gesamte Bereich, gemessen zum Stand Ende 1996, um 18,2 Prozent geschrumpft. Die Dienstleistung hingegen erfuhr einen Anstieg um 74 Prozent.⁴³ Am stärksten war die Zunahme der kaufmännischen Dienstleistung im Bereich von Hotelgewerbe und Einzelhandel sowie Gastronomie, Finanzdienstleistung, gewerbliche Dienstleistung und Kommunikation.⁴⁴

Hinzu kommt der Anteil der nicht handelsfähigen Dienstleistungen, durch den Staat, also im Bereich von Regierung, Verwaltung und der Gemeinden. Dieser ist von 21 auf 30 Prozent gestiegen und stagniert seit 1987 auf dem gleichen Niveau.⁴⁵ Der Strukturwandel in diesem Bereich ist vielen Staaten einfacher gefallen als anderen. Ein beschäftigungsintensives Wachstumsmuster konnte geschaffen werden, ohne dass der soziale Wohlfahrtsstaat ins Wan-

⁴⁰ Ebd., S. 37

⁴¹ Ebd., S.40.

⁴² Ebd., S. 46

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., S. 47

ken gebracht worden wäre. Ganz im Gegenteil- viele politische und gesellschaftliche Institutionen haben durch diese Konstruktion ihre Aufgaben besser erledigen können. Nun konnte die Arbeit auch umverteilt werden. Durch die Flexibilität und die Schaffung von Teilzeitstellen wurde die Erwerbsbeteiligung verbreitert. Die Einnahmen des Staates sind stabilisiert, ohne dass die sozialen Dienstleistungen für alle Bürger gekürzt oder aufgelöst werden mussten. Auch wenn die Teilzeitregelungen in den OECD Staaten nicht einheitlich geregelt ist, hat sich diese Form der Arbeitsmarktinnovation durchaus durchgesetzt. Unabhängig davon wie, die sozialen Komponenten der einzelnen Staaten aufgebaut sind, bleibt diese Umverteilung von Arbeitszeit ein Konzept welches sich seit den 1980er Jahren immer weiter verbreitert hat.

Welche Arten von Teilzeit sind gesetzlich organisiert? Die Anzahl der Stunden je Zeitmodell sieht grundsätzlich wie folgt aus:

- 20 Stunden pro Woche liegen im Bereich einer typischen Teilzeitarbeit.
- 30 bis 35 Stunden liegen in einer typischen Vier -Tage -Woche zugrunde.

Viele dieser neu geschaffenen Stellen sind unterschiedlich bezahlt, da es in den verschiedenen Branchen sehr unterschiedliche Verdienstmöglichkeiten gibt. Eine relative Homogenisierung wäre in diesem Fall durchaus möglich. Die Option Erwerbsarbeit in Teilzeit umzuwandeln ist für die Beschäftigungspolitik sicherlich ein Instrument um kurz oder auch längerfristig geringere Arbeitslosenzahlen zu erreichen. Jedoch müssen alle Institutionen sowie der Gesetzgeber mitmachen, ohne Kooperation aller Beteiligten wird es keine Arbeitsmarktinnovation geben. In vielen Branchen sind Teilzeitstellen nicht erwünscht. Da es in einzelnen Dienstleistungen auch Saisonarbeitsmärkte gibt, ist die Arbeitsaufteilung auf ein paar Tage keine Lösung. In solchen Fällen müssen andere Kriterien aufgewendet werden. Da sind starke Vertretungen innerhalb der Branche wichtig. In diesem Fall müssen Institutionen, die in jedem Staat gewachsen sind, über den Nationalstaat hinaus organisiert werden. Die Europäische Union wäre hier als Koordinator dienen. Leider lassen sich aber kaum bis überhaupt keine Ansätze zu diesem Thema finden, lediglich in der Landwirtschaft sind solche Regelungen institutionalisiert. Grund dafür sind die gewachsenen Arbeitsstrukturen in Europa. Eine übernationale Tradition bleibt auf dem Kontinent die Saisonarbeit jedoch sind die Beschäftigungseffekte zu oft regional begrenzt. Zum anderen sind es keine Dauerlösungen. Das Hauptproblem liegt in der Verlässlichkeit der Saisonprodukte und wie gut oder schlecht eine Ernte ist, hat zu viele ungewisse Faktoren.

Die Struktur des europäischen Arbeitsmarktes bleibt davon im Großen und Ganzen unberührt. Das holländische Modell hat jedoch auch seine Kehrseiten. Die Teilzeit ist kein dauerhafter

Zustand. Wenn die Konjunktur wieder stabiler wird sollte ein großer Teil der Teilzeit wieder in eine volle Erwerbsstelle umgewandelt werden. Dies passiert jedoch sehr selten.

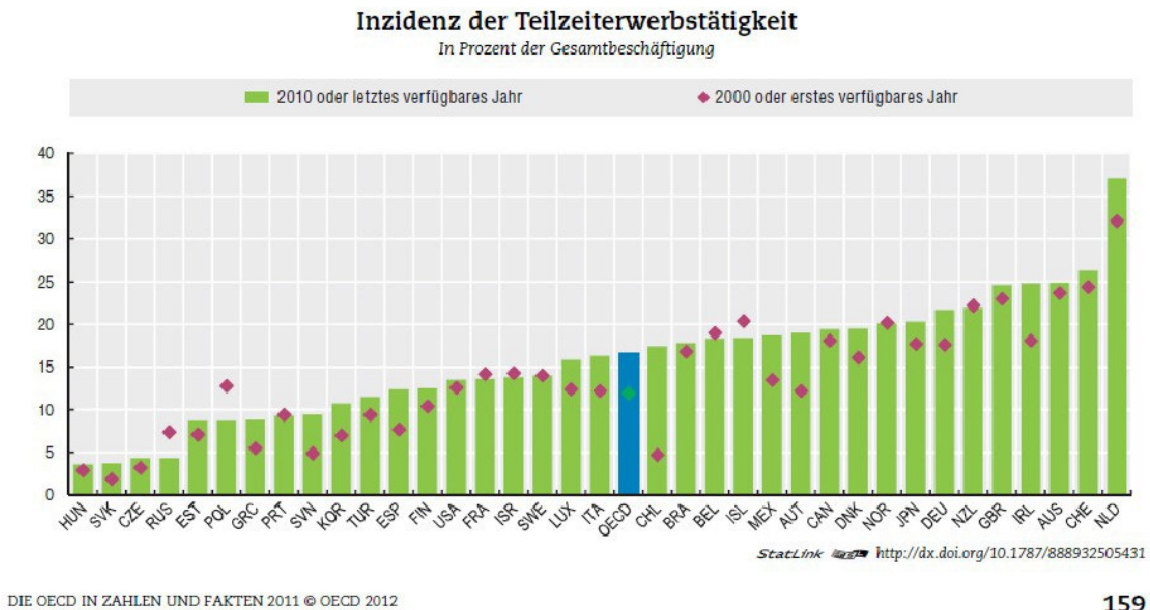


Abb.: Teilzeiterwerbstätigkeit in Prozent der Gesamtbeschäftigung⁴⁶

Da auch ein relativ hohes Wirtschaftswachstum über längere Perioden die Arbeitslosigkeit kaum markant senken wird, müssen andere Maßnahmen ergriffen werden. Denn es suchen zu viele Menschen gleichzeitig auf dem Arbeitsmarkt eine Beschäftigung. Zumindest in Europa wird dies der Fall bleiben. Denn zu viele Mitgliedsstaaten haben nicht mehr den budgetären Spielraum, mit aktiven Maßnahmen einem Wirtschaftsabschwung zumindest entgegenzuwirken. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen sind noch dazu, viel zu sehr von der Europäischen Union abhängig. Ihre immer wieder Mitfinanzierung in Bereichen wie Infrastruktur oder Modernisierung haben ein hohes Ausmaß angenommen. So bleiben die europäischen Arbeitsmärkte angespannt, da sie die Mitgliedsländer zu unkoordiniert organisiert sind. Die oben erwähnten Maßnahmen sind aber immer noch ein profundes Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und durch die Teilzeit wird der Arbeitsmarkt einfach vergrößert. In diesem Fall muss auch deutlich unterschieden werden zwischen dem Instrument der Teilzeit und einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Diese waren früher immer wieder ein probates Mittel den

⁴⁶ OECD.URL.: <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/3011045ec060.pdf?expires=1374516906&id=id&accname=guest&checksum=C91E82021CED81FE9849F0118A523EF0> . [22.07.2013]

Arbeitsmarkt zu steuern. Die erste Verkürzung wurde in Österreich schon früh angewendet. 1959 wurde ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden herabgesetzt, zwischen 1970 und 1975 wurde schrittweise die 40-Stunden-Woche eingeführt. Im Zuge dessen ist auch die gesetzliche Urlaubszeit angehoben worden.⁴⁷ Zwischen den 1980er und den 1990er Jahren wurde schließlich der Arbeitsmarkt vor allem durch Frühpensionierungen ein weiteres Mal entlastet.

Einige, vor allem kleinere Volkswirtschaften mit einem starken kooperativen System konnten die Arbeitslosigkeit erstaunlich gut in den Griff bekommen. Nach Holland setzte Mitte der 1990er Jahren ein anderes nordisches Land neue Maßstäbe im Bereich Beschäftigung und Modernisierung. Dänemark setzte zwischen den Jahren 1993 und 1999 eine intelligente Kombination aus Wachstumspolitik, aktiver Arbeitsmarktpolitik und Kernmodellen ein. Erste Erfolgstellten sich ein, die Arbeitslosenquote von 12 Prozent im Jahr 1993 sank auf unter fünf Prozent im Jahr 2000.⁴⁸ Auch die Niederlande weiteten Ihre aktive Arbeitsmarktpolitik aus. Zwischen den 1980er und den 1990er Jahren wurde die Teilzeit nicht nur entwickelt, sondern auch ausgebaut. Vor allem in der Dienstleitung und im Handel fand diese Maßnahme regen Anklang. Erweitert wurde Sie im Bildungswesen und in der privaten Dienstleistung. Das hatte vor allem zur Folge, dass die Erwerbsfähigkeit von Frauen enorm angehoben wurde.

„[...] 35 Prozent der Beschäftigten arbeiten weniger als 35 Stunden pro Woche, zwei Drittel aller Frauen und mehr als ein Achtel der Männer [...]“⁴⁹

Die Zahlen der Beschäftigten weitete sich immer mehr aus. Bei Frauen gab es den höchsten Anteil. In den Niederlanden stieg die Zahl von rund 30 Prozent der weiblichen Bevölkerung auf 65 Prozent im erwerbsfähigen Alter.⁵⁰

Auch in Schweden wurde ein solches umfassendes Programm gestartet. Zum einen folgte ein sehr breit organisiertes System der Qualifizierung mit Trainings für Beschäftigte und Arbeitslose. Personen mit einem Kind besitzen ein Recht auf Teilzeit. Auch in diesem Fall wurde neben der Verwaltung die Teilzeit auch im Bildungs- und Sozialsystem eingeführt. Durch den

⁴⁷ Visser, Hemerijck.1989.S.46.

⁴⁸ Marterbauer.2007.S.50.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

hohen Ausbau an öffentlicher Dienstleistung stieg die Erwerbsquote im privaten Bereich extrem an. Im Gegensatz zu Österreich blieben in Schweden dank der starken Gewerkschaften die Löhne in der Teilzeit relativ homogen und fallen im Schnitt höher aus.⁵¹ 54 So sind die Rechenmodelle durchaus gut in die Praxis umgesetzt worden. Die Arbeitslosigkeit lässt sich so einschränken und mindern.

Die Ausweitung der Teilzeit als isolierte Maßnahme macht wenig Sinn. Sie muss nach den Vorbildern von Dänemark oder Niederlanden erfolgen. Denn Teilzeit alleine, ist für eine längerfristige Arbeitsmarktpolitik zu wenig, die restliche Zeit muss für Weiterbildung genützt werden, insbesondere für gering und minderqualifizierten Angestellten ist dieser Ansatz wichtig. Parallel hierzu ist eine erfolgreiche und geplante Vermittlung der Arbeitskräfte zu organisieren, ebenso eine vorhandene flexiblere Bildungslandschaft. Egal, welcher Arbeitsmarkt untersucht wird, die Zahlen und Fakten sind gleich egal welche politische Richtung „herrscht“. Gruppen mit einem geringen Einkommen sind mehrheitlich nicht ausreichend qualifiziert, darüber hinaus kommen Personen, die den neuen Anforderungen nicht nachkommen können hinzu. Besonders Jugendliche mit ausländischer Herkunft sind von Arbeitslosigkeit betroffen.⁵² So gesehen führt der soziale und damit auch wirtschaftliche Aufstieg über die Bildung.

*„Die Arbeitslosenquote jener Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, liegt mit vierzehn Prozent doppelt so hoch wie im Durchschnitt“.*⁵³

Diese Faktenlage sollte nicht nur ein Alarmzeichen für jede Regierung sein, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht das ungenutzte Potenzial der Menschen vor Augen führen. Um die Arbeitslosigkeit zu senken, wurde über Jahrzehnte hinweg mit der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gearbeitet, ein Wachstum um jeden Preis und mit viel Spekulation betrieben. Das Einführen der Teilzeit in mehreren Bereichen würde das Arbeitsangebot verbreitern und die Mängel in einer sozialen Gruppe würden, nicht mehr den Einstieg ins Berufsleben verengen oder gar verunmöglichen. Dabei spielen Umfassende öffentliche Dienste, die wirklich gebraucht werden spielen eine positive Rolle. Denn Ausbau von Gesundheit und öffentlichem Verkehr, Betreuung und Pflege führen zu einer höheren Produktivität. Hinzu kommen Berei-

⁵¹ Ebd.

⁵² Ebd., S.53.

⁵³ Ebd.

che wie öffentliche Bildungseinrichtungen. Die oben genannten Maßnahmen schaffen ein menschenwürdiges Einkommen, jedoch bleibt es bei einem Auskommen durch Arbeit. Um eine Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen, muss es allen Beteiligten am Arbeitsmarkt zugutekommen.

Die Sachlage ist bestechend logisch. Wenn die Bildungseinrichtungen zu Beginn schon versagen, werden die sozialen Folgekosten immer höher und kommen zu den allgemeinen Weiterbildungsmaßnahmen hinzu. Die starke wirtschaftliche Dynamik, also die starke Veränderung der Wirtschaft, muss dem Menschen eine Chance geben.

Ein Arbeitsmarkt muss, egal für wen und welchen Alters, immer zugänglich zu sein. Mit einem neuen Zeitmanagement und klugen Detailregelungen können mit Sicherheit genügend Arbeitsplätze geschaffen werden. Das zentrale Problem lag in der Beschäftigungsquote. Sie musste ausgeweitet werden, obwohl Ost- wie Westeuropa die alten Beschäftigungsträger wie der Bergbau und die Schwerindustrie die hohen Beschäftigungsquoten nicht mehr halten konnten. Der sogenannte Strukturbruch als solcher war nicht aufzuhalten nur die Ausweitung der Dienstleistung, organisiert in Form der Teilzeit, brachte die Wende. Die Teilzeit schafft Beschäftigung und darauf folgt ein Wirtschaftswachstum. Beides konnte durch diese Innovation am Arbeitsmarkt erreicht werden ohne die Sozialleistungen zu kürzen.

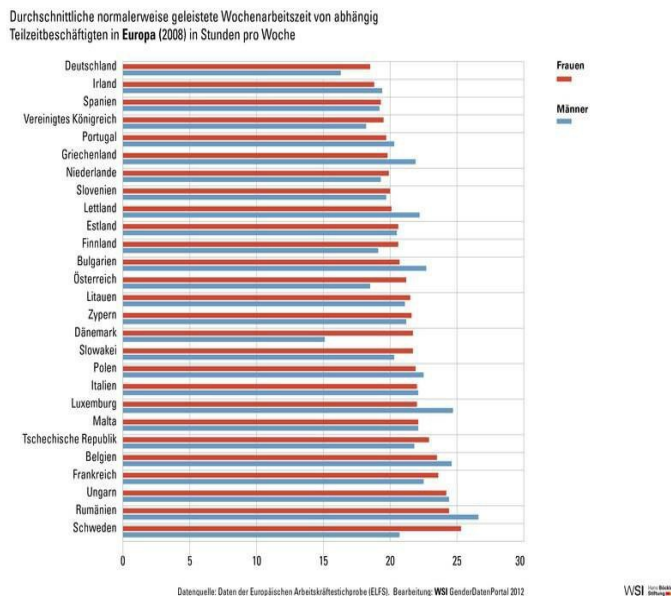


Abb.: Wochenarbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten⁵⁴

⁵⁴ Hans Böckler Stiftung, URL.: <http://www.boeckler.de/40575.htm>. [10.07.2014]

Doch wie kann dies mit einer weltweit vernetzten Wirtschaft zusammen gedacht werden? Die globale Ökonomie und die sozialstaatliche Idee werden einen neuen Weg gehen. Die Teilzeit wurde durch ein neues Modell noch einmal verfeinert und Produktiver. Der moderne Arbeitsmarkt am Beispiel Dänemarks.

Flex Security: Innovation am Arbeitsmarkt.

„What does Denmark have to teach the rest of the industrial world?“⁵⁵

fragte sich Robert Kuttner bei solch einer erfolgreichen Ökonomie wie Dänemark, das Land weißt bis heute einen geringen Verschuldungsstand aus und gleichzeitig erwirtschaftet es bei hohen Steuern und geringer Arbeitslosenquote stabile Zahlen. Das Ganze funktioniert auf Grund des oben genannten Flexicurity Systems. Dieses System wird mit sage und schreibe 4,5% des Dänischen BIP bezahlt.⁵⁶ Zum anderen lebt der Staat von den hohen Wertschöpfungsketten, die durch den Export und damit durch die Globalisierung möglich sind.

„We are a small country and we survive by exporting [...]“⁵⁷

Jedoch benötigt dieses System gewissen Bedingungen um zu funktionieren. Auf der einen Seite steht ein flexibler Arbeitsmarkt mit häufigem Auf- und Abbau von Arbeitsstellen da. Auf der anderen Seite existiert ein universeller Sozialstaat mit hoher Sozialleistung. Dahinter stand zum einen eine großzügige Freistellungsmöglichkeit der bis dahin festen Angestellten. Menschen ohne Beschäftigung wurden dazu angehalten, eine Arbeit anzunehmen. Dabei lässt sich ein „Goldenes Dreieck“ herauslesen. Das Konzept besteht aus drei Maßnahmen:

- Ein geringer Kündigungsschutz bei hohem Arbeitskräfteumschlag.
- Eine hohe soziale Sicherheit, deren Bezugsdauer relativ lange in Anspruch genommen werden kann.

⁵⁵ Kuttner. 04.2008.S79.

⁵⁶ Ebd., S. 80.

⁵⁷ Ebd., S. 81.

- Ein Aktivierungsprogramm, das aus Weiterbildung, sowie Rechten und Pflichten besteht.⁵⁸

In diesem Kontext wird deutlich, wie sehr der Arbeitsmarkt in den dänischen Wohlfahrtsstaat eingebettet ist, die institutionelle Ordnung spielt bei diesem Erfolgsmodell eine große Rolle. Das Konzept dieser Beschäftigungspolitik ist gekennzeichnet durch eine steuerfinanzierte und hohe Dienstleistung, die vor allem die Bildung sowie die Betreuung und Pflege von Menschen umfasst.⁵⁹ Durch den Ausbau der öffentlichen Dienstleistung im Bereich der Kinderbetreuung und Altenpflege wird der familiäre Bereich gemeinschaftlich aufgebaut und bildet die Grundlage einer hohen und erfolgsorientierten Frauenbeschäftigung. Der öffentliche Dienstleistungssektor wird vor allem für Frauen geöffnet. Diese sogenannte öffentliche Beschäftigung besteht zum einen aus staatlichen Dienstleistungen und zum anderen aus einer massiven Weiterbildung der jeweiligen Personen. Denn im Laufe der Jahre hat sich eine enorme Diskrepanz zwischen dem Arbeitsmarkt und den jeweils benötigten Qualifikationen gebildet. In die Weiterbildung musste mehr investiert werden als früher. In Dänemark läuft dies allerdings sehr viel koordinierter und homogener ab als in anderen Staaten. Eines der Erfolgsprinzipien ist die Verbindung zwischen dem Arbeitsmarkt und der Weiterbildung. Zum anderen war das Verhalten der Gewerkschaften sehr umsichtig. Im Gegensatz zu anderen Staaten in Europa setzt Dänemark auf sehr enge komparatistische Strategien.

„Die Umsteuerung in der Arbeitsmarktpolitik wurde möglich, da die Gewerkschaften den Vorrang von Weiterbildung gegenüber der vormals stärker passiven Form der sozialen Sicherung unterstützen.“⁶⁰

Ein Aspekt ist die Bezugsdauer deren Länge und Höhe sich flexibel festlegen lässt. Noch wesentlicher ist die verpflichtende Teilnahme an Weiter- oder Ausbildungen. Dabei wird die Ausbildung nicht vorgeschrieben, sondern durch eine individuelle Gestaltung von den Arbeitslosen selbst mitbestimmt, die persönlichen Interessen werden mit der angebotenen Ausbildung harmonisiert. Die Arbeitslosigkeit wird mit einem neuen Zeitmanagement erfasst, im Zentrum steht das Jobrotationsmodell. Am 01.01.1994 wurden drei Freistellungsgründe ausgearbeitet. Zum einen die Freistellung für Weiterbildung, für die Kinderbetreuung und schließlich die

⁵⁸ Seifert/Struck(Hrsg.).2009.S.268

⁵ Ebd., S.270

⁶⁰ Ebd.

Möglichkeit eines Sabbatjahres.⁶¹ Die so frei werdenden Stellen werden dann mit Langzeitarbeitslosen besetzt, der Beschäftigungsstand für die Wirtschaft bleibt erhalten. Die alte Regelung der Frühpensionierung ließ man auslaufen und in weiten Teilen des Arbeitsmarktregimes eingeschränkt.⁶² Durch die schon zu Anfang der Arbeit beschriebene Beschäftigungskrise Anfang der 70er und Ende der 80er- Jahre in den westlichen Industriestaaten geriet das sozialstaatliches Modell immer mehr unter Legitimationsdruck. Die Begründung lag vor allem in der Schwerfälligkeit des Systems. Vor allem die Arbeitsmarktrigidität, sowie die falschen Anreize, schienen das ganze Regime infrage zu stellen. Die größte Gefahr war jedoch nicht die Schwerfälligkeit sondern die Überlastung des Wohlfahrtsstaats und seiner eigenen Kapazitäten. Dadurch wurden die Finanzierungen für weite Bereiche immer schwieriger, die Ausgaben für soziale Sicherungen stiegen viel zu schnell und konnte mit den Einnahmen nicht mehr gedeckt werden.⁶³

Um dieses Problem in den Griff zu kriegen, wurde weitestgehend „liberalisiert“. Doch bei genauerer Betrachtung sind alle Reformen eher einseitig gelöst worden. Etwa das Risiko des Arbeitgebers wurde einfach auf die Beschäftigten umgelagert, die Flexibilität des Marktes, die schnelle Anpassung und Weiterbildung sowie das Risiko bleibt beim Arbeitnehmer. Arbeitgeber sind bei sozialen verträglichen Lösungen genau so Nutznießer. Sie können durch den beweglichen Markt viel leichter Ihre Möglichkeiten ausnutzen oder Aufgaben stabilisieren. Jedoch führt eine neoliberale Freigabe der Arbeit zur Unterentwicklung und letztendlich fällt die gesamte Wirtschaftsleistung zurück. Ein totaler Kahlschlag und Aufgabe einer sozialen Ordnung macht also keinen Sinn. Eine gute Mischung aus Arbeitsmarkt; Wirtschafts- und Fiskalpolitik führt zu einem langfristigen Erfolg. Und gemeinsam eingesetzt führt es dazu, die Konjunktur anzukurbeln und Beschäftigung zu schaffen. Dabei scheint es drei Komplementäre Beziehungen zu geben⁶⁴. Diese verschiedenen Akteure müssen auf einander abgestimmte Reformen schaffen.

1.4.1 Drei komplementäre Beziehungen: Arbeitsmarkt - Sozialpolitik - Ökonomie

Der schon beschriebene Strukturbruch liegt also in der Veränderung der Industrie. Ihr Rückgang ist spürbar und soll durch den Dienstleistungssektor erweitert oder ganz ersetzt werden.

⁶¹ Ebd., S.276.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd., S. 281

⁶⁴ Ebd.

Dieser Wirtschaftssektor wird jedoch verschiedentlich interpretiert. Zum einen besteht die Annahme einer geringeren Produktivität⁶⁵, warum dies so sein soll, lässt sich offensichtlich so genau nicht klären. Zum anderen wurde die Dienstleistung losgelöst von der Industrie entwickelt. Auch der technische Aufwand steht nicht im Fokus der Untersuchungen. Trotzdem sind alle neuen produktiven Dienstleistungen auf dieser Basis entstanden. Für hohe Beschäftigung in der Dienstleistung kann etwa der öffentliche Dienst sein, in diesem Bereich werden viele Stellen geschaffen. Dabei darf nicht vergessen werden, welche Aufgabe die öffentliche Hand bekommen soll. Menschen haben natürliche Bedürfnisse und diese können in einem freien Markt durchaus bedient werden. Jedoch kann der freie Markt auch an öffentlichen Bedürfnissen vorbei produzieren. Diese Dysfunktion spiegelt allerdings nicht ein Marktversagen wieder als die grundsätzliche Einsicht, dass sich nicht alles über den Markt organisieren lässt. Eine staatliche Institution wie die Schule bildet eine Vorleistung basierend darauf können freie Märkte entstehen. Die sozialen Probleme mit Angebot und Nachfrage zu beantworten macht die Gesellschaft sinnlos. So gesehen ist der schlanke Staat widerlegt. Die umfassende Staatstätigkeit erleichtert ein wenn diese nach Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Dienstleistungsangebote im Bildungsbereich sowie in der Erwachsenenbildung führen zu einem Wettbewerbsvorteil in einer „globalen Wertschöpfungskette“. Es bleibt die zentrale Erkenntnis, dass gezielte Einzelmaßnahmen nicht viel bringen werden. Ein gezieltes Gesamtprojekt, deren Teile aufeinander Abgestimmt sind, führt zu einem gesamt Durchbruch.⁶⁶

Flex Security ergänzt den zentralen Ansatzpunkt Teilzeit durch Weiterbildung. Vor allem für ältere und wenig qualifizierte Personen macht dies Sinn. Diese Maßnahme ist vor allem deswegen so erfolgreich da die Weiterbildung in einem sozialen Rahmen stattfindet. Die Volkswirtschaft wird durch diese Konzepte produktiver, da das Personal besser ausgebildet wird. Auf der einen Seite wird also der Arbeitnehmer flexibel, um dort arbeiten zu können, wo er benötigt wird. Im Gegenzug sind die Arbeitsstellen sicher. Der Erfolg in Dänemark ist beachtlich. Jedoch darf nicht vergessen werden, dass sehr viel Geld in die Erwachsenenbildung und Weiterqualifizierung einbezahlt wird. Ein Grundsatz bleibt auch hier erhalten. Ein Mangel an Innovation ist der wichtigste Grund für den Niedergang bestehender Organisationen.⁶⁷

Einer der sensibelsten Arbeitsmärkte ist jener der Jugendlichen, dieser ist deswegen ein spezieller Bereich da er eng mit Ausbildung und zukünftiger Produktivität verzahnt ist. Er kann we-

⁶⁵ Ebd., S.272.

⁶⁶ Ebd., S. 282.

⁶⁷ Drucker .2001.S.25.

der mit Teilzeit noch mit einer gezielten Flex Security bewältigt werden. Dieser hängt vor allem mit einer vernetzten Struktur zusammen. Daher wird dieses Thema kurz umrissen und die wesentlichen Punkte herausgearbeitet.

Jugendarbeitslosigkeit, Grund und Gegenmaßnahmen

Das größte politische Versagen in der Arbeitsmarktpolitik besteht in einer hohen Jugendarbeitslosigkeit. Wenn Jugendliche nicht einmal einen normalen Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Erwerbsleben finden, fallen gleich mehrere Probleme an. Die bittere Enttäuschung bei den Betroffenen und ihren Familien darüber wirkt sich über Jahrzehnte aus und führt später in mehreren Politikfeldern zu schweren gesellschaftlichen Problemen und nachhaltigen sozialen Verwerfungen. Zum anderen kann der Staat gerade diese Form der Arbeitslosigkeit am Besten in den Griff bekommen, den Probleme können anhand eines eigenen Systems gelöst werden. Nämlich durch die Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen. Jugendarbeitslosigkeit ist also auch kein konjunkturelles Phänomen. Denn diese Arbeiten sind in Institutionen verankert. Sie funktionieren also unabhängig von den wirtschaftlichen Gezeiten. Es ist eine reine politische Willensfrage, ob dieses Problem behoben wird oder nicht. Die Jugendarbeitslosigkeit wird wie folgt definiert. Alle Personen, männlich wie weiblich, ohne Beschäftigung oder Ausbildung im Alter von 15 – bis 24 Jahren. In diesem Feld weisen die EU Staaten erhebliche Unterschiede auf. Aktuell sieht es wie folgt aus.

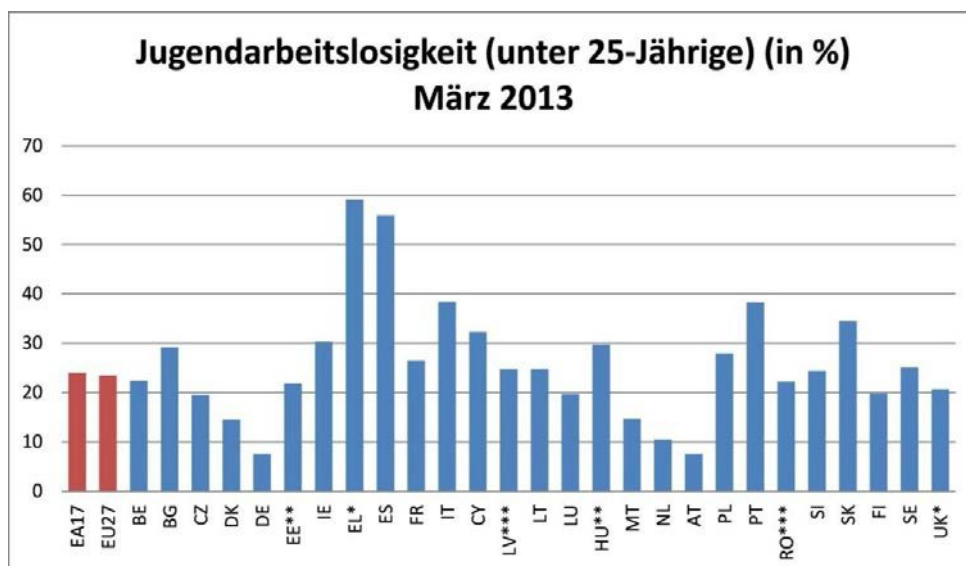


Abb.: Jugendarbeitslosigkeit in Europa, März 2013⁶⁸

⁶⁸ Europäische Kommission, URL.: [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-464 de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-464_de.htm).

Aus dieser Statistik lässt sich verschiedenes ablesen, zum einen das offenbar gravierende Problem von Jugendarbeitslosigkeit in einigen mitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten. Diese hat in vielen Bereichen keine konjunkturelle Bedeutung. Es liegt vor allem an der Struktur der Länder die keine ernsthaften Konzepte entwickelt haben, um diesem Dauerproblem zu begegnen.

„In Polen und der Slowakei sind ein Drittel der Jugendlichen arbeitslos, in Griechenland und Italien etwa ein Viertel.“⁶⁹

Fehlende Institutionen und Entwicklungskonzepte sind ein Teil der Ursache und verschärfen die Lage in der jeweiligen Volkswirtschaft. Teilweise hängen die schlechten Daten auch mit den Branchen zusammen. Die Beschäftigung in Industrie und der Bauwirtschaft gehen wegen fehlender Budgets zurück. Denn fast alle Länder sehen in der Bauwirtschaft einen Beschäftigungs- und Konjunkturmotor, diese Branche gelten als ein dankbarer und lenkbarer Motor der Beschäftigung, der stark mit dem Staat zusammenarbeitet. Durch die Globalisierung ist die Industrie durch die Politik kaum mehr zu lenken. Für kleinere Gemeinden und regionale Gebiete ist eine produzierende Wirtschaft viel zu unberechenbar geworden. Der Lohndruck sowie der administrative Aufwand ist zu hoch.

Doch der Mehrwert für eine Gemeinde bleibt leicht auf der Strecke. Die Bauwirtschaft ist in diesem Zusammenhang einfacher. Sie braucht immer viele Lehrlinge und kann viele Ausbildungsplätze anbieten.⁷⁰ Einen anderen Grund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit besteht in der Anhebung des Pensionsantrittsalters. Kurzfristig führt Sie zu einer Erhöhung der Arbeitslosen jungen Menschen, da es zu einer geringeren Aufnahme von Personen im unteren Beschäftigungsfeld kommt. Auch die Zuwanderungsrate spielt eine bedeutende Rolle. Dies trifft nicht nur auf die untersuchten Mitglieder der Europäischen Union zu, da auf Grund einer neoliberalen Konzeption der Globalisierung die Stellen immer durch billigere Arbeitskräfte ersetzt werden können.

⁶⁹ Marterbauer.2007.S.60.

⁷⁰ Marterbauer.2007.S.60.

„Auch die Tatsache, dass billige ausländische Arbeitskräfte leicht verfügbar sind, hat die Unternehmen dazu veranlasst, weniger Lehrlinge aufzunehmen.“⁷¹

Einige Länder stellen der Bekämpfung dieser speziellen Form der Arbeitslosigkeit und wiesen auch beachtliche Erfolge aus. Neue Ideen und Impulse kamen auf und sollen daher nicht unerwähnt bleiben. Eine geringe Jugendarbeitslosigkeit in diesem Bereich weisen etwa die Niederlande und Österreich aus, ebenso zeigen Maßnahmen in Großbritannien, in den Jahren nach 1997 Wirkung. Alle Länder weisen vergleichbare Konzepte aus. Sie betonen die Rechte und Pflichten bei Beschäftigungslosen Jugendlichen. Zum einen erarbeiteten die Regierungen das Recht auf einen Ausbildungsplatz für Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, zum anderen sind die Menschen auch verpflichtet, Ausbildungsstellen anzunehmen.⁷² Diese Art der Beschäftigung ist aber nicht in allen EU Staaten fest verankert. Auch wenn die allgemeine Arbeitslosigkeit aus verschiedenen Gründen steigt, bleibt die Jugendarbeitslosigkeit in ihrem geschützten Bereich. Je enger dieses Netz funktioniert desto weniger „Alternativen“ ergeben sich für die jungen Menschen. Allerdings müssen neben der Pflicht zur Ausbildung auch genügend Stellen und ausreichend Plätze vorhanden sein. Mit verpflichtenden Maßnahmen kann damit zumindest eines der schwersten Beschäftigungsprobleme dauerhaft geregelt werden.

Ob eine Beschäftigung für alle Menschen zumindest theoretisch möglich ist, muss aufgrund der heutigen Erkenntnisse mit „Ja“ beantwortet werden und sollte dieser Anspruch massiv versagen, steht mehr auf dem Spiel als theoretische ökonomische Denkmodelle. Die Zufriedenheit der Bevölkerung ist durch den massiven Rückgang des Lebensstandards ernsthaft bedroht. Die Folge ist eine Verschiebung der Machtverteilung zulasten der Arbeitnehmer. Die Folgen sind starke Verwerfungen in der Einkommensstruktur sowie prekäre Arbeitsverhältnisse. Das Aushöhlen des Arbeitsrechtes macht vieles schwieriger und führt selten zu den gewünschten Effekten. Eine Vollbeschäftigung ist jedoch durchaus möglich, wenn eine zielgerichtete Politik eingeschlagen wird.

„Vollbeschäftigung, die heute als Arbeitslosenquote von unter drei Prozent der Erwerbsquote und als Beschäftigungsquote von mehr als siebzig Prozent der Bevölke-

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd., S.61.

rung im erwerbsfähigen Alter definiert werden könnte [...] , wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen und die Wirtschaftspolitik klar auf eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation [...] Einkommensverteilung ausgerichtet ist.“⁷³

Dabei gibt es einiges zu beachten. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik besteht in einer sehr genauen Analyse der Arbeitslosigkeit. Sie ist vor allem Ergebnis einer ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Folglich muss eine rasche Zunahme des Arbeitskräfteangebotes erfolgen sowie einen klaren Wandel in der Qualifikation eingeleitet werden.⁷⁴ Reine Reformen auf die gesetzlichen Bedingungen des Arbeitsmarktes sind keine Maßnahmen für die Beschäftigung. Sie führen in keinem Fall zu einer Verringerung der Beschäftigung. Den Druck auf Arbeitslose zu verstärken in dem das Arbeitslosengeld ab einer gewissen Zeit gekürzt wird macht keinen Sinn. Es trifft nur die älteren Arbeitslosen und vor allem Langzeitarbeitslose in Ihrer Existenz. Das Ergebnis liegt auf der Hand, eine massive Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der sozialen Lage. Vor allem die unteren Einkommensschichten sind zu stark davon betroffen. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze stieg in diesem Zusammenhang aber nicht. Damit lässt sich die Arbeitslosigkeit aber nicht eingrenzen. Ein höheres Wirtschaftswachstum sowie eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften sind die Voraussetzung für eine Vollbeschäftigung.⁷⁵

„Eine Verbilligung des Faktors Arbeit durch sinkende Löhne und längere Arbeitszeiten erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Gesamtwirtschaft nicht, [...]“⁷⁶

Durch eine Absenkung der Steuerlast von Kapital auf Arbeit verschieben sich die allgemeinen Einkommen nach oben. Darüber hinaus führt es zu einer Verwerfung von Löhnen und Einkommen. Lediglich die Gewinne von Unternehmen werden gesteigert, dies ist aber keine Ga-

⁷³ Ebd., S.63.

⁷⁴ Ebd., S.63.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Ebd.

rantie für mehr Investitionen in ein Langfristiges Überleben eines Betriebes noch schafft es mehr Arbeitsplätze.⁷⁷

Um einiges Sinnvoller sind Ausgaben im öffentlichen Bereich, sie müssen aber als Investitionen in Qualifikation und Weiterbildung umgesetzt werden. Nur koordinierte und konsequent durchgeführte Maßnahme führen bei öffentlichen Investitionen langfristig zu einer Vollbeschäftigung. Jedoch soll diese gepaart werden mit dem bekannten Instrument der Teilzeit, da eine Ausweitung der Produktion von Gütern der Industrie und Dienstleistung nur dann zu einem hohen Beschäftigungsstand führt, wenn die Arbeitszeiten durch Teilzeit verkürzt werden.

Nur so kann der markante Anstieg des Arbeitskräfteangebotes in ein sinnvolles Gleichgewicht gebracht werden. Eine höhere Erwerbsquote muss ein erweitertes soziales Angebot nach sich ziehen. Da eine breitere Beschäftigung Frauen mit einbezieht, muss die Kinderbetreuung neu organisiert werden. Die Ausweitung dieses Dienstleistungssektors kann wiederum ein wesentlicher Faktor sein, um den Arbeitsmarkt neu auszurichten. Ein zweiter wichtiger Aspekt besteht in der Einkommenshöhe der Teilzeitarbeit, eine relative Homogenisierung über die Sozialpartner wäre in dem Fall ratsam. Vor allem die Realeinkommen müssen neu verhandelt werden.

Da die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine entscheidende Komponente auf die Einkommens und Lebenssituation darstellt bleibt auch die soziale und ökonomische Stärke davon abhängig. Vollbeschäftigung ist die zentrale Komponente denn so wird ein akzeptables Einkommen für alle Menschen erreicht. Darüber hinaus verbessert sich die finanzielle Ausstattung des Wohlfahrtsstaates und kann damit solidarisch finanziert werden. Diese Maßnahmen und gouvernementalen Programme sollen zwei Phänomen die in der Arbeitslosigkeit begründet sind entgegen wirken.

⁷⁷ Ebd.

Arbeitslosigkeit kann volkswirtschaftlich aus zwei Gründen entstehen:

1. Die Konjunkturelle Arbeitslosigkeit

„Form der Arbeitslosigkeit, die durch zyklische Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die dabei auftretenden Nachfrageschwankungen und Produktionsrückgänge vor allem in einer Abschwungsphase verursacht wird und zu Massenarbeitslosigkeit führen kann.“⁷⁸

2. Die Strukturelle Arbeitslosigkeit

„Form der Arbeitslosigkeit, die dadurch entsteht, dass durch nachhaltige Veränderungen der Nachfrage in einzelnen Wirtschaftszweigen (z.B. im Kohlebergbau), durch den Einsatz neuer Techniken und Technologien oder durch Veränderungen auf dem Weltmarkt Arbeitsplätze entweder abgebaut oder betroffene Unternehmen ganz stillgelegt werden. Strukturelle Veränderungen erfordern in der Regel einen langen Anpassungs- und Umstellungsprozess der betroffenen Wirtschaftsbereiche. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist meist langfristig.“⁷⁹

Die Höhe der Arbeitskosten ist für die oben angeführten Phänomene von wesentlicher Bedeutung. Doch die Frage bleibt, ob die Arbeitskosten nicht auch zu hoch sind und was mit den Lohnbestandteilen noch alles mitfinanziert wird? Das Argument der hohen Arbeitskosten kommt vor allem aus der Exportindustrie. Diese Branche selbst scheint wohl auch über vergleichbare Kosten und messbare Produktivität zu verfügen, oder glaubt zumindest, diese angeben zu können. In der Dienstleistung scheint das Argument der Kosten nicht so oft aufzutreten, denn die Leistungen sind dort kaum vergleichbar und die angebotenen Produkte viel zu unterschiedlich, und dies, obwohl die Lohnbestandteile bei Abgaben und Steuern unter den gleichen Bedingungen stehen wie die der Industrie. Industrieprodukte erscheinen gleich zu sein, die bereitgestellte Dienstleistung ist jedoch regionaler und viel mehr auf den

⁷⁸ URL.: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19810/konjunkturelle-arbeitslosigkeit>. Bundeszentrale für politische Bildung [16.08.2013].

⁷⁹ URL.: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20779/strukturelle-arbeitslosigkeit>. Bundeszentrale für politische Bildung. [16.08.2013]

lokalen Konsumenten abgestimmt. Die Interessen für diese Kosten liegen scheinbar auf Seiten der Industrie. Der Grund dafür liegt im Export. Er bestimmt vor allem die Produktion und die Produktivität eines Landes. Der Binnenkonsum und die Dienstleistung spielt in der öffentlichen Debatte keine nennenswerte Rolle. In der Industrie stehen als Grundlage die Lohnstückkosten im Vordergrund und sind im Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern der heimischen Industrie gegen zu rechnen. So kann ein objektiveres Bild der Kosten entstehen und so sind auch die Bezüge gegenüber Ost und Mitteleuropa zu Berechnen. Da die Produktivität je Arbeitsstunde in Österreich höher ist als im Verhältnis zu den neuen EU Mitgliedsstaaten.

„Die Kosten für Arbeit haben sich in Relation zum Wert der hergestellten Güter und Dienstleistungen deutlich verringert.“⁸⁰

Warum sinken gleichzeitig die Löhne für die Arbeitnehmer immer weiter nach unten? Zum einen ist es eine Frage der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gegenüber ihren Arbeitgebern und hohe Arbeitslosigkeit schwächt in diesem Bereich die Arbeitsverbände enorm. Das Verhandlungsgewicht ist bei hoher Erwerbslosigkeit sehr viel geringer. Durch die hohe Zahl an Arbeitssuchenden kann die Gewerkschaft keine Lohnerhöhung durchsetzen. Dieses Phänomen gilt für den gesamten Arbeitsmarkt.

In der Dienstleistung hingegen kann das Argument nicht direkt angeführt werden. Die Produktivität in diesem Bereich ist begrenzt und von anderen Faktoren abhängig die Lohnkosten pro Stückerinheit sowie die Arbeitszeiten lassen sich nicht so festlegen und berechnen. Österreich hat etwa in der Industrie kein Exportproblem. Die erzeugten Güter, die in diesem Land produziert werden, haben eine Exportquote von 55 %, die Ausfuhr von Waren hat sich seit den Jahre 2007 real mehr als verdoppelt.⁸¹ Für die Produktion und den Standort sind zwar starke Lebenszeichen jedoch leben und arbeiten die wenigsten Menschen in Österreich in der Exportindustrie. Die Mehrheit erzielt das Realeinkommen im Handel sowie in der Baubranche sowie anderen Dienstleistungen. Die Löhne sind daher mehrheitlich nicht so hoch und die Beschäftigung im Groben nicht so kontinuierlich als in der Exportwirtschaft. Die Menschen sind mit Ihren Löhnen zu meist vom Binnenkonsum abhängig. Die Lohnabschlüsse in diesen

⁸⁰ Marterbauer.2007.S.32.

⁸¹ Ebd., S.34.

Branchen sind niedrig und die Arbeitszeiten zu lang. Die vergangenen Jahre haben zwar hohe Beschäftigungszahlen ausgewiesen, allerdings in Bereichen, die arbeitsintensiv aber gering kapital- und exportintensiv sind.

Die Politik hat darauf nicht reagiert und auch die Aus- und Weiterbildung für ältere Personen wurde wenig gefördert, eine einheitliche Überlegung für eine mitteleuropäische Beschäftigungspolitik steckt, wenn Sie überhaupt vorhanden ist, noch in den Kinderschuhen. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob dies soweit zielführend war oder ob in vielen Bereichen nicht etwas geändert werden muss.

Denn ein besseres Wirtschaftswachstum zu erreichen, genügt die Steigerung der Produktion in der Industrie keineswegs. Die Reallöhne haben für die Volkswirtschaft und damit für die Beschäftigungsquote einen Doppelcharakter. Zum einen sind sie Kostenfaktoren und zum anderen auch Wachstumsmotoren. Für Handel und Binnenkonsum bleibt ein stabiles Einkommen eine wichtige Konjunkturstütze. Jedoch wie relativ dies ist lässt sich dies je nach Demographie und Größe des Landes abfragen.

„In sehr kleinen Ökonomien kann der positive Effekt niedrigeren Konsum übertreffen. In Österreich halten sich die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Exportes und des Konsums die Waage, für größere Volkswirtschaften wie Deutschland hingegen überwiegt der negative Effekt des fehlenden Konsums.“⁸²

Der Konsum ist also sehr eng mit dem Arbeitsmarkt zusammen gekoppelt, allerdings auch mit dem Strukturwandel und der Modernisierung einer Gesellschaft. Das Beschäftigungsniveau in der Dienstleistung muss also dementsprechend hoch ausgestattet sein, sonst werden die vorausgesagten Effekte nicht erreicht.

⁸² Ebd., S.34.

Dabei gilt die Faustregel:

„Ab einem Wirtschaftswachstum von etwa 1,5 Prozent pro Jahr beginnt die Zahl der Beschäftigten zu steigen, (das bezeichnet man als Beschäftigungsschwelle); liegt das Wachstum deutlich höher als zwei Prozent, dann beginnt die Arbeitslosigkeit zu sinken. (Arbeitslosigkeitsschwelle).“⁸³

Sollte es also, gelingen das Wirtschaftswachstum um 1 Prozent zu Beschleunigen erhöht es die Beschäftigten um etwa 18 000 Personen (+0,6 Prozent). Dies hat zur Folge, dass die Arbeitslosenquote um bis zu 0,4 Prozentpunkte gesenkt wird. Der Arbeitsplatzverlust durch Modernisierung spielt daher nur in der Industrie eine wesentliche Rolle, in der Dienstleistung ist dies genau umgekehrt. Eine Produktivitätserhöhung in diesem Bereich schafft mehr Beschäftigte.⁸⁴

Leiharbeit am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Die meisten hohen Gewinne sind jedoch nicht in Lohnerhöhungen und somit in die Steigerung der Kaufkraft investiert worden, das meiste Vermögen wurde in den Finanzmarkt oder in Immobilien investiert. Dies führt nicht nur bei Firmen zu einer erheblichen Schieflage, auch in der gesamten volkswirtschaftlichen Rechnung kann es zu einer krisenhaften Erscheinung führen, denn der permanente Abzug von Investitionskapital steigert zwar die Geldmenge im Finanzsektor, es fehlt aber in der Modernisierung von Industrie und Dienstleistung. Neuere Phänomene der Beschäftigung finden wir seit den 1990er Jahren, doch die oben dargestellte Faustregel der Beschäftigung ist durch sehr Merkwürde Arbeitsmarktpolitik unterlaufen worden. Wie dies erreicht wurde, soll das folgende Beispiel zeigen.

Die Trendwende am Arbeitsmarkt erfolgte anhand eines neuen Systems der Massenbeschäftigung. Durch die hohen, komplex zu berechnenden Löhne und Tarifstrukturen wurde die Leiharbeit einfach auf alle und jeden Berufszweig ausgeweitet. Es gibt heute keine Branche mehr,

⁸³ Ebd., S.37.

⁸⁴ Ebd.

die ein solches Einstellungsverhältnis unterbinden kann oder will. Die oben genannte Faustregel, die unter Ökonomen angenommen wird, ist nicht mehr gültig.

„Bislang hielten Ökonomen ein wirtschaftliches Wachstum von zwei Prozent für nötig, damit neue Jobs geschaffen werden. Nun haben sie diese Marke auf gut ein Prozent gesenkt – eine Folge der neuen Beweglichkeit in den Betrieben.“⁸⁵

Normalerweise ließen die Betriebe ihre Belegschaft bei gleichem Lohn länger arbeiten und erreichten eine höhere Produktivität bei gleichen Kosten. Doch ob dies immer so leicht ausgeht hat, oder aufgrund schlechter Organisation einfach keinen Sinn machte, ist lange nicht hinterfragt worden. Statt die vorhandene Belegschaft mit allen ihren Rechten noch weiter zu qualifizieren wurde auf Leiharbeiter zurückgegriffen. Der Effekt ist einfach zu erklären, die Arbeitskräfte sind billig und flexibel einsetzbar.

„Meist verdienen sie ein Drittel weniger als die Festangestellten.“⁸⁶

Eine so massive Lohndifferenz ist vor allem in den Hochlohnbranchen sehr nützlich. In der Metall- und Chemieindustrie konnten die Unternehmen die Lohnforderungen der Arbeiter halten, da den Leiharbeitern die Löhne unter ganz anderen Bedingungen auszahlen müssen. Durch diese Konstruktion, so die Argumentation, sind die Betriebe nicht ins Ausland verlagert worden. Ob dies tatsächlich zutrifft, lässt sich allerdings schwer überprüfen, da für eine solche Feststellung die gesamte Konzern oder Firmenstrategie gesichtet und verstanden werden muss. Ein großer Teil der neuen Arbeitsplätze ist also durch die Zeitarbeitsbranche entstanden. Vor allem große Konzerne bedienten sich intensiv dieser Arbeitsform.

Die enorme Produktivität vorwiegend deutscher Unternehmen lassen sich zum großen Teil auf Leiharbeit zurück führen. Vor allem in sehr großen Einheiten bei Dresden und Leipzig stellten die Leiharbeiter über ein Drittel der Belegschaft.⁸⁷ Der Aufschwung, welcher damit einsetzte, bescherte den Unternehmen sowie Leihfirmen einen boomenden Umsatz. In

⁸⁵ Schröder.2009.S.74.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

Deutschland, der größten Volkswirtschaft innerhalb der Europäischen Union, verdoppelte er sich bei den ca. 7 500 aktiven Leihfirmen auf rund 14 Milliarden EURO.⁸⁸ Die Schattenseiten dieser Entwicklung sind unübersehbar, der soziale und damit auch ökonomische Sinn der Beschäftigung geht verloren. Nach dem Börsencrash im Jahr 2001 stagnierte die Wirtschaft und die Unternehmen begannen, ihre Belegschaft abzubauen. Dies geschah jedoch so schnell, dass, beim Wirtschaftsaufschwung die Stammbesellschaften nicht mehr so einfach aufgebaut werden konnten und in Folge Fachkräften fehlten. Die weltweite Ökonomie ging langsam wieder nach oben, jedoch wurden diesmal die Neueinstellungen zumeist nur als Teilzeitstellen besetzt und die begehrten gut bezahlten Vollzeitstellen in sehr großer Zahl von Leiharbeitsfirmen ersetzt. Die Folgen einer solchen Politik waren und sind unübersehbar. Die Automobilindustrie, ein Garant sehr hoher Beschäftigungszahlen, beendete damit Arbeitsübereinkommen für Facharbeiter wurden die neuen Arbeitsplätze bedrohlich, die Gehälter für einzelne Berufsgruppen immer niedriger. Das BMW-Werk in Leipzig gilt als Paradebeispiel dieser Entwicklung, in diesem Werk waren die Leihkräfte auf einem Rekordstand von 30 Prozent der Beschäftigten.⁸⁹ Was es bedeutet, zeigen Lohnuntersuchungen der Branchen.

*"750 Euro, mehr bekommt sie selten am Monatsende aufs Konto überwiesen, für 35 bis 40 Stunden pro Woche."*⁹⁰

Zeitarbeitsfirmen werden damit zu einer wesentlichen Konstante für Unternehmen. Sie sind zu Beginn nur als Lückenfüller geplant gewesen. Durch die Personalliberalisierung werden ganze Abteilungen in „Bausch und Bogen“ an Leasing-Firmen ausgegliedert. Der Arbeitsmarktforscher Herbert Burscher sieht daher eine vollkommen neue Arbeitswelt entstehen. Leiharbeitsfirmen werden immer mehr zu einer strategischen Lenkung der Unternehmen. Die Personalpolitik besteht immer mehr aus befristeten Beschäftigten. Ziel ist es, eine Kernbelegschaft zu entwickeln um die Existenzsicherung des Betriebes aufrecht zu erhalten.⁹¹ Durch eine solche Regelung sind in vielen Unternehmen regelrecht Parallelgesellschaften entstanden, die im Wesentlichen einen weitaus schlechteren Lohn bei voller Arbeit erreichen. Der hausinterne Nied-

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd. S. 79

⁹¹ Ebd., S. 84

riglohnsektor dient dabei vor allem dazu, schwere Zerwürfnisse mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften zu verhindern.

Die Untersuchungen der Arbeitsinstitute sind ziemlich ähnlich und erschreckend. Markus Promberger untersuchte die Gehaltsunterschiede und schätzte einen Lohnunterschied von durchschnittlich 30 bis 50 Prozent weniger als bei Festangestellten, die die gleiche Arbeit ausüben. Auf den gleichen Punkt kommt auch Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation von der Universität Duisburg-Essen. Leiharbeiter liegen bei ihren Berechnungen um 40 bis 50 Prozent unter dem Medianlohn dem Mittelwert aller Beschäftigten. Das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium kommt auf durchaus gleiche Zahlen, die gering qualifizierten Leihkräfte bekommen im Schnitt 45 Prozent weniger als die Festangestellten.⁹² Die Vorteile für die Wirtschaftstreibenden sind offensichtlich, vor allem für die Industrie und große Dienstleistungsbereiche sind die Vorteile nicht mehr von der Hand zu weisen. Die niedrigeren Löhne bei vollzeitiger Beschäftigung sowie sehr kurze Kündigungsfristen machen diese Form der Beschäftigung zu einem konkurrenzlosen Arbeitsmarktphänomen. Am stärksten Nutzen Branchen die Leiharbeitskräfte, wo Löhne von Fachkräfte am höchsten sind, denn nur dort sind die meisten Gewinne zu machen. Jedoch sind es Bereiche, die ausnahmslos eine starke Arbeiterschicht ausweisen. Nicht nur, dass die Löhne geringer ausfallen, auch die Zulagen sind komplett gestrichen, keine Überstunden, Urlaubs und Weihnachtsgeld werden nicht ausbezahlt.⁹³

In Deutschland sind die Zahlen mehr als bedenklich, alleine in der Elektro- und Metallbranche sind es über ein Viertel der Beschäftigten Leihkräfte.⁹⁴ So trifft diese Regelung nicht nur notleidende Wirtschaftszweige, sondern auf alle Bereiche der Arbeitswelt zu. Die Gefahr eines solchen Instrumentes ist in seiner Breitenwirkung kaum mehr abzuschätzen. Dabei trifft es immer mehr Facharbeiter und immer mehr Akademiker, damit wurde für eine breite Bevölkerung wurde die Arbeit vollkommen entwertet. Selbst in den Jahren des Aufschwungs 2005 bis 2008, als die Gewinne vieler Unternehmen explodierten, brachte es der Bevölkerung nur einen sehr kleinen bis gar keinen Vorteil. Die Auftragsbücher waren bei allen Firmen sehr gut gefüllt, aber die Reallöhne der Angestellten stagnierten und der Niedriglohnsektor breitete sich in dieser Zeit weiter aus. Das Instrument der Zeitarbeit sorgt also in vielen Bereichen für

⁹² Schröder.2009.S.113.

⁹³ Ebd., S. 116

⁹⁴ Ebd., S. 117

Beschäftigung hat aber realökonomisch keinen weiteren Effekt. Auf Dauer wird die Lohnentwicklung immer ungerechter volkswirtschaftlich schadet es mehr als es nützt.

„Geringverdiener sind in den vergangenen zehn Jahren ärmer geworden, die Guts-tuierten haben zugelegt, [...] Ergebnis des IAQ.“⁹⁵

Um die Zahlen noch einmal zu konkretisieren: Von 1995 bis 2006 haben das untere Viertel der volkswirtschaftlichen Einkommensskala in Deutschland real um 13,7 Prozent weniger verdient. Dies bedeutet nicht nur einen Einkommensverlust, sondern auch eine Ausweiten der schlecht bezahlten Menschen. Das Instrument der Leiharbeit kann für Beschäftigung sorgen, nicht aber das Problem des Einkommens lösen, vor allem dann nicht wenn der Gesetzgeber eigentlich über Jahre nicht gegensteuert. Die neuen Instrumente der Beschäftigung stellen im Großen und Ganzen eher flüchtige Einstellungen dar. Eine schnelle Beschäftigung, bei schnell anwachsender Produktivität liegt in den Leiharbeitern, Minijobs sowie den befristeten Beschäftigten und den Teilzeitkräften. In Deutschland wo diese Arbeitsverhältnisse sehr weit ausgebaut sind ist damit ein Beschäftigungswunder entstanden. Von 1997 bis 2007 sind 1,5 Millionen „normale Arbeitsplätze“ weggefallen, jedoch sind 2,6 Millionen neue atypische Jobs wieder entstanden.⁹⁶

So lässt sich sagen dass die Vollzeitstellen immer noch die hauptsächliche Beschäftigungsform bleiben wird, in keinen Fall aber mehr die Norm darstellt. So wird es für immer mehr Menschen schwieriger, in diese Art der Erwerbstätigkeit einzusteigen, ein gesellschaftliches Ungleichgewicht aufgrund hoher Arbeitsfluktuation ist die Folge. Dies wirft einige Probleme auf. Denn wie lässt sich rechtlich erklären, dass es für dieselbe Arbeit unterschiedliche Löhne geben soll? Auch im Arbeitsschutz sowie den Vertretungen sind die Menschen nicht gleich. Die Erwerbsbiografien sind zerrüttet, trotz gleicher beruflicher Tätigkeit. Die Gesellschaft schafft damit eine parallele Welt und einen neuen Typ von Arbeitsmensch. Um dem Abwärtstrend einen Riegel vorzuschieben, müsste mit einem Mindestlohn gearbeitet werden. Damit die Logik des gegenseitigen Unterbietens aufhört und alle Zeitarbeitsfirmen unter den gleichen Bedingungen arbeiten sind gleiche Gesetze notwendig. Sollte dies nicht der Fall sein, geht es immer zulasten der Arbeitnehmer. Die Frage nach der Qualität des arbeiteten Perso-

⁹⁵ Ebd., S.119.

⁹⁶ Ebd.

nals würde somit in den Vordergrund treten, da alle hätten die gleichen Bedingungen hätten. Die Absurdität dieser Unterbietung belastet, in diesem Fall den deutschen Steuerzahler.

„In der Leihbranche bekommen dagegen 12,6 Prozent zusätzliche Hilfe aus dem Hartz-IV-Topf, [...]. Mehr als viermal so viel wie die übrigen Beschäftigten.“⁹⁷

So hat sich ein Instrument, das viele Vorteile haben könnte, durch seinen unüberlegten Gebrauch zu einer sehr teuren Lösung für den Steuerzahler entwickelt. Nebenbei sei angemerkt, dass diese Lösungen nur bei sehr großen Unternehmen umgesetzt wurden, denn die Löhne können hier viel leichter kalkuliert werden. In vielen Wirtschaftszweigen sind die Beschäftigten nicht mehr in der Lohnbuchhaltung, sondern im „Sachaufwand“ gelandet. Vor allem sind Leiharbeiter Budgetposten für die Industrie geworden, Sie dient zu aller erst dazu schnell und unbürokratisch die Produktivität zu steigern, ohne sich mit den immer noch starken Gewerkschaften anzulegen. Offenbar sind Gewerkschaften durchaus bereit, bei dieser Konstruktion zu kooperieren. Für sie wird es einfacher, die Stammbesellschaft als Mitglieder zu halten, denn die Beschäftigung als solches bleibt hoch, sodass die Gewerkschaften starke Mitgliederzahlen aufweisen können. Jedoch vertreten Sie nur einen Teil der Belegschaft, was enorme Legitimationsprobleme mit sich bringt. Durch diese Konstruktion stellt sich natürlich eine zweite Frage: Wo liegt das unternehmerische Risiko und wer bezahlt im Fall des Misserfolg? Das gesamte und komplizierte Verfahren des Arbeitsrechts spielen in der Leiharbeit keine Rolle. Die Kündigungsfristen sind äußerst unkompliziert und Abfindungen müssen nicht bezahlt werden. Gerade diese Vorteile sind es das Rekrutieren von Personal so einfach macht. Für Industrie und Gewerbe macht es Sinn, sie können Ihre zusätzliche Belegschaft einstellen und wieder entlassen ohne mehr Aufwand zu haben, die Kernbelegschaft sichert die Produktion. Die Beschäftigungsquote ist theoretisch immer hoch, und das Problem der Produktivität ist gelöst, da bei Konjunkturschwankungen kein Reibungsverlust auftritt. Bei Werksschließungen bleiben die hohen Abfindungen nur den Managern und der Stammbesellschaft vorbehalten, sofern diese eine starke Vertretung haben. Der Rest hat keinen gesetzlichen Anspruch auf die sonst so großzügigen Auszahlungen. Einer der Bekanntesten Fäll war die Firma Nokia in Bochum.

⁹⁷ Ebd., S. 123

„Nokia war einmal ein großer Hoffnungsträger in Bochum, das Werk wurde vom Land großzügig subventioniert. Knapp 3 000 Menschen arbeiteten hier, über ein Drittel davon waren Leiharbeiter.“⁹⁸

Die Probleme bei Bezahlungen wiederholen sich in jeder Untersuchung. Auch in diesem Fall blieben viele Arbeitsrechte nutzlos. Auch die Bezahlungen vielen mehr als fragwürdig aus.

„Der Job bei Nokia reichte ja kaum zum Leben. 7 EURO 60 bekam er pro Stunde, am Monatsende blieben gerade mal 7 00 Euro.“⁹⁹

Der Hersteller war in diesem Fall besser dran. Für die 1.0830 Festangestellten der Stammbeslegschaft musste ein Sozialplan erstellt werden. Nach langen Verhandlungen mit Politik und Gewerkschaft schüttete Nokia statt 70 nun 200 Millionen Euro Abfindung aus. Jedoch galten alle Regelungen nur für die Stammbeslegschaft, der Rest war nicht mehr vertreten. Die nicht mehr im normalen gesetzlichen Rahmen vertretenen Angestellten hatten weder ein Mitspracherecht noch erhielten sie irgendeine Unterstützung. Nun waren rund 1000 Leiharbeiter nicht mehr vorhanden. Sie bekamen kein Geld und wurden nicht nur bei der Fabrik gekündigt, sondern auch bei den Leiharbeitsfirmen, die die Arbeitslosen nicht mehr übernehmen wollten, denn sie hätten auch die soziale und berufliche Last auf sich nehmen müssen.

Zum einen dient das System die Fachkräfte in den Betrieben zu halten, zum anderen ist es ein Konzept für schnelle Massenbeschäftigung. Für die Industrie eine probate Lösung, wenngleich Sie in fast allen anderen Aspekten fragwürdig bleibt. Stellt sich die Frage des Gesetzgebers in der Politik und nicht ein Problem der Industrie sowie Dienstleistung als solches. Volkswirtschaften sind allerdings meistens nicht so konstruiert der Arbeitsmarkt ist viel kleingliedriger. Auch in diesem Fall kann die Bundesrepublik als Referenzwert herangezogen werden.

⁹⁸ Ebd., S. 123

⁹⁹ Ebd.

„Derzeit gibt es in Deutschland rund 1,7 Millionen Kleinstunternehmer mit weniger als 10 Mitarbeitern, die über 80 Prozent aller deutschen Unternehmer ausmachen und fast 20 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland beschäftigen.“¹⁰⁰

Die Struktur auf dem Arbeitsmarkt ist damit klar. Kleine und mittelständische Unternehmen tragen die meisten Beschäftigten. Zählt man je nach Definition die Betriebe mit weniger als 250 Mitarbeitern zum Mittelstand, so stellen sie eine Gesamtbeschäftigungszahl von rund 60 Prozent der Angestellten. Im Bereich der auszubildenden Lehrlinge sind es sogar 80 Prozent.¹⁰¹

Ein weiteres Modell, um Arbeitsplätze hoch produktiv zu machen, liegt in den Werkverträgen. Früher galten diese Vereinbarungen vor allem für freie Berufe wie Journalisten oder ähnliche freischaffende Personen mit einem flexiblen Gehalt und einer auf Zeit begrenzte Arbeit. Also sogenannte Werke, die vollbracht werden sollten. Dies weitete sich im Laufe der Zeit immer weiter auf technische Berufe sowie anderen Berufsparten da Spezialisten immer häufiger an und abberufen werden konnten. Als die Entlohnung aber produktiv durchgerechnet wurde, galt es, einige gesetzliche Hürden zu nehmen. Denn wie wird das Gehalt ausgehandelt wenn die Personalkosten hoch sind, aber nicht gleich bezahlt werden können.

Bei großen Konzernen wird einfach ein Personalsparprogramm aufgelegt, so werden die Arbeitskosten bei billigeren Produkten und Dienstleistungen automatisch höher und produktiver. Der Bestand der Angestellten soll aber den produktiven Bereichen erhalten bleiben. Dies wird zum einen über die Personalstäbe ausgehandelt, Sie werden zusammengefasst und durchgezählt. Das Management erfand die Controller. Diese Buchhalter optimieren die Kosten und setzen auf Steigerung der Produktivität ohne die Substanz der Mitarbeiter im Betrieb zu gefährden. Um die Kosten noch weiter zu senken, sind Vertrags- und Tarifumschichtungen geplant. So werden Leiharbeiter in den Sachaufwand umgeleitet und Personalstellen abgebaut, neue Beschäftigte erhalten nur noch Werkverträgen. Dies passiert aus einem einfachen Grund.

„Werkverträge werden nämlich nicht im Stellenplan geführt.“¹⁰²

¹⁰⁰ Hinte/.Zimmermann(Hrsg.).2013.S.48.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd., S.149.

Bei diesem Arbeitsvertrag handelt es sich um eine noch einfachere Abgabenvariante. In diesem Fall gilt auch die Equal-Pay-Vereinbarung nicht. Damit werden Werkverträge einfach ausbezahlt und fallen nicht mehr in den Personalaufwand. Die Einkommensunterschiede weiten sich immer weiter aus. Nicht nur der geringere Verdienst sondern die gesamte Benachteiligung wird weiter fortgesetzt. Auch innerhalb eines Betriebes werden hierarchische Strukturen geschaffen. Nicht nur die geringere Bezahlung, sowie der geringere Urlaub werden aufrecht erhalten. Auch in der Kantine muss mehr für das Essen bezahlt werden und die betrieblichen Umkleieräume werden den Leiharbeitern vorenthalten. Weiters werden die oben genannten Zuschläge für Mehrarbeit und gefährlichere Arbeit nicht ausbezahlt.¹⁰³

Wirklich sinnvoll sind diese Regelungen nicht, denn wenn die entsprechenden Gesetze und ihr Vollzug eingehalten werden sind die Regelungen zu schwach. Dies setzt einen funktionierenden Rechtsstaat voraus, der zumindest in diesem sensiblen Bereich über weitreichende Kompetenzen verfügt. Doch alle untersuchten Länder haben eine Gemeinsamkeit. Sie haben alle einen Mindestlohn sowie eine, -zumindest auf dem Papier- strenge Regelung der Arbeitskräfte Überlassung. Der Hauptteil dieser Art von Beschäftigung geht wie beschrieben an die Metall- und Autoindustrie, sehr viel weniger an die Dienstleistung. Dort ist der Anteil gering, zumindest statistisch gesehen, gering. Leiharbeit kann also ein gutes Mittel für die Beschäftigung sein, jedoch nur unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen.

Leiharbeitsmarkt in den Mitteleuropäischen Ländern

In Österreich sind es ungefähr 67.000 Zeitarbeitskräfte, diese entspricht 2 % des gesamten Arbeitsmarktes.¹⁰⁴ Die Aufschlüsselung nach Branchen sieht wie folgt aus: 48% Industrie , 32% Dienstleistung , 6% Transport und Telekommunikation , 5% Handel , 1% Bank- und Versicherungswesen.¹⁰⁵

In der Tschechischen Republik machen die Leiharbeitnehmer in Summe 47.500 Personen aus. Den Hauptanteil trägt die Automobilindustrie mit 10.500 Menschen sowie die Hersteller von

¹⁰³ Ebd., S.157.

¹⁰⁴ URL.:<http://personalorder.de/index.php?load=3,9&land=oesterreich>. [19.11.2013]

¹⁰⁵ URL.:<http://personalorder.de/index.php?load=3,9&land=oesterreich>. [19.11.2013]

elektronischen Bauteilen und optischen Apparaten mit ca. 10.000 Personen, der Rest geht an die Metallverarbeitung.¹⁰⁶

In der Slowakei ist ein ähnlicher durchgehender Trend absehbar. Auch hier werden die meisten Menschen von der Automobil- und Elektroindustrie als Zeitarbeiter aufgenommen. Wie groß die Zahl tatsächlich ist, kann nur ganzheitlich erfasst werden, insgesamt werden 22.400 Arbeitskräfte, welche einen Zeitarbeitsvertrag haben.¹⁰⁷

Diese Arbeitsmarktkonstruktion hat seine politischen Stärken aber auch Grenzen. Durch einen solchen Prozess werden ganze Arbeitskolonnen abrufbar und wieder abbaubar, die Gestaltungsfähigkeit eines Beschäftigungsprozesses wird allerdings ohne die betroffenen Personen durchgeführt. Das Management, wie auch die Gewerkschaften, welche in einer solchen Konstruktion nur die Stammbesellschaft vertreten, schließt einen großen Teil der Menschen aus. Eine simple Kostensenkungsstrategie alleine wird das Problem der Beschäftigung aber nicht lösen, das unternehmerische Risiko wird tendenziell auf andere Gruppen wie etwa der Leiharbeiter und kleine Zulieferer abgewälzt.

Bei Untersuchungen in der Tschechischen Republik ergaben sich einige wichtige Erkenntnisse. Das dort geltende Arbeitsgesetzbuch hat solide und klare gesetzliche Regelungen, und eine Vielzahl von Arbeitnehmerrechten sind darin klar verankert, der Kündigungsschutz, die Sicherheit, die Arbeitszeit sind schriftlich festgelegt. In der Praxis ist die Lage jedoch sehr unübersichtlich. Im Jahr 2005 gab es 1.789 Zeitarbeitsfirmen, doch die gesetzlichen Regelungen finden in diesem Bereich kaum bis überhaupt keine Anwendung. Diese Ungleichbehandlung betrifft nicht nur den Bereich der Vergütung zu sondern auch die der Arbeitssicherheit und der Weiterbildung. Die Kontrollbehörden sind in Ihren Befugnissen eingeschränkt oder gleichgültig. Dabei könnten die gesamten Verstöße festgestellt und mit Bußgeldern belegt werden. Jedoch die Verletzung der Gleichbehandlung gehört nicht zu ihren Sachverhalt.¹⁰⁸ Auch Vladimir Kment von der Skoda Auto AG, einer der größten tschechischen Arbeitgeber, umreißt die Problematik wie folgt. Es liegt oft nicht an den gesetzlichen Vorgaben sondern eher an deren Umsetzung. Die große Fluktuation der Belegschaft schafft instabile Beschäftigung. Weiter folgen fachliche Mängel in der Produktion. Oft ergibt sich durch eine zu schnelle Rekrutierung, das Fehlen der nötigen Kompetenz für den einen oder anderen Arbeitsplatz.

¹⁰⁶ URL.: <http://personalorder.de/index.php?load=3,9&land=tschechien>. [19.11.2014]

¹⁰⁷ URL.: <http://personalorder.de/index.php?load=3,9&land=tschechien>. [19.11.2014]

¹⁰⁸ Stransky.2007.S.29.ff

Ein gravierendes Problem scheint die Entlohnung zu sein, sie ist unübersichtlich, auch wenn es einen Mindestlohn gibt, wird dieser umgangen oder ungleich ausbezahlt. Auch bei Skoda sind die Zeitarbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert, womit das Einklagen der Löhne unmöglich wird und eine organisierte Arbeiterschaft nicht zustande kommt.¹⁰⁹ So wird in Mittel- und Osteuropa die Leiharbeit vor allem zur schnellen Gewinnmaximierung und Produktivitätssteigerung genutzt, die Durchführung der Arbeitsprozesse dienen mehr der Ökonomie als der Durchsetzung von Gesetzen. Eine aktive Einbindung der Angestellten in den Arbeitsprozess ist überhaupt nicht vorgesehen. Selbst wenn Gesetze existieren, werden diese nur halbherzig angewendet. Nachdem die Tschechische Republik wie auch die Slowakei ein sehr neoliberales Wirtschaftsmodell anwendet wurde in Österreich ein anderer Beschäftigungsweg eingeschlagen.

Die Zeitarbeit, die in Österreich Leiharbeit gesetzlich genannt wird, haben einen Anspruch auf einen ortsübliche Entlohnung.¹¹⁰ Nicht nur die gleiche Bezahlung ist Bedingung, deren Auszahlung ist gesetzlich verankert. Im Gegensatz zu den anderen Staaten springt die Gewerkschaft im Fall von unbezahlten oder ungerechten Abrechnungen sofort ein und klagt das Unternehmen. Anfang der 1990 Jahre liefen die Geschäfte mit Zeitarbeitsfirmen auch in Österreich glänzend. Jedoch nahmen die sozialen Spannungen zu und die gesamte Zeitarbeitsbranche geriet in Verruf. Über die fehlenden Regelungen waren die Gewerkschaften so erbost, dass es fast zum endgültigen Verhandlungsabbruch gekommen wäre. Am 15. Januar 2002 kam es aber der Durchbruch und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschlossen eine grundlegende Neuordnung der Branche. Es wurde eine klare Regelung vereinbart, die Gleichbehandlung von Lohn und Arbeitszeit wurde festgeschrieben. Der Verwaltungsaufwand für Leiharbeitsfirmen ist im Gegensatz zu den Nachbarstaaten einfach höher, sie haben über 120 Tarifverträge zu berücksichtigen.

Sollte ein Beschäftigungsverhältnis überhaupt keinen Regeln unterliegen so sind auf alle Fälle 7,35 Euro pro Stunde zu bezahlen.¹¹¹ Die Zeitarbeit dient in Österreich also weniger dazu Personalkosten zu senken, sondern vielmehr die Auftrags Ab- und Aufschwünge mit dem Personal zu meistern. Die Bewerbungen werden von der Leiharbeitsfirma effizient ausgesucht. Damit erhalten die Firmen nur die interessanten Kandidaten. Dies führt zu einer höhe-

¹⁰⁹ Kment.2007.S.55.ff

¹¹⁰ Hinte/Zimmermann(Hrsg.).2013.S.113.

¹¹¹ Ebd., S.222.ff.

ren Effektivität sowie motivierten Mitarbeitern. Man setzt also mehr auf Effizienz und weniger auf Kostenersparnisse.

Helmut Mahringer, Arbeitsmarktexperte am Institut für Wirtschaftsforschung in Österreich, sieht in der Leiharbeit nicht das Problem der Armutsgefährdung, sondern vielmehr in den viel zu ausufernden Teilzeitstellen und geringfügigen Beschäftigten.¹¹²

Der Grund für eine so ausgeweitete Leiharbeit liegt auch in einem immer noch zu hohen Arbeitsreservoir. Denn durch solche sehr schlecht bezahlten Stellen ist die Personalfluktuation extrem hoch. Im Prinzip suchen Industrie und Handel immer wieder Personal, doch diese werden über bereits eigene Arbeitsagenturen geschaltet. Dies ist nicht nur kostengünstiger, es erlaubt den großen Unternehmen auch kein schlechtes Image in der Bevölkerung aufzubauen. Wie groß der Bedarf an Arbeitskräften wirklich ist, kann also nur schwer festgestellt werden. Der Ursprung der Leiharbeit liegt in der Industrie. Sie nimmt bei hoher Produktionslast Personal auf, kann den aufgebauten Stand aber nicht halten, die Unternehmen wiederum können bei zu geringer Auslastung und zu hohem Personalstand nicht mehr effizient arbeiten, das Phänomen einer versteckten Unterbeschäftigung ist die Folge. Einen Personalstand, der weder abgebaut noch weitergeschult wird, kann so nicht weiter beschäftigt und unterhalten werden, eine Modernisierung von Produktion und Arbeitsplatz ist nicht mehr möglich. Für die Industrie ist eine solche Arbeitsmarktinnovation wichtig.

Es sind aber die Spielregeln, unter welchen Bedingungen diese stattfindet wer diese festlegt und ausverhandelt von größerer Bedeutung. Auch im persönlichen Gespräch mit Herrn Gerhard Flenreiss macht die Arbeitsmarktorganisation über eine Personalagentur durchaus Sinn. Jedoch müssen alle nach den gleichen Regeln verfahren, damit für alle Anbieter die gleichen Startbedingungen herrschen. Die großen europäischen „Player“ in den Personalagenturen sind für den österreichischen Arbeitsmarkt keine Bedrohung, die gesetzlichen Vorgaben sind eindeutig geregelt und müssen von allen Seiten eingehalten werden. Zum dem sind durch die Sozialpartnerschaft beide Akteure fest eingebettet. Die Marktanteile der großen Anbieter auf diesem Arbeitsmarkt sind auch nicht dominant.

Der österreichische Arbeitsmarkt stellt sich, so Flenreiss, ohnehin viel zu fragmentiert dar und weist zu viele Nischen auf. Für einen europäischen Arbeitsmarkt sind die Organisationsgrade

¹¹² Ebd., S.225.f.

der großen Personalagenturen zu unterschiedlich¹¹³ und politische Initiativen in diese Richtung sind fast nicht vorhanden. Was sehr erstaunlich bleibt ist bei einer so hohen Arbeitslosigkeit auf den Kontinent die Europäische Union kein spezielles Cross-Border System bereit stellt.

Der Grund dafür dürfte einfach die vielen Sprachen in Europa sein. In der Industrie könnte dies bei einigen Tätigkeiten noch funktionieren, in einer differenzierteren Dienstleistung mit höheren Wertschöpfungsketten hängt jedoch alles von der jeweiligen Landessprache ab. Es bräuchte also ein Bündel von praktischen Maßnahmen die eine Europäische Union ihren Bürgern zur Verfügung stellen könnte, wenn sie wollte. Für die Frage der Lohnnebenkosten gab es sehr klare Antworten. Die Kosten sind auch bei bester Qualifikation nicht einfach auszurechnen. Denn die tatsächlichen Lohnnebenkosten bestehen aus Jahreskalkulationen, die drei Punkte nicht berechnen können.¹¹⁴

- Krankenstände
- Feiertage (welcher gilt und welcher nicht z.B. 8. Dezember)
- Absetzung vom Durchschnittswert¹¹⁵

Trotzdem ist bei der Erfassung der Zeitarbeit in Österreich einiges gut gelungen. Eine ausreichend klare Regelung für alle Beteiligten scheint im jeden Fall die nötige Basis zu darzustellen. Jedoch müssen einige delikate Bereiche in der Zeitarbeit beschrieben werden die nicht so einfach in den Untersuchungen vorkommen. Die Lohnfestlegung unter Einbezug der Sozialpartner gilt zwar als gelungener Wurf, der Zeitpunkt der Auszahlung ist auch in Österreich ungenügend geregelt. Etwa die Auszahlung von Gehältern ist bei Angestellten gesetzlich am Anfang des Monats, fest geschrieben. Bei Zeit/Leiharbeiter/innen wird dies am 15. des Monats ausbezahlt. Bei fortlaufenden Rechnungen, die am Anfang des Monats bezahlt werden müssen, wie etwa Miete oder Telefon und Internet eine unhaltbare Situation. In keiner Studie war der Zeitpunkt der Auszahlung ein Thema.

Gerhard Flenreiss erklärt diese Frage mit buchhalterischem Zeitmanagement. Grund dafür ist die nicht immer gleichen Arbeitstage pro Monat. Hinzu kommen Überstunden sowie auf und Abschläge aufgrund der Tätigkeiten der Angestellten.¹¹⁶ Doch diese Treffen auf die Vollzeit-

¹¹³ Interview mit Gerhard Flenreiss. 24. 07. 2013.

¹¹⁴ Interview mit Gerhard Flenreiss. 24. 07. 2013.

¹¹⁵ Interview mit Gerhard Flenreiss. 24. 07. 2013.

¹¹⁶ Interview mit Gerhard Flenreiss. 24. 07. 2013.

angestellten auch zu. Für die Buchhaltung hat die spätere Auszahlung von Löhnen in Wirklichkeit ganz andere Vorteile. Zinsen und Kalkulationen werden für Unternehmen beweglicher. Geld bleibt damit länger im Betrieb und kann anders verwendet werden.

Die Rechnungen der Zeitarbeitsfirmen muss pünktlich bezahlt werden da der Leiharbeiter, wie jeder andere Mensch auch Rechnungen bezahlen muss. Eine gesetzliche Festschreibung wäre notwendig denn eine Gleichbehandlung umfasst auch diesen Themenbereich und demotiviert die jeweiligen Angestellten.

Ein Diskriminierungsverbot ist festgeschrieben und so muss es auch zur Anwendung kommen. Im Bereich der Teilzeit und der Honorarnoten, sowie in anderen Beschäftigungsverhältnissen ist dies auch nicht zu finden. Zuschläge bei verspäteter Zahlung sind auch dort nicht vorgesehen. Dies könnte jedoch zu einer klaren und disziplinierten Zahlungsmoral führen.

Die Leiharbeit ist somit ein gutes Geschäft geworden. Um sie aber auch für den Arbeitnehmer sinnvoll zu gestalten braucht es starke Institutionen. Eine zu schwache und einseitige Gesetzgebung hält die Arbeitsverhältnisse nur noch feudal. Schwere Verwerfungen im Einkommen bei gleicher Tätigkeit sind die Folge. Es führt zur gefährlichen Ungleichbehandlung und verzehrt die Berufsbilder.

Sinn macht die Leiharbeit unter anderem dann, wenn damit Überkapazitäten bewältigt werden, oder dies saisonal angewendet wird. Der Vorteil liegt im schnellen Ab- und Aufbau von Arbeitsverhältnissen. Der Betrieb wird damit Beweglicher. Da Weiterbildung und sichere Beschäftigung fehlen muss diese der Gesetzgeber genau Regeln. Sonst führt es auf Dauer zu keiner nachhaltigen Beschäftigungspolitik.

So ist die Leiharbeit mit richtigen sozialen Gesetzgebungen durchaus ein gutes Mittel, um Beschäftigung zu schaffen. Jedoch müssen die Sozialpartner dies Aushandeln. Sonst sind die sozialen Folgekosten für den Staat zu hoch.

Kurzarbeit: Innovation der Industriearbeit

Durch den temporären aber heftigen Konjunktureinbruch im Jahr 2008 musste sich die Industrie eine neue Beschäftigungsstrategie einfallen lassen. Diese hat durchaus funktioniert und eine intelligente und praktikable Anwendung erschaffen. Kurzarbeit ist zu einem unverzichtbaren Instrument geworden und trägt zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Es hat vor allem in jenen Ländern funktioniert, die schon vor der Rezession eine öffentliche Unterstützung für

Kurzarbeit ausgearbeitet hatten.¹¹⁷ In weiterer Folge ist diese Vorgehensweise nicht nur ein robustes Instrument bei unsicherer Auftragslage, sondern kann auch als Unternehmensrestrukturierung ausgearbeitet werden.¹¹⁸ Die globale Wirtschaftskrise brachte, wie ein Unternehmer in der Krise einen Nachfragerückgang. Die Folge ist ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit. Durch die Einführung der Kurzarbeit ist dies nicht passiert.

Definition der Kurzarbeit

Im Grunde handelt es sich um die Ausweitung oder Einführung neuerer Formen von Arbeitszeitverkürzung. Diese sind jedoch teilweise durch öffentliche Maßnahmen unterstützt. Ab dem 3. Quartal 2008 traf die Globale Wirtschaftskrise viele Staaten der Europäischen Union.

„Die Arbeitslosigkeit in den EU-27 stieg von 7,1 Prozent im Jahr 2008 auf 10 % im 1. Quartal 2010, was etwa 7,8 Mill. zusätzlichen Arbeitslosen entspricht.“¹¹⁹

Jedoch haben sich die Arbeitslosenzahlen in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich entwickelt. Vergleichsweise wenig Rückgang verzeichneten die Beschäftigten in der Sachgüterproduktion, insbesondere in Staaten mit einer ausgeprägten Unterstützungsoffensive, also durch Investitionsanreize, wie etwa Luxemburg, Österreich und Deutschland stabilisierte sich die Beschäftigung. In anderen Ländern kam es zum Abbau von Arbeitsplätzen. Nach Rückgang der Aufträge wurden in Tschechien der Slowakei sowie in Bulgarien, Slowenien, Ungarn, Spanien und Litauen Arbeitsplätze abgebaut. In den zuerst genannten Staaten sind die Arbeitszeiten verkürzt worden und die Beschäftigung aufrechterhalten worden. Bewerkestelltigt wurde dies als Abbau von Überstunden.

Dann folgte ein Abbau von Arbeitszeitschulden im Rahmen von Arbeitszeitkonten. Die Arbeitgeber folgten dabei dem Erhalt von Arbeitsplätzen im Rahmen von Unternehmen, da bei einem Wirtschaftsaufschwung die Produktion wieder aufgenommen werden kann. Da es

¹¹⁷ Mandl, Mascherini, im WSI: URL.: http://www.boeckler.de/wsimit_2011_07_mandl.pdf. [25.02.2014]

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd.

auch Firmen traf, die grundsätzlich stark am Markt vertreten waren, also kein schlechtes Produkt hatten, nutzten auch diese Unternehmen die Kurzarbeit, um temporär durch die schwierige Auftragslage zu kommen. Damit waren die Kosteneinsparungen realisiert und gleichzeitig der langfristige Wettbewerbsvorteil garantiert.¹²⁰ Als sich die Auftragslage verbesserte konnte sehr schnell das ursprüngliche Produktionsniveau wieder erreicht werden. Auf Englisch nennt sich diese Arbeitsmarktinnovation Economic Short-time Workers (ESTW), unter diese Kriterien fallen 55 % aller europäischen Kurzarbeiter in Deutschland und Italien zu finden.¹²¹ Dabei traf es zu 64 % die Sachgüterproduktion, gefolgt von 9 % im Bauwesen.¹²² Einige Europäische Daten sind auffällig. Rund 89 % der Kurzarbeiter haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag und 87 % sind dabei vollzeitbeschäftigt.¹²³ Dabei nahmen an einer Weiterbildung als Folge der Kurzarbeit rund 5 % der Beschäftigten teil.¹²⁴ Dies ist ein erstaunlich geringer Wert für die Arbeitsmarktanalyse. Vor allem sind die rechtlichen Unterschiede in den Arbeitsverträgen zu finden. Je abgesicherter ein Arbeitsverhältnis ist, desto mehr profitieren die Arbeitnehmer davon. Die Kurzarbeit ist jedoch ein sehr grobes Innovationsmodell. In der Europäischen Union werden nach der Studie von Irene Mandl und Massimiliano Mascherini drei Kurzarbeitsmodelle unterschieden.

Traditionelle Kurzarbeit

In diese Gruppe fallen Staaten, die eine lange Tradition in der öffentlichen Unterstützung der Wirtschaft haben. (Österreich, Italien, Belgien, Deutschland) sowie Länder mit starken wirtschaftlichen und geografischen Verknüpfungen zu diesen Volkswirtschaften (Slowenien, Tschechien, Slowakei). Die betroffenen Branchen sind in allen Ländern gleich, es betrifft die Sachgüterproduktion, die Maschinenarbeiter sowie die Handwerker.¹²⁵

Unkonventionelle Kurzarbeit

Dies trifft vor allem auf wirtschaftlich liberalere Länder zu. Im Gegensatz zu den vorher genannten haben sie mehr Teilzeitstellen und befristete Arbeitsverträge. Auch die Anzahl von Kleinunternehmen ist in diesen Ländern viel höher als in anderen Volkswirtschaften. Betroffen

¹²⁰ Ebd., S.363.

¹²¹ Mandl, Mascherini, im WSI:URL.: http://www.boeckler.de/wsimit_2011_07_mandl.pdf. [25.02.2014].S.364.

¹²² Ebd., S.364.

¹²³ Ebd., S. 365.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd.

von dieser Maßnahme sind Dänemark, Estland, Polen sowie das Vereinigte Königreich. Die Betreffenden Branchen sind in diesem Zusammenhang auch ganz andere. Es betrifft die Kreativwirtschaft, den Tourismus und das Gastgewerbe sowie das Immobilienwesen.

Unkonventionell wird diese Form der Kurzarbeit auch deshalb genannt es auch Manager und hoch qualifiziertes Personal umfasst. Genauso wie es ältere Beschäftigte in das System mit einbezieht.¹²⁶

Hybrid Kurzarbeitsländer

In diesen Staaten ist eine Zwitterstellung festzustellen, es handelt sich weder um Staaten mit einer hohen staatlichen Anreizquote noch findet ein nennenswerter ökonomischer Austausch innerhalb der Nachbarstaaten statt. Befristete Stellen und Teilzeitbeschäftigte haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, in dieses Programm aufgenommen zu werden. Die Kurzarbeit ist branchenspezifisch nicht auszumachen. Auch die Alterskategorie ist nicht systematisiert erfassbar. Nur der tertiäre Bildungssektor bleibt offenbar vollkommen davon ausgenommen. Dies ist wohl die einzige Gemeinsamkeit dieser Länder. Gezählt werden dazu Griechenland, Portugal, Spanien, Schweden, Finnland, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Lettland und Litauen.¹²⁷

Allen Staaten gemeinsam ist der Ausgleich für die relativen Einkommensverluste. Die reduzierte Arbeitszeit kommt den Unternehmen entgegen, sie können von der größeren Flexibilität profitieren. Neben den staatlichen Instrumenten der Kurzarbeit ist auch eines für Weiterbildung sowie Sozialversicherungskomponente eingebaut. Das allgemeine Ziel bleibt jedoch, mit öffentlichen Mitteln den Erhalt von Arbeitsplätzen zu gewährleisten. Durch die Reduzierung von Arbeitszeiten bleibt das Unternehmen flexibel und die öffentliche Hand kompensiert die Einkommen teilweise. In den meisten Fällen wird diese Anwendung durch die Arbeitslosenversicherung gedeckt.¹²⁸ Es ist eine Organisationsstruktur, welches ein hohen Beschäftigungsstand in Krisenzeiten ermöglicht. Gefördert wird allerdings nur, wenn die Unternehmen ohne ihr Verschulden in diese Lage gekommen sind. Der Auslöser für einen solchen ruckartigen Absturz ist immer der Selbe. Der Nachfragemarkt oder die Lieferanten bleiben aus. Dieses Sicherheitsnetz kommt aber auch erst zum Tragen, wenn alle anderen Krisenmaßnahmen nicht

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Ebd., S.366.

mehr greifen. So müssen erst alle internen Maßnahmen ausgeschöpft worden sein, eine solche Förderung zu erhalten. Welche Gruppen in einem Betrieb in die Kurzarbeit aufgenommen werden, ist jedoch in jedem Land unabhängig geregelt. So werden in Slowenien etwa Teilzeitkräfte nicht unterstützt. Leiharbeiter und Angestellte mit befristeten Verträgen fast immer ausgenommen. In vielen Ländern bleiben Lehrlinge von der Regelung ausgenommen, um ihre Ausbildung nicht zu unterbrechen oder zu gefährden.¹²⁹

Weiter muss die betriebliche Interessenvertretung zumindest informiert werden. In den Niederlanden sowie Deutschland, Belgien, Polen, Österreich und Italien ist darüber hinaus auch eine Zustimmung der Beschäftigten erforderlich.¹³⁰ Jedoch hat sich eine konstruktive Kooperation im Dreieck Staat, Betrieb und Gewerkschaft als grundsätzliche Entscheidungsplattform herausentwickelt.¹³¹ Die Erfolge können sich sehen lassen. Alle Staaten die dieses Instrument genutzt haben, konnten in der schweren Krise nachhaltig ihre Beschäftigungsquote aufrechterhalten. Als der Konjunkturunbruch überwunden war lief die Kurzarbeit einfach aus. In einigen Ländern konnte für kurze Zeit das Arbeitsvolumen sogar ganz ausgesetzt werden. Im Fall von Österreich muss das Arbeitsvolumen bei 10 % liegen, ansonsten bleiben die Unterstützungen aus. In den Niederlanden und in Luxemburg liegt dieser Wert bei etwa 50 Prozent. Die Beschäftigten erhalten eine Kompensation ihres Arbeitsausfalles im Rahmen des Arbeitslosengeldes, in Italien und Luxemburg liegt dies bei rund 80 % des Einkommens. Auffällig sind in diesem Zusammenhang die Kalkulationsgrundlagen. Nur in Belgien und Österreich sowie Frankreich wird während der Kurzarbeit das volle Einkommen berechnet, einzig in Deutschland wird 80 Prozent des ursprünglichen Einkommens herangezogen jedoch gänzlich vom Arbeitgeber finanziert.¹³² Staaten, die eine verringerte Sozialversicherung berechnen, sehen dies offenbar nicht als Problem an, in den meisten Ländern bleibt auch der Kündigungsschutz voll aufrecht. Die Regelung bleibt jedoch uneinheitlich. Luxemburg, Österreich und Slowenien dürfen während der Kurzarbeit andere Beschäftigte nicht entlassen werden.

Um eine öffentliche Kompensation zu erhalten, wird in Holland, Slowenien und Wales eine Weiterbildungsmaßnahme vorausgesetzt. In Österreich, Belgien und Deutschland wird die öffentliche Kompensation erhöht, sollte während der Kurzarbeit eine Weiterbildung in An-

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Ebd.

¹³² Ebd.

spruch genommen werden. Die Kosten dafür sind in Polen, Deutschland, Slowenien, Wales und Österreich teilweise auch öffentlich mitfinanziert.¹³³

Ob dieses Instrumentarium auf Dauer einen hohen Beschäftigungsstand garantiert lässt sich nur schwer erläutern, dazu war die Krise zu kurz und die Innovation zu neu. Aber der kurzfristige Effekt am Arbeitsmarkt ist unumstritten und bestätigt. Eine in sich homogene Vorgehensweise für alle Betriebe ist jedoch schwer auszumachen, die nationalen Strukturen sind zu unterschiedlich gelagert. Jedoch ist der rudimentäre Ansatz bei allen gleich. Ein großer Nachteil dieser Initiative ist der hohe administrative Aufwand. Die kleinen Betriebe, die keine spezialisierte Aufgabe vorweisen können, profitieren sehr selten von dieser Idee. Hinzu kommt die Frage der Abwicklung.

Die lokalen Arbeitsvermittler sowie die Arbeitsämter vor Ort müssen diesen Vorgang abwickeln. Die Grundidee der Kurzarbeit liegt darin, die Produktion aufrecht zu erhalten und dem Management die Zeit für eine Umstrukturierung zu geben. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen zu ändern oder einen Strategiewechsel ohne Substanzverlust zu überstehen.¹³⁴ Der Ansatz der Inklusion aller Beteiligten ist auf jeden Fall ein radikaler Gegenentwurf zu einem neoliberalen Modell. Es verhindert vor allem die sinnlose Freisetzung von Arbeitskräften. Das zweite neue Element ist die Weiterbildung während der Kurzarbeit. Diese muss jedoch weiterentwickelt und ausgebaut werden. Zum einen kann dieses Modell auch als Modernisierungsmodell Verwendung finden. In jedem Fall hält es die Produktivität in schweren Zeiten ohne größere Verluste aufrecht. Ein langfristiger volkswirtschaftlicher Schaden kann damit eingedämmt, entwickelt und ausgebaut werden. Für alle Beteiligten ist es schwierig, die Flexibilität mit einer gezielten Weiterbildung der Angestellten zu verbinden.¹³⁵

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd., S. 366 ff.

¹³⁵ Ebd.

2 Management: neue Strukturen schaffen einen neuen Arbeitsmarkt

Doch was ist eigentlich „Management“?

Im Mittelpunkt der Managementfunktion steht der Mensch. Er soll in die Lage versetzt werden eine gemeinsame Leistung zu erbringen. Von der Qualität dieser Führung hängt, zumindest in der Grundidee, der Lebensstandard eines jeden Einzelnen in einer Firma, oder einem größeren Geflechtes wie der Wirtschaft ab. Die kulturell erlernte Funktion integriert den Menschen in ein umfassendes Sozialsystem, dadurch ist Problembewusstsein tief in der Kultur verwurzelt. Jedoch ist es nicht ganz so einfach wie viele glauben.

Die Manager in Deutschland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Japan oder Brasilien tun alle exakt das Gleiche, wobei die Art und Weise, wie sie es tun, sehr unterschiedlich sein kann.¹³⁶ Doch was ist in diesem Fall Innovation genau. Zur Lösung eines Arbeitsmarktproblems gehört eben auch jeweils ein gutes Management. Die in den letzten Kapiteln genannten Untersuchungen stellen vor allem auf Zeit und den Ort bezogene Lösungen dar. Die Aufgabe des Managements besteht aber darin, die Bedürfnisse einer Gesellschaft in möglichen Unternehmertätigkeiten zu verwandeln. Der Begriff der „Innovation“ steht hier im Mittelpunkt, dies ist aber nicht mit Erfindung gleichzusetzen sie ist kein technischer sondern ein kreativer Begriff.¹³⁷ So sind die Überlegungen zu einem Bereich genauso wichtig in der Technologie sowie Gesellschaft oder Wirtschaft. Wie könnte also Innovation definiert werden?

„Wir können Innovation, als die Aufgabe definieren, das Potenzial der Menschen und der materiellen Ressourcen zur Schaffung von Wohlstand zu erhöhen“.¹³⁸

Ein weiteres Problem am Arbeitsmarkt ist das Marktverhalten von Unternehmen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen hängt also nicht nur von Strukturen und Bedingungen des jeweiligen Umfeldes ab. Die Unternehmen stellen sich in der Gesellschaft als Organisationen dar. Damit fällt ihnen auch eine gewisse soziale Verantwortung zu. Viele Unternehmen wissen jedoch nicht, worin ihre eigentliche Aufgabe besteht. Ihr Zweck besteht einerseits darin, einen bestimmten Zweck in der Gesellschaft zu erfüllen. Die gesellschaftliche Wirkung geht anderer-

¹³⁶ Drucker. 2001. S.27.

¹³⁷ Ebd., S.40.

¹³⁸ Ebd.

seits fast zwangsläufig über einen spezifisch gewordenen Beitrag hinaus. So ist die Aufgabe eines Krankenhauses nicht die Beschäftigung von Krankenschwestern und Köchen, sondern die Betreuung von Kranken; es gibt diese Berufe um einer Aufgabe gerecht zu werden. Wenn ein soziales Bedürfnis einmal definiert ist, bildet sich auch eine Arbeitsgemeinschaft, die sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe widmet.¹³⁹ Von daher ist die Erfassung von Fähigkeiten der Menschen in einem modernen Arbeitsmarkt zentral, denn ein effektiver Informationsaustausch mit standardisierten Vorgaben erleichtern die Vermittlungen von Arbeit. In den verschiedenen Branchen sind viele Möglichkeiten anzutreffen. Wesentlich für die moderne Schaffung von Arbeitsplätzen ist die Information darüber. Und nichts hat sich mehr verändert als diese. Arbeitsplätze, egal wo wir hinschauen, sie unterliegen im jeden Fall einer Grundkonstante, nämlich der Kalkulation. Durch die technische Revolution des Computers ist das Rechnungswesen vollkommen neuen Möglichkeiten und Bedingungen unterworfen, oder anders gesagt, die Unternehmen sind, von einer traditionellen Lohnverrechnung zu einer tätigkeitsbezogenen Rechnung übergegangen.¹⁴⁰ Was bedeutet in diesem Zusammenhang traditionelle Kalkulation?

Sie beruht auf der Annahme, dass die gesamten Produktionskosten die Summe der Kosten der einzelnen betrieblichen Aktivität sind. Die Wettbewerbstätigkeit sowie die Rentabilität des Unternehmens entscheiden über die Kosten des gesamten Produkts. In einer aktivitätsbezogenen Kalkulation erfasst die Buchhaltung alle Prozesse der Arbeit, vom Zulieferer, bis zum Material und zum Kundendienst, der ebenfalls den Produktionskosten zugerechnet wird. Der große Vorteil der aktivitätsbezogenen Kalkulation besteht darin, die Herstellungskosten erheblich senken zu können. Doch diese Art der Berechnung hatte eine andere, sehr viel wichtigere Möglichkeit hervorgebracht. Die Dienstleistung konnte zum ersten Mal berechnet werden.

„Dienstleistungsunternehmen können unmöglich von den Kosten der einzelnen Tätigkeit ausgehen, wie dies Produktionsunternehmen traditionell tun. Vielmehr müssen die von der Annahme ausgehen, dass es nur eine Kosteneinheit gibt : das gesamte System.“¹⁴¹

¹³⁹ Ebd., S.73.

¹⁴⁰ Ebd., S.123.

¹⁴¹ Ebd., S.125.

Für die Dienstleistung sind demnach die fixen und variablen Kosten nicht zielführend, es handelt sich über jeden gegebenen Zeitraum hinweg um fixe Kosten.

So geht die aktivitätsbezogene Kalkulation von der Annahme aus, dass alle Kosten über einen gegebenen Zeitraum feststehen und dass eine Ressource nicht durch eine andere ersetzt werden kann. Damit wurde das Problem der Lohnkosten in der Dienstleistung annähernd gelöst, zumindest sind die Kosten erfassbar geworden und die Konsequenzen sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer klarer und somit verhandelbar. Werden diese Kosten nicht wirklich auf den Tisch gelegt werden können die Löhne nicht sinnvoll verhandelt werden, sie sind der wesentliche Aspekt bei Beschäftigung und Wohlstandsmehrung. Die zweite wesentliche Überlegung bei Drucker war die Preisfindung. Traditionell berechnen die meisten Unternehmen ausgehend von den Kosten eine wünschenswerte Gewinnspanne.

„Das bedeutet, dass sie eine kostenabhängige Preisbildung betreiben.“¹⁴²

Die Kalkulation für die Dienstleistung wird jedoch anders konstruiert. Durch eine preisabhängige Kalkulation wird erhoben welchen Preis der Kunde für ein Produkt zu bezahlen bereit ist. Diese Kalkulation beginnt bereits im Entwicklungsstadium des Produktes¹⁴³, doch funktioniert es nur wenn Unternehmen alle Kosten der wirtschaftlichen Kette kennen und steuern können. Dieses Konzept ist in den 90er Jahren vor allem durch Outsourcing sowie Allianzen und Joint Ventures durchgeführt worden. Diese Struktur basiert nicht auf Kontrolle, sondern auf partnerschaftlichen Beziehungen und das größte Problem in diesem Bereich besteht darin, gesamtwirtschaftliche Kalkulationssysteme zu vereinbaren.

Da jedes Unternehmen seine eigenen Rechnungen aufstellt und kalkuliert, wird es auf seinem eigenen System beharren und aufbauen. Dadurch ergibt sich das Problem der Informationsweitergabe, niemand wird die genaue Kalkulation einem anderen Unternehmen leichtsinnig weitergeben. Doch eine bessere Grundlage für Lohn und Preisverhandlungen wird es aber nicht geben. Unternehmen werden wohl alles Kalkulieren müssen, auch wenn es schwierig ist, ohne missbrauch zu arbeiten. Jedoch muss einiges genauer definiert werden. Denn Unternehmen werden nicht dafür gebraucht Kosten zu senken, sondern Wohlstand zu schaffen. Aber der

¹⁴² Ebd., S.129.

¹⁴³ Ebd.

Kalkulationsstock ist seit den 1990 Jahren ein anderer. Die sogenannten „freien Märkte“ sind nicht frei, sondern unberechenbarer geworden, die Abnahmen menge ist kaum mehr kalkulierbar, nicht auf Grund fehlender Innovation, sondern schlecht organisierter Märkte. Darüber hinaus werden fehlende Gewinnmargen zu einem Problem, denn ein freier Markt, der für die Mehrheit der Teilnehmer keinen realen Gewinn mehr abwirft, wird sinnlos. Doch solange dieses Problem nicht analysiert und behoben wird fällt die gesamte Kalkulation auf die Aufwandskosten (Lohnkosten) zurück.

Durch ein modernes Controlling werden die Löhne nicht mehr verhandelt. Es dient dazu, die Kosten ohne der erarbeitenden Gewinne zu fixieren, es bedeutet das Einkommen kaum mehr ausverhandelt werden. Der Russische CEO Anton Ulanow brachte die neue Einkommensberechnung wie folgt den Punkt.

„Die Preise können wir nicht kontrollieren, aber unsere Kosten.“¹⁴⁴

Es ist davon auszugehen, dass sich diese Erkenntnis über kurz oder lang durchsetzen wird. Ob diese einen Sinn macht, wird eine gesellschaftliche Frage bleiben und nicht, wie oft angenommen eine Frage der Produktivität.

Wie sehen die neuen Instrumente für die Messung von Produktivität aus? Zum einen ist es das EVA-System. Dieses System (EVA, Economic Value Added)¹⁴⁵ beruht auf der Überlegung, dass Geld, welches als Kapitalbedarf benötigt wird, die höchste Priorität hat, es alleine misst, sämtliche Wertschöpfungen. So beschreibt diese EVA- Rechnung genau, welche Dienstleistung oder Tätigkeit außergewöhnlich produktiv ist und welche nicht.¹⁴⁶

Die zweite Vorgehensweise um Information über die Produktivität in Erfahrung zu bringen ist das Benchmarking, also der Vergleich zwischen der eigenen Leistung und der besten Leistung der Branche, oder was noch viel wichtiger ist, die beste Leistung für die gesamte Volkswirtschaft.¹⁴⁷ Das dritte Instrument dient dazu, die Kompetenzen zu beurteilen, also Fähigkeiten, die eine Person unter erschwerten Bedingungen erbringen kann, andere jedoch nur schlecht oder überhaupt nicht erbringen können. Auch wenn dies eine eher triviale Erkenntnis ist beim

¹⁴⁴ Triebe, Ust-Labinski.: NZZ, 23. 11.2013.Nr.273. S.17.

¹⁴⁵ Drucker.2001.S.131.

¹⁴⁶ Ebd., S.132.

¹⁴⁷ Ebd.

interkulturellen Austausch die entscheidende Kompetenz. Zum anderen ist kulturelles Wissen eines der wichtigsten Grundlagen, denn solche Fähigkeiten sind immer auch Grundlage von Innovationsleistung. In einer solchen Strategie werden vor allem Innovationen für kommerzielle Produkte gewonnen. Jedoch lassen sich diese Überlegungen nicht mehr messen, sie sind für Drucker teil des Urteilsvermögens.¹⁴⁸ Es lässt sich aus Erfahrung und Fähigkeit gewinnen, aber nicht, einfach erlernen. Um einen breiten Wohlstand zu schaffen, -und am Ende des Tages geht es immer nur darum- muss eine diagnostische Informationsanalyse geschaffen werden. Der Wohlstand wird in Zukunft immer mehr gemanagt werden was im Konkreten die Zuteilung von knappen Ressourcen bedeutet. Im Fall des modernen Arbeitsmarktes bedeutet es, knappes Kapital und fähiges Personal zusammenzuziehen.¹⁴⁹ Diese zwei Einheiten werden zu einer Information zusammengefasst und von einem Management zugeteilt.

„Doch das Kapital ist nur eine Schlüsselressource der Organisation, und es ist keineswegs die knappste. Die knappste Ressource in jeder Organisation sind leistungsfähige Menschen.“¹⁵⁰

So liegt der Sinn des Managements nicht ausschließlich im Geldverdienen oder darin, mit mathematischen Logarithmen zu arbeiten, sondern der Wert eines Unternehmens liegt vor allem darin Wohlstand zu schaffen.¹⁵¹ Solange solche Grundsätze nicht annähernd berücksichtigt werden, wird auch aus Beschäftigung kein Einkommen entstehen und aus diesem kein breiter Wohlstand erarbeitet werden.

Der Arbeitsmarkt ist aber nicht so einfach zu definieren wie ein „Kartoffelmarkt“ oder ein Verbrauchsgüter Markt, denn der Preis reguliert nicht das Angebot und umgekehrt. Die Grundannahme der neoklassischen Arbeitsmarktheorie ist in diesem Fall realitätsfremd, denn zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herrscht keine gleiche Wettbewerbssituation, es wird nicht auf Augenhöhe verhandelt. Die Arbeitskraft eines Menschen muss in einem Rechtsrahmen verhandelt werden. Sinken die Löhne, so können Beschäftigte sich nicht so einfach aus dem „Arbeitsmarkt“ zurückziehen, es herrscht ein stummer Zwang der Existenzsicherung. Auch wenn ein Bruttoinlandsprodukt ausgewiesen wird sagt es nichts über die Verteilung des

¹⁴⁸ Ebd., S.134.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Ebd., S.136.

¹⁵¹ Ebd., S.140.

erwirtschafteten Vermögens aus. Werden etwa die Löhne abgesenkt und die Teilzeit eingeführt, müssen viele Menschen sich eine zweite Arbeit suchen. Auch der Mobilität am Arbeitsmarkt sind Grenzen gesetzt, denn das Kapital ist wesentlich beweglicher als die Arbeit. Menschen bleiben an Häuser und Umgebungen gebunden, ihre Familie, soziale Netzwerke und Wohnungseigentum binden Menschen bis auf eine gewisse Zeit an Ort.

Das moderne Phänomen sind nicht nur die neuen Beschäftigungsverhältnisse, die im Allgemeinen eher geduldet und in der Politik offenbar als notwendiges Übel toleriert werden. Im Arbeitsrecht wurden viele Sonderregelungen eingeführt, die Tarifpolitik folgte einer Dezentralisierung mit vielen Öffnungsklauseln. Der Lohn wird „vom Betrieb abhängig“ gemacht ohne einen flächendeckenden Tarifvertrag zu schaffen. In der größten Volkswirtschaft der Europäischen Union ist dies zu einem strukturellen Problem geworden und eine gerechte Verteilung von Lohn und Arbeit in Gewerbe, Industrie und Handel scheint nicht mehr möglich.

„Lediglich 63 Prozent der Arbeitnehmer schützt heute noch ein Tarifvertrag. Die deutsche Gewerkschaften können die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung nicht mehr steuern.“¹⁵²

Das oben beschriebene Management muss dieser Entwicklung eine sinnvolle Ordnung geben. Da ein höherer Lebensstandard nur dann erreicht werden kann wenn die Kapitalverschiebung einen breiteren Wohlstand erzeugt. Die neue Gefahr besteht darin das neue Einkommensquellen für breite Bevölkerungsschichten nicht mehr möglich sind. Die reale Arbeit ist nur noch ein kleiner Teil des Einkommens. Jedoch muss die Mehrheit der Bevölkerung das Auskommen damit finden.

Seit den 1990 Jahren erfolgte eine massive Kräfteverschiebung. Die Gewinne und Vermögenseinkommen sind nahezu explodiert, die Lohnquote, der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, liegt heute aber nur bei 67,2 Prozent, dieser singt rapide, im Jahr 2 000 lag sie noch bei 72,1 Prozent. Doch was ist die Lohnquote genau?

Die bereinigte Lohnquote misst den Anteil der Bruttoentgelte für unselbstständige Arbeit am gesamten Volkseinkommen. Der Vermögensanteil, welcher aus Besitz und Unternehmensan-

¹⁵² Hinte/Zimmermann (Hrsg.). 2013.S.198.

teilen besteht ist, kräftig gestiegen. Vor allem Einkommen aus Besitz sowie aus Immobilien und Finanzvermögen, aber auch freiberufliche Einkommen sind gewachsen.¹⁵³

Lohnquote in Österreich Nichtfinanzielle Sektorkonten ¹⁵⁴			
	2010	2011	2012
Verfügbares Haushaltseinkommen pro Kopf, in Euro	20.484	20.879	21.564
Sparquote des Haushaltssektors, netto, in %	8,9%	6,7%	7,4%
Lohnquote	68,5%	68,2%	69,4%

Um die Einkommen nicht nur für Unternehmen effizienter zu gestalten sondern, auch eine höhere Produktivität bei sinkenden Löhnen zu erreichen, sind nicht nur die Lohnquoten zu betrachten. Die Einführung von Arbeitszeitkonten machte die Lohnentwicklung nicht nur berechenbar. Sie gibt den Unternehmen den Spielraum, auch zuschlagspflichtige Überstunden nicht mehr auszubezahlen. So wird dann nicht mehr die notwendige Stundenanzahl ausbezahlt sondern nur noch das Arbeitsergebnis. Die organisierte Arbeitsteilung wird besonders engmaschig kodifiziert. In der Arbeitsmarktpolitik gehen aber die kollektiven Rechte immer mehr verloren. Die Folge ist ein Verschmälern der individuellen Rechte des einzelnen Mitarbeiters. Durch die Individualisierung der Rechtsverhältnisse wird es immer schwerer, kollektiv organisierte Verbände aufrechtzuerhalten. Hinzu kommen unsichere und auf Zeit bestehende Beschäftigungen sie machen eine starke Arbeitnehmervvertretung unmöglich.

Die Institutionen der Sozialpartnerschaft sind eine stabile Hilfe, jedoch haben sie ein Problem. Sie bauen komplementär aufeinander auf.¹⁵⁵ Die neuen Technologien schufen auch neue Arbeitsmärkte. Gewerkschaften wie Unternehmen müssen sich hier auf neue Bedingungen und Arbeitszeiten einstellen. Die Wachstumsraten dieser neuen Branchen sind weiterhin sehr hoch, doch die Arbeits- und Firmenkultur hat sich zu negativ entwickelt, als dass sie sich sinnvoll in den Arbeitsmarkt einbinden ließe. Die Wirtschaftspolitiker rückten von ihrem Ziel einer sinnvollen Beschäftigungspolitik ab, im Vordergrund stand und steht bis heute: freie Märkte, Preisstabilität und Zurückdrängung des organisierten Arbeitsmarktes. Deshalb wird der Korporatismus in der Wirtschaftspolitik immer weiter zurückgesetzt. Darüber hinaus hat die Ökonomie eine falsche Gewichtung, denn nicht die Mehrproduktion von Gütern, sondern leistungsfähige-

¹⁵³ Marterbauer. 2007.S.292.

¹⁵⁴ URL.:http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/. [08.01.2014]

¹⁵⁵ Hinte/Zimmermann(Hrsg.).2013.S.217.

re Systeme könnten zu höherem Wirtschaftswachstum führen. Im Bereich der Dienstleistung könnte die produzierende Menge durchaus ausgebaut werden, die Ausweitung von Aus – und Weiterbildung, Gesundheitsdienstleistungen oder auch Kultur und Freizeitangeboten können die Beschäftigung und das Einkommen erhöhen. Um eine Wirtschaftspolitik überhaupt in Angriff zu nehmen, muss zuerst eine Idee eingebracht werden. Eine Leitlinie dafür wäre, welche Produktionsbereiche wachsen sollen und zu welchen Bedingungen und wie das in Produktion entstehende Volkseinkommen verteilt werden soll.

*„In den letzten zehn Jahren ist das BIP in Österreich real um fast 25 Prozent gestiegen. Obwohl also die Volkswirtschaft um ein Viertel reicher geworden ist, sind die Netto-Realeinkommen je unselbstständig Beschäftigtem nicht gewachsen, [...] und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen.“*¹⁵⁶

Der Staat hat sehr wohl einige Konjunkturmittel in der Hand, die Frage ist lediglich, ob diese auch eingesetzt werden, wenn es notwendig ist und nicht, wenn diese wegen guter Konjunktur nicht angewendet werden müssen. Öffentliche Investitionen sind ein probates Mittel, um den Aufschwung zu stützen. Für Österreich gibt es da eine Faustregel.

Eine Investition in Schiene und Straßeninfrastruktur im Ausmaß von zwei Milliarden Euro (etwa 1 Prozent des BIP) innerhalb von zwei Jahren steigert das BIP um etwa drei Milliarden EURO – der Multiplikator beträgt etwa 1,5. Für den Arbeitsmarkt steigt die Beschäftigung um fast 30 000 jene der Arbeitslosen sinkt um etwa 20 000.¹⁵⁷ Im Gegensatz zu anderen Meinungen sind radikale Steuersenkungen nicht immer ratsam. Da die meisten Senkungen entweder gespart oder den einkommensstarken Gruppen zugutekommt. Eine gute Steuerreform sollte die unteren Einkommen entlasten, dazu müsste aber das untere Einkommensdrittel entweder mehr Geld verdienen oder weniger Steuern zahlen. Da es nachgewiesen ist das untere Einkommen mehr konsumieren hätte dies nennenswerte positive Effekte. Grund für die schlechten Konsumquoten sind die zu geringeren Einkommenssteigerungen der unteren Lohnempfänger.¹⁵⁸ Diese steuerliche Konzeption findet sich in kaum einem Land der Europäischen

¹⁵⁶ Marterbauer.2007.S.39.

¹⁵⁷ Ebd., S. 43

¹⁵⁸ Ebd., S.42.

Union wieder. Der Faktor Arbeit: wird total besteuert. Viele Abzüge finanzieren weder den Sozialstaat noch dient es einer sozialen Verteilung.

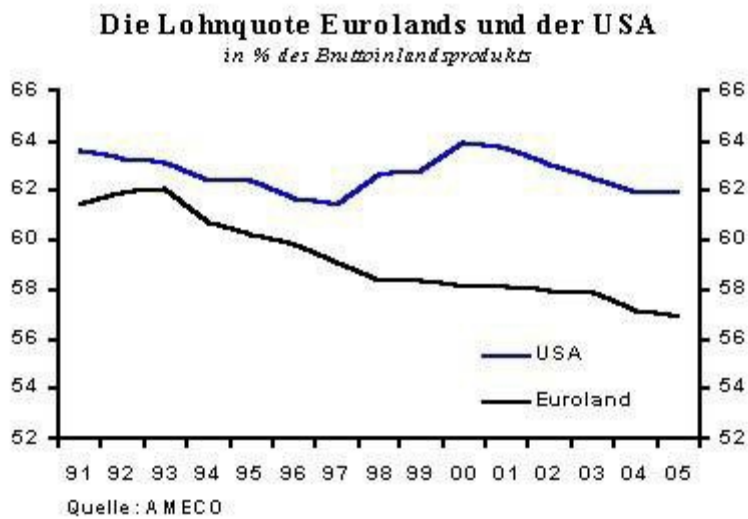


Abb.: Lohnquote in der Europäischen Union und der USA¹⁵⁹

Die negativen Lohnquoten bedeuten eine immer höhere Entwertung des Faktors Arbeit im Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt. Geld über reale Arbeit zu verdienen wird also immer unattraktiver auch die Möglichkeit, aus legaler Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen, wird immer schwieriger. Der Faktor Arbeit bleibt aber für eine überwältigende Mehrheit der Menschen in der Europäischen Union die einzige Erwerbsquelle. Es wäre also höchste Zeit, in diesem Bereich einiges zu verändern. Warum dies so ist zeigen die folgenden Aufstellungen. In dieser Aufteilung ist die Abgabenquote genau festgehalten. Mit dem Faktor Arbeit werden zu viele, meist nicht effiziente Verwaltungseinheiten finanziert. Zum einen müssten sie nicht direkt vom Lohn abgezogen werden, zum andern berühren viele Bereiche nicht mal den Sozialstaat als solches. Den Faktor Arbeit so hoch zu besteuern und den Verwaltungsaufwand für einen Menschen so schwierig zu gestalten lässt die Beschäftigungszahlen rasch nach unten sinken. Zum zweiten wird der Faktor Mensch/ Arbeit aus der Ökonomie immer mehr herausgedrängt. Siehe dazu den Lohnschlüssel in Österreich:

¹⁵⁹ Die Zeit. URL.: <http://blog.zeit.de/herdentrieb/2006/10/20/warum-die-lohne-so-langsam-steigen> 86 [13.07.2014]

Arbeitskosten in Österreich

Abgaben und Lohnaufschlüsselung (Angaben gelten für das Jahr 2013):

- Dienstgeberanteil zur Sozialversicherung (Arbeiter 21,7% und Angestellte 21,83% vom Bruttobezug): Dazu zählen die Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung, der IESG-Zuschlag (Zuschlag zum Insolvenz- Entgeltsicherungsgesetz), die Arbeiterkammerumlage und der Wohnbauförderungsbeitrag.
- Kommunalsteuer (Gemeindeabgabe in Höhe von 3% vom Bruttobezug)
- Beitrag zur Mitarbeitervorsorgekasse (1,53% vom Bruttobezug)
- Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (kurz DB genannt: 4,5% vom Bruttobezug)
- Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag (kurz DZ genannt: je nach Bundesland zwischen 0,36% und 0,44%)¹⁶⁰

Im Groben berechnet liegen die Kosten bei 31 Prozent. Jedoch sind die vom Bundesland zu Bundesland leicht unterschiedlich, da die Kommunalabgaben variieren. So können Sie in Niederösterreich für Angestellte bei 31,26 und für Arbeiter bei 31,13 liegen.¹⁶¹ So ist ein angenommener Arbeitslohn eines Angestellten, der 1.598,37 Euro erhält¹⁶², ein solides Einkommen. Die Gesamtkosten für den Arbeitgeber beträgt 2.362,68 Euro¹⁶³. Ob diese Lohnkosten hoch oder niedrig sind, hängt vom Umsatz der jeweiligen Firma ab, aber auch ob die erzielten Erträge über das Jahr gehalten werden können. Wichtige Anmerkung ist die Regelung der 14. Gehälter. Diese werden bei einem vollen Dienstverhältnis ausbezahlt. In der Einkommensberechnung nicht eingeschrieben sind die ausbezahlten Gewinnbeteiligungen der Belegschaft. Diese sind neue Form des Einkommens werden aber oft praktiziert, sind aber gesetzlich nicht verpflichtend. Jedoch ist es in vielen Branchen üblich ein solches Gehalt zu bezahlen.

¹⁶⁰ URL.: <http://www.gruendungswissen.at/gruendungswissen/blog-post/2011/04/06/gruenderlexikon-lohnnebenkosten/>. [20.01.2014].

¹⁶¹ URL.: <http://www.gruendungswissen.at/gruendungswissen/blog-post/2011/04/06/gruenderlexikon-lohnnebenkosten/>. [20.01.2014].

¹⁶² URL.: <http://bruttonetto.arbeiterkammer.at/>. [20.01.2014]

¹⁶³ URL.: <http://bruttonetto.arbeiterkammer.at/>. [20.01.2014]

Lohnschlüssel in der Tschechien Republik:

Lohnsteuer

Bei der Lohnsteuer gibt es keine Veränderungen. Der Steuersatz ist im Jahr 2010 wieder für alle Einnahmen **15 %**. Die Steuer bemisst sich nach den Löhnen, die der Arbeitgeber zahlt. Der Grundfreibetrag für jeden Steuerzahler ist 2.070 CZK pro Monat.¹⁶⁴

Sozialversicherung

Im Jahr 2009 gab es einen Rückgang im Bereich der Sozialversicherungsabgaben.

Arbeitgeberanteil: **25%** des Bruttolohns des Arbeitnehmers.

Arbeitnehmeranteil: **6,5 %** seines Bruttolohns.

Krankenversicherung

Bei den Beiträgen zur Krankenversicherung gibt es keine Veränderungen.

Arbeitgeberanteil: **9 %** des Bruttolohns des Arbeitnehmers.

Arbeitnehmeranteil: **4,5 %** seines Bruttolohns.¹⁶⁵

2.1 Probleme durch den Strukturwandel in Europa

Ideenprozesse sind jedoch nicht nur in der Technologie zu finden, auch die soziale und organisatorische Innovation darf einer neuen Technologie nicht hinterherhinken. Innovation ist also nicht auf den technische und ökonomischen Gesichtspunkt zu reduzieren. Um neue Technologien nützen zu können, sind soziale Innovationen am Arbeitsmarkt notwendig. Die Arbeitszeitgestaltung sowie die Administration neuer Beschäftigungsverhältnisse stehen im Vordergrund. Die Umsetzung ist sicher eine der größten sozialen Neuerungen der modernen Technologie. Um ein breiteres Wachstum und Beschäftigungsniveau zu erreichen muss Europa über

¹⁶⁴ URL.: [http://www.imoe.de/newsfeeddetail.html?tx_ttnews\[tt_news\]=16704](http://www.imoe.de/newsfeeddetail.html?tx_ttnews[tt_news]=16704). [26.03.2014].

¹⁶⁵ URL.: [http://www.imoe.de/newsfeeddetail.html?tx_ttnews\[tt_news\]=16704](http://www.imoe.de/newsfeeddetail.html?tx_ttnews[tt_news]=16704). [26.03.2014].

seine nationalstaatlichen Infrastrukturen, hinaushandeln. Dabei kann dem Nationalstaat eine koordinierende Rolle zukommen. Dabei sprechen die Daten der Republik Österreich und der Europäischen Union eine deutliche Sprache.

„In Österreich führt eine Ausweitung der Investitionen um ein Prozent des BIP je nach Art der Investition zu einem Anstieg des BIP um ein bis zwei Prozent.“¹⁶⁶

Sollte die Europäische Union öffentliche Investitionen anregen und diese um ein Prozent des BIP erhöhen, steigt der Wohlstand um zwei bis drei Prozent.¹⁷⁰ Der Grund dieses Effektes liegt im Binnenmarkt. Der Europäische Wirtschaftsraum stellt 85 Prozent aller verbrauchten Güter und Dienstleistungen selbst her. Viele öffentliche Investitionen-, vor allem in den internationalen Verkehrswegen sind in Kooperation durchführbar. Der Ausbau von transeuropäischen Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze sind demnach wichtige Wachstums und Wohlstandspfeiler für den europäischen Arbeitsmarkt.

„Leider gelingt es der Europäischen Union aber seit mehr als zehn Jahren nicht, hier entscheidende Impulse zu setzen.“¹⁶⁷

Jedoch ist dies auf dem Arbeitsmarkt weniger zu beobachten. Viele Bereiche mussten neu organisiert werden. Die Europäische Union hat sicher auf Grund ihrer Probleme zu einer gemeinsamen Politik innerhalb der Mitglieder entschlossen. Hierzu folgte ein Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010, in dem auf Vorschlag der Europäischen Kommission eine koordinierte Beschäftigungsstrategie entwickelt wurde. Diese Initiative, geht aus der im Jahr 2000 ins Leben gerufenen Lissabonstrategie hervor. Die Strategie soll bis 2020 laufen und umfasst 24 Leitlinien für alle EU-Mitglieder,¹⁶⁸ die allerdings sehr allgemein gehalten sind und umfassen vom lebenslangen Lernen bis zum sozialen Ausgleich alles.

¹⁶⁶ Marterbauer.2007.S.45.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ URL.: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:308:0046:0051:DE:PDF>.
[09.02.2014]

Zum anderen sind fast alle Formulierungen mit dem Begriff „sollten“ ausgelegt. Die europäische Beschäftigungsstrategie ist in dieser Frage zwar schon 1997 ins Leben gerufen worden. Die Initiative besteht aber aus sanften Steuerungsmechanismen sowie Benchmarking und freiwilliger Selbstverpflichtung ihre Mitglieder zur Modernisierung des nationalen Arbeitsmarktes zu bewegen. In diesem Zusammenhang wurde das Modell von Dänemark als Leitbild hervorgehoben. Aus dem entwickelten Flexicurity-Ansatz sollen Staaten lernen, die anstehenden Probleme erfolgreich zu lösen.¹⁶⁹ Dieses System ist eines der ganz wenigen, die sich die Europäische Union zu Herzen genommen hat. Es gilt als erfolgreiches Beispiel und „soll“ andern Staaten ein Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. Wie weit dies angenommen und gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Doch ist Europa nicht gleich und schon gar nicht homogen. Viele Staaten haben sehr wohl hohe Beschäftigungsquoten und eine sehr wettbewerbsfähige Wirtschaft. Eines der erfolgreichsten Staaten der Europäischen Union ist Dänemark. Im Laufe der 1990 Jahre wurde eine drastische Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei dauerhafter positiver Wirtschaftsentwicklung erreicht. Es gelang den widersprüchlichen Bedarf eines modernen Arbeitsmarktes von Flexibilität und Sicherheit aufzulösen. Die Zielerreichung von Effizienz und Gleichheit sowie Beweglichkeit und Sicherheit.¹⁷⁰ Der Erfolg beruht aber nicht auf einzelnen Reformen, sondern auf ein sehr gutes Zusammenspiel von Anreizsystemen. Wie weit ein moderner Arbeitsmarkt auch eine moderne Gesellschaft widerspiegelt zeigen die verschiedenen Staaten in Mittel und Osteuropa. Wichtig zu verstehen sind die Komponenten die oben beschrieben worden sind. Denn in Europa ist es egal wo ein Strukturbruch in der Beschäftigung zu erkennen ist. In diesem Fall muss auch der Arbeitsmarkt neu Gedacht und Organisiert werden. Der Arbeitsmarkt ist damit spätestens seit den 1990 Jahre in ganz Europa in Transformation. Doch was steht unter dem Begriff, oder besser was wird darunter verstanden?

„Unter dem Begriff der Transformationsforschung fasse ich den grundlegenden Wechsel von politischen Regimen, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen.“¹⁷¹

¹⁶⁹ Seifert/Struck (Hrsg.). 2009. S. 288.

¹⁷⁰ Ebd., S. 265.

¹⁷¹ Merkel. 2010. S. 16.

Diese Definition ist hilfreich, aber im Fall der ehemals sozialistischen Staaten Europas noch nicht genau genug. Vielmehr sind die Transformationsvorgänge evolutionär zu betrachten. In Mittel und Osteuropa seien diese viel mehr ein politisches Projekt. Für diese Entwicklung gibt es aber kein historisches Vorbild sowie keine Anleitung bei Verfassungs- und Wirtschaftsfragen.¹⁷² Die Transformation der untersuchten Staaten ist aber ein Erfolgsmodell geworden. Offenbar sind alle Befürchtungen im großen und ganzen nicht eingetreten, oder nicht zu einem unüberwindbaren Problem geworden.

Für den wirtschaftlichen Umbau zu Beginn der 1990er Jahre sind von Ökonomen und Sozialwissenschaftlern zwei Idealtypen entwickelt worden. Zum einen erfolgte die „Big Bang“ Theorie vom Harvard-Ökonom Jeffrey Sachs. Diese sollte gleich radikal und von Anfang an durchgreifen. In einer kurzen Zeitspanne werden marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Selbstregulierungen gefördert. Die sozialen Kosten wären hoch, würden aber durch das freigesetzte Wirtschaftswachstum kompensiert werden. Die Transformationsphase wäre kurz aber schneller sein.¹⁷³

Auf genau das Gegenteil setzt die gradualistische Transformationsstrategie. Die sozialen Kosten sollten viel langsamer anfallen, der wirtschaftliche Erfolg sollte jedoch viel behutsamer erfolgen.¹⁷⁴ In beiden Theorien werden zwei Akteure zueinander in Beziehung gesetzt. Auf der einen Seite die Wähler der jeweiligen Staaten, und auf der anderen Seite die politischen Eliten. Doch egal welche Strategie die jeweiligen Länder durchlaufen haben, es führte immer zur Abwahl der bestehenden Regierung. Als Beleg dafür dienen etwa die radikalen Reformprozesse des polnischen Wirtschaftsminister Leszek Balcerowicz. Sie wurden unter Hanna Suchocka 1992/93 weiter geführt und trotz Stabilisierungserfolge vom Postkommunistischen Linksbündnis (SLD) abgewählt.¹⁷⁵

Zum Vergleich wählten die Ungarn den anderen Weg. Die Mitte-Rechts Regierung unter Josef Antall (1990-1994) wählten einen mäßigen wirtschaftspolitischen Kurs. Auch hier erfolgte trotz umgekehrter Vorzeichen eine herbe Niederlage. Ab 1994 folgte die postkommunistische Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) unter Gyula Horn.¹⁷⁶ Was die zwei genauer untersuchten Staaten so anders gemacht hatten lässt sich logisch sowie empirisch beweisen. Der

¹⁷² Ebd., S.325.

¹⁷³ Ebd., S.336.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Ebd., S.337.

¹⁷⁶ Ebd.

wirtschaftliche Transformationspfad war in der Regel ein Zickzackkurs. Er verläuft zwischen radikalen Reformen und Status-quo-Orientierung.¹⁷⁷ Für die Beschäftigung bedeutet dies einen enormen Wandel. Einige Branchen erfuhren einen richtigen Modernisierungsschub oder hatten in sehr kurzer Zeit enorme Gewinne. Der Tourismus sowie die Bauwirtschaft konnten diesen Erfolgsweg beschreiten. Andere Branchen erholten sich nicht mehr, wie etwa der Bergbau und die Energiewirtschaft und hatten den größten Verlust im Rahmen der Beschäftigung hinzunehmen.

Die zwei genauer untersuchten Staaten lassen einen erfolgreichen Transformationsweg beschreiben. Obwohl sie sehr unterschiedlich strukturiert sind modernisierten beide den Arbeitsmarkt. Dies ist eines der wichtigsten Voraussetzungen, um Erfolgreich die anstehenden Probleme zu bewältigen. Grundlage für den Erfolg ist ein gelungener Strukturwandel in Rahmen eines Rechtsstaates. Die Umstellung von Rüstungsgüter auf hochwertige zivile Produkte der Automobilbau und Maschinenbau waren und sind Grundpfeiler der soliden Beschäftigung. Auch das gute Bildungsniveau nach dem Ende der sozialistischen Wirtschaft gilt als wesentlicher Erfolgsfaktor.

3 Die Slowakei – Entstehung und wirtschaftspolitische Entwicklung

Der Slowakische Staat ist eine noch junge Republik die aus der Teilung der Tschechoslowakei hervor. Am 1. Oktober 1992 verabschiedete das Bratislava Parlament die Unabhängigkeit.¹⁷⁸ Doch damit waren die politischen und ökonomischen Probleme nicht gelöst. Dazu bedarf es einer kurzen Einführung.

Unter der kommunistischen Herrschaft waren enorme Anstrengungen unternommen worden, den Lebensstandard im damals slowakischen Teil des Staates anzuheben. Erreicht wurde dies mit dem Aufbau der Schwerindustrie. Besonders der Rüstungssektor spielte eine wichtige Rolle. Nach dem Fall des Kommunistischen Regimes wurde dem Staat eine Privatisierungswelle verordnet. Wobei es zu zwei Kategorien kam.

Zum einen sind die großen Staatsbetriebe zu nennen. Sie unterstanden dem eigenen Programm der Regierung. Auf der anderen Seite existierten viele Klein und Mittelbetriebe. Diese mussten auf einen anderen Weg in Privateigentum umgewandelt werden. Der neue Staat musste sich tiefen Veränderungen unterwerfen. Diese Transformation unterliegt dabei drei Ebenen. Zum

¹⁷⁷ Ebd.

¹⁷⁸ Vodicka (Hrsg), 2013. S.195.

einen wird die Wirtschaft neu Organisiert. Zum anderen müssen die staatlichen Institutionen umgebaut werden. Als letztes ist die Gesellschaft der Umwandlung unterworfen. Neue Perspektiven sollen dazu entwickelt werden und eine Verbesserung für die Bevölkerung zu ermöglichen.

In der Privatisierung der Wirtschaft ging die Slowakische Republik einen eigenen Weg. Zunächst entstand ein Privatisierungsministerium, welches im September 1992 nach marktwirtschaftlich üblichen Methoden den Verkauf der Betriebe abwickeln soll. Dabei unterscheidet sich der Direktverkauf gegenüber der Tschechischen Republik. Die Couponprivatisierung wurde nur noch als Ergänzung angesehen. In strategisch wichtigen Betrieben gibt es eine sogenannte Goldene Aktie. Sie soll dem Staat auch bei der Privatisierung ein hohes Mitspracherecht garantieren.¹⁷⁹ Der neu gewählte Ministerpräsident Vladimír Mečiar versuchte offenbar eine Doppelstrategie zu verwirklichen. Zum einen kam ein EU-Abkommen am 04.10.1993 zustande. Es beinhaltet Kooperation im Kapital und Arbeitsverkehr sowie eine kulturelle und finanzielle Zusammenarbeit.¹⁸⁰ Auf der anderen Seite wandte sich seine Politik nach Moskau. In der Regierungsperiode wurden rund 60 Kooperationsverträge mit Russland abgeschlossen. Vor allem an der Rüstungsindustrie gab es reges Interesse. Durch den staatlichen Einfluss in der Privatisierung ergab sich ein äußerst negatives Bild in der Öffentlichkeit. Hinzu kamen die immer schlechteren Wirtschaftsdaten.

„Stattdessen wurde ein Großteil der industriellen Güter der slowakischen Wirtschaft in äußerst dubiosen Verfahren an Freunde und Politgefährten des Premiers abgegeben.“¹⁸¹

Damit internationale Investoren Betriebe nicht auskaufen aber dennoch privatisiert wird gingen Firmen fast nur an Inländer. Vorwiegend an Parteigänger der HZDS und nahe stehende Personen des Premierministers.

Die geringen Erlöse schienen für das slowakische Budget kein größeres Problem zu sein. So sind große Staatsfirmen durch Manager oder Outsider ohne größere Eigenmittel übernommen worden. Doch nur durch den Besitz von Unternehmen lassen sich keine Gewinne erzielen.

¹⁷⁹ WIIW, 1993, S. 16.

¹⁸⁰ Kipke, 2013, S. 197 ff.

¹⁸¹ Engel, 1999, S. 109.

Dies wurde auch nicht beabsichtigt. Vielmehr erfolgte eine Aushöhlung der Unternehmen durch zahllose private Nebenfirmen. Dieses Vorgehen fand sich in vielen Reformstaaten wieder, jedoch übertraf die Slowakei die anderen Länder um Längen. Der Höhepunkt dieser Misere war 1999. In diesem Jahr wurden 23 große Privatisierungen wieder aufgerollt bei denen angeblich Missverständnisse vermutet wurden. Weiter traute sich die Regierung jedoch nicht mehr, der Unmut in der Bevölkerung sowie der wachsende Druck seitens der Europäischen Union zeigte seine Wirkung. Von den meisten Reprivatisierungen wurde also wieder Abstand genommen.¹⁸²

Diese wirtschaftlichen und politischen Verschiebungen hatten ihren Preis. Im Jahre 1997 wurde am EU-Gipfel in Luxemburg die Slowakische Republik in die zweite Reihe der Aufnahmegespräche für die Kandidatenländer gereiht, hinzu kam der Ausschluss aus der ersten Gruppe für eine NATO Partnerschaft.¹⁸³ 187 Die politische Wende erfolgte 1998. Bei den Parlamentswahlen, welche im Herbst abgehalten wurden, verlor der Ministerpräsident Meciar die Mehrheit im Parlament,¹⁸⁴ die bunte Opposition von linken bis zu bürgerlich konservativen hebelten die linksnationale HZDS-Regierung aus.

Eine erste politische Wende und die Reformen am Arbeitsmarkt

Neuer Regierungschef wurde Mikulas Dzurinda. Im darauf folgenden Frühjahr kam die zweite Niederlage. Bei der darauf folgenden Präsidentschaftswahl konnte Rudolf Schuster, langjähriger KP-Funktionär und ehemaliger Bürgermeister der ostslowakischen Stadt Kosice seinen Gegenkandidaten Meciar klar auf Distanz halten.¹⁸⁵

Schlagartig setzte ein anderer politischer Kurs ein. Zunächst wurde das Verhältnis zur Europäischen Union korrigiert. Weiteres Augenmerk legte man auf die Verbesserung der staatlichen Institutionen. Bei der Rechtsstaatlichkeit wurden vor allem die Minderheitenrechte für die jeweiligen Volksgruppen in der Slowakei gelöst. Insbesondere für die Roma und Ungarn.¹⁸⁶ Die neue Regierung erlangte trotz aller Streitigkeiten innerhalb der breiten Koalition einen großen

¹⁸² Ebd., S. 109.

¹⁸³ Vodicka (Hrsg), 2013. S.200.

¹⁸⁴ Ebd., S. 199.

¹⁸⁵ Engel, 1999, S.108.

¹⁸⁶ Vodicka (Hrsg), 2013. S.204.

Erfolg. Dieser Reformschwung stabilisierte die Regierung und der Ministerpräsident Dzurinda erreichte die Wiederwahl im Jahr 2002.¹⁸⁷

Um eine gute Entwicklung für diese noch junge Republik zu erreichen wurde unter der neuen Regierung einiges Erreicht. Jedoch darf nicht vergessen werden unter welchen Bürden für die Bevölkerung dies geschaffen wurde. Die wichtigsten Änderungen betrafen den Arbeitsmarkt. Er war das wohl größte Problem des Landes.

Schon zur Zeit der CSFR existierte das Phänomen der versteckten Überbeschäftigung. Sie wurde nach dem Ende des Kommunismus von einer offenen Arbeitslosigkeit abgelöst. Jedoch konnte in der ersten Phase des Transformationsprozesses diese Überbeschäftigung nicht so einfach eliminiert werden. Der Gesamtanteil der Industrieproduktion am BIP sank sehr schnell auf die Hälfte.¹⁸⁸ Da die Beschäftigten aber nicht so schnell abgebaut werden konnten wie sich die Produktivität verringerte entstand eine noch höhere versteckte Arbeitslosigkeit.

Dabei waren die Zahlen schon für 1991 in der damaligen CSFR schwer genug. Dies wäre sozialpolitisch kaum verkraftbar und nicht Erstrebenswert. Eine Steigerung der Produktivität war unter den gegebenen Umständen noch nicht möglich. Die Veränderung konnte also ohne politischen Maßnahmen nicht gesteuert oder behoben werden. Um zu unterstreichen welche unterschiedlichen Wege die Tschechische Republik und die Slowakei gegangen waren zeigen folgende Zahlen. Die Arbeitslosenquote lag 1992 in Tschechien bei 2,7 %, in der Slowakei war sie schon bedeutend höher.¹⁸⁹

Mehrere Faktoren spielen dabei eine Rolle. Ab 1993 wurden die makroökonomischen Reformen der Slowakei genau angepasst. Ziel der Regierung war die Förderung der makroökonomischen Expansion durch eine lockere Kreditpolitik. Sowie eine intensive Exportpolitik. Hinzu kam eine aktive Industriepolitik unter der finanziellen mithilfe des Staates. In der Periode von 1993 – 1995 bemühte sich die Regierung ein besseres Investitionsklima zu schaffen.¹⁹⁰ Diese Maßnahmen verfehlten ihre Wirkung nicht. Jedoch mussten die Veränderungen angepasst werden. Von 1996 – 1998 wurde eine andere Wirtschaftspolitik eingeschlagen. Hauptaufgabe war nun das soziale Profil des Staates zu stärken. Das Wirtschaftswachstum wurde durch die Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben weiter angefacht. Vor allem in die Realisierung von

¹⁸⁷ Ebd., S.200.

¹⁸⁸ Ebd., S.207.

¹⁸⁹ URL.: <http://www.cap.lmu.de/download/2004/erweiterung/Tschechien.pdf>. [10.07.2014]

¹⁹⁰ URL.: <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/83799/1/wp213.pdf>. [10.07.2014]

öffentlichen Institutionen wurde investiert. Wobei auch in die defizitäre Wirtschaft weiter Geld floss.¹⁹¹ Warum die Arbeitslosigkeit immer noch ein hohes Niveau erreichte hat vor allem mit dem demografischen Wandel der Gesellschaft zu tun.

Der demografische Wandel

Ein gesellschaftliches Kennzeichen der Transformation ist der Geburtenrückgang. Von 1989 bis 2001 verlangsamte sich die Geburtenrate. Im Jahr 2001 erfolgte zum ersten Mal ein natürlicher Rückgang der Bevölkerung.

Der demografische Wandel kann die Probleme nicht verdecken. Die niedrige Geburtenrate kann in einigen Jahren wieder zu einem Hindernis werden, denn bei einer hohen Zuwanderung braucht es immer auch ein umsichtiges Maß an Integration. Es ist auch immer ein Zeichen für soziale Probleme in der Bevölkerung. Denn nicht das Wirtschaftswachstum, sondern der Arbeitsmarkt muss einer sozialen Anpassung folgen. Hinzu kommt ein anderes Problem. Die höchsten Geburtenraten liegen in den weniger prosperierenden Ostteilen der Slowakei. Aber auch im ärmeren Norden des Landes. Städte wie Stara Lubovna oder Dolny Kubin weisen hohe Werte auf. Hingegen die Hauptstadt Bratislava und Umgebung den niedrigsten Wert von allen.¹⁹² Die Auswirkungen dafür sind klar. Dabei spiegeln sie die Phänomene der modernen Zeit wieder. Das Wirtschaftswachstum erfolgt dort, wo es den geringsten Kinderanteil gibt. Hinzu kommt natürlich eine dauerhafte Anhebung des Durchschnittsalters.

Seit dem Jahr 2001 erfolgte eine besondere Arbeitsvariation. Seit diesem Jahr wurden Arbeitsplätze durch gemeinnützige Aufgaben organisiert. Mittels dieser Idee wurden 25 – 30 000 neue Stellen geschaffen. Dies senkte die Arbeitslosigkeit innerhalb kürzester Zeit um beachtliches 1 %. Probleme sind dabei immer der kurzfristige Charakter dieser Beschäftigung.¹⁹³ Jedoch schützen es die Menschen vor der sozialen Isolation und überbrücken die Zeit in einer sinnvoller Weise als andere Maßnahmen. Vor allem ergibt sich dieses Problem bei unqualifizierten Arbeitskräften. Bei allen Bedenken kann eine solche Beschäftigung durchaus auch Erfolge aufweisen. Jedoch dient es der Senkung der Statistik. Die Strukturelle Arbeitslosigkeit zu beseitigen braucht Jahre, wenn nicht Jahrzehnte.

¹⁹¹ URL.:<http://www.econstor.eu/bitstream/10419/83799/1/wp213.pdf>. [10.07.2014]

¹⁹² Horvathova, 2003, .S.33.

¹⁹³ Ebd., S.41.

Durch den Zerfall des Sowjetischen Systems und der Transformation der Industrie sprang die Arbeitslosigkeit 1991 zum ersten Mal deutlich nach oben. Ausschlaggebend waren der endgültige Zusammenbruch des Mittel und Osteuropäischen Marktes sowie die Konversion der Rüstungsindustrie.¹⁹⁴ In den Jahren 1993 – 1997 ist die Arbeitslosigkeit stabilisiert worden und pendelte sich zwischen 12,6 und 14,4 % langsam ein.¹⁹⁵ 2008 bewegt sich die Zahl der Unbeschäftigten bei ungefähr 10,4 %.¹⁹⁶

Warum trotz hoher Investitionen die Beschäftigungsquote zweistellig geblieben ist hat hauptsächlich mit den zwei großen Branchen zu tun, welche die Hauptlast der Beschäftigung tragen.

Der größte Anteil war und ist in der Industrie zu suchen. Der Arbeitsanteil dieses Zweiges an der Gesamtbeschäftigung sank 1996 von 27 % auf 25,6 %.¹⁹⁷ Der zweite Träger mit hoher Beschäftigung ist der Handel. Jedoch ist dieser sehr Konjunkturabhängig und leidet schnell an Personal wenn die Lohnabschlüsse nicht hoch genug ausfallen. Weitere Beschäftigungsträger sind die Verwaltung des öffentlichen Dienstes sowie das Bauwesen.¹⁹⁸ Um die Investitionen weiter zu steigern begann die Regierung am 1. Januar 2004 eine neue Steuerreform.

Die Steuerreform 2004

Eine neue „flat tax“ verschmolzt Einkommen, Körperschaft und Umsatzsteuer in eine einzige Abgabe. Diese beträgt genau 19 % für Unternehmen.¹⁹⁹ Im selben Zeitraum wurde die Erbschaft und Schenkungssteuer ersatzlos gestrichen. Um diesen Ausfall halbwegs zu kompensieren wurde Erdöl und Treibstoff stärker besteuert.²⁰⁰ Weiters liegt der Mehrwertsteuersatz in der Republik bei 19 %.²⁰¹ Diese radikale Reform schien notwendig. Sie könnte dabei als wirtschaftlicher Durchbruch gewertet werden. Denn das Steuergesetz welches noch bis 01.01.1993 gültig war, galt als sehr unvollkommen.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ URL.: <http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/eurostat-arbeitslosenquote-der-eurozone-stabil-bei-7-html?Itemid=262> [19. 03.2008]

¹⁹⁷ Horvathova, 2003, .S.41.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Blagojevic, 2006, .S.101.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ URL.: <http://www.slowakei.sk/firmengruendung/?page=steuern> [19.03.2008]

Dabei existierten 21 verschiedene Steuersätze und unterschied noch dazu 443 Einkommensarten.²⁰² Die aktuelle Regelung kennt diese zu komplizierte Finanzpolitik nicht. Der Investitionseffekt kann sich dabei durchaus sehen lassen. Jedoch bleibt die Frage ob es die Arbeitslosigkeit damit wirklich genug bekämpft hat. Die starken Strukturprobleme lassen sich durch Steuerpolitik alleine nicht lösen. Die Umstellung einer ganzen Infrastruktur kann Jahrzehnte dauern. Weiters dürfen die sozialen Probleme nicht außer Acht gelassen werden, da es sonst zu einer gefährlichen Verschiebung in der Gesellschaft kommen kann.

Obwohl die Steuerreform eines radikalen „tax cutting“ entspricht, setzte man auch auf soziale Maßnahmen. So werden bei einem Einkommen von 80.832,- SSK (= 2.020,80 EURO) überhaupt keine Einkommenssteuer bezahlt.²⁰³ Dieses System entspricht unserem Negativsteuersatz. Es entlastet die untere Einkommensschicht sehr jedoch kann der soziale Effekt nur dann ausgeschöpft werden wenn die Preise für Wohnung und Energie stabil bleiben. Darüber hinaus sind diese Effekte nur dann Sinnvoll wenn die Bevölkerung einer Beschäftigung nachgeht. Für die Schwächsten in der Gesellschaft sind diese Maßnahmen nicht ausreichend.

3.4. Die sozialen Maßnahmen

Um der sehr liberalen Steuerpolitik entgegenzuwirken, wurden nicht nur die staatlichen Institutionen aufgewertet, sondern auch das Arbeitsrecht gestärkt. Eine wichtige Einrichtung ist dabei die Einführung des Mindestlohns von 7. 600 SSK pro Monat. (234,49 EURO).²⁰⁴ Dieser wird zwölfmal ausbezahlt und dabei ist ein Urlaubs und Weihnachtsgeld nicht vorgesehen. Bei den Überstunden wurde ein jährliches Maximum von 150 Stunden eingeführt. Dies bedeutet, zu mehr Arbeitszeit darf es nicht kommen. Für die entstandenen Mehrzeiten muss mindestens einen Lohnzuschlag von 25 % ausbezahlt werden. Bei Arbeiten die am Wochenende und Feiertagen verrichtet werden, müssen auch genau 25 % mehr pro Arbeitsstunde bezahlt werden.²⁰⁵ Eine weitere Festlegung ist der Kündigungsschutz. Im Gegensatz zu Österreich muss der Slowakische Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis mit einer Begründung auflösen, wobei die meisten Entlassungen wegen des Umbaus der Organisation oder auf Grund von Auslastungsschwierigkeiten erfolgen. Die Frist dafür beträgt zwei Monate. Sollte diese Entlassung nicht einvernehm-

²⁰² Gregusova, 2005.S.4.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Feith, 2007.S.2.

²⁰⁵ Ebd.

lich erfolgen sind zwei Monatsgehälter zu bezahlen. Die Abfertigung erhöht sich mit den Jahren der Beschäftigung. Nach fünf Jahren oder länger erhöht sich die Abfertigung um mehr als drei Monatsgehälter.²⁰⁶

Um einer Willkür im Angestelltenverhältnis vorzubeugen, müssen Entlassungen mit einem wichtigen Grund und mehrmaligen Mahnbriefen erfolgen. Hinzu kommt natürlich, dass jedes Arbeitsverhältnis mit einem Arbeitsvertrag ausgestattet sein muss, das sozialversicherungs-pflichtig ist.²⁰⁷ Auch auf die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wurde nicht verzichtet, wobei der Dienstgeber eine Auszahlung von maximal zehn Tagen übernimmt. Die restliche Zeit bezahlen die staatlichen Versicherungsträger. Während eines Krankenstandes ist die Kündigung ausgeschlossen. Sollte der Ausfall länger als ein Jahr dauern, kommt es zu einer Überprüfung. Danach wird entweder eine Invalidität oder eine Arbeitsunfähigkeit festgestellt.²⁰⁸

Die Gründe für diese Maßnahmen liegen auf der Hand: Fast alle arbeitsrechtlichen Gesetzte sind für die Industrie gemacht. Steuerpolitisch wurde vieles vereinfacht. Die geringen Lohnstückkosten machen die Slowakei interessant. Darüber hinaus wurden allerdings auch die Institutionen des Staates gestärkt. Vor allem achteten die Regierungen auf die Sozialversicherungsregime sowie auf die Pensionseinzahlungen. Dies ist eine Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftspolitik. Wenn diese Reformen versäumt werden kann es zu einer gefährlichen Schieflage in der Gesellschaft kommen. Wichtige Gelder könnten dabei verschwinden oder die Institutionen in Korruption versinken.

Die Demokratie ist dabei ein wichtiges Instrument jedoch nicht das einzige in diesem Reformkurs. Der Slowakischen Republik ist nach anfänglichen Schwierigkeiten jedoch Einiges gelungen, Wahrscheinlich auch deshalb, da es den ungebremsten Privatisierungswahn der neunziger Jahre mit Übersicht begegnen konnte.

²⁰⁶ Ebd.

²⁰⁷ Ebd.

²⁰⁸ Ebd.

Bezeichnend ist dabei die Erkenntnis Milton Friedmann im Jahr 2001.

*„Ein Jahrzehnt zuvor, sagte er, hätte er Ländern, die den Sozialismus überwinden wollten, dreierlei geraten: Privatisieren, Privatisieren, Privatisieren. Aber ich hatte Unrecht. Fuhr er fort. Es hat sich gezeigt, dass Rechtsstaatlichkeit wahrscheinlich wichtiger ist als Privatisierung“.*²⁰⁹

Transformation mit Umsicht

Um die wirtschaftliche Transformation erfolgreich zu gestalten, müssen ausländische Direktinvestitionen effektiv umgesetzt werden. Da diese Projekte einen langfristigen Charakter haben, spielen auch politische Faktoren eine große Rolle. Geopolitisch kommt der Slowakischen Republik ihre Nähe zu starken Industrieländern sehr entgegen. Zum anderen hat man politische Risiken minimiert²¹⁰.

Dazu gehören:

- Allgemeine politische Stabilität
- Klare Steuer- und Währungspolitik
- Gut funktionierende Rechtsstaatlichkeit

Auf der wirtschaftlichen Ebene wurden die Aufgaben klar erkannt und auch gelöst²¹¹. Dazu gehören:

- Inflation
- Wechselkursrisiko und Zinssätze
- Wirtschaftszyklen
- Zahlungsfähigkeit des Landes

Diese Auslandsinvestitionen begannen vor allem 1992 spürbar anzusteigen. Zu Beginn waren es 156 Mio., US-\$ gegen Ende desselben Jahres waren es schon ca. 240 Mio., US-\$. Mit die-

²⁰⁹ Friedman im Interview mit Gwartney und Lawson in Fukuyama. 2006, S.35.

²¹⁰ Klima, 2000.S.22.

²¹¹ Ebd.

sem Geld sind 2.900 Projekte verwirklicht worden.²¹² Jedoch reicht es für eine merkliche Belebung der Industrie nicht aus. Vor allem fehlte es zu Beginn an großen Investoren.

Mit rund 63. Mio. US-\$ (27,3 %) war Österreich führend. Danach folgte Deutschland mit 59 Mio. US-\$ (25 %) und die USA mit 45,3 Mio. US-\$ (19,2 %). Der Rest viel auf andere Länder. Wichtig sind diese Daten da der Staat in direkter Konkurrenz zur Tschechischen Republik steht. Die Investitionen sind in diesem Gebiet weitaus höher gewesen als in der Slowakei. Hinzu kam, dass in etwa 70 % der Fälle die einzelnen Projekte nicht mehr als 3.600 US-\$ Volumen hatten. Nur 17 Unternehmen erreichten eine Höhe von 3,5 Mio. US-\$ und nur ganze zwei Projekte überstiegen den Betrag von 17 Mio. US-\$.²¹³ Es war ein Anfang aber noch ein weiter Weg um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben.

Hinzu kommt die ungleiche Verteilung. Rund 66,5 % der Investitionen wurden in der Hauptstadt Bratislava getätigt. In weiterer Folge verteilten sich allerdings auch die Geldströme gleichmäßiger. Warum dies geschehen ist hat mit einer langen Industrietradition im Automobilbau zu tun. Heute ist diese Branche eine führende Industrie des Landes geworden. Hier spielen zwei Komponenten eine wesentliche Rolle. Zum einen die lange Tradition im Transportmittelbau, also in der Zulieferindustrie. Auf der anderen Seite gibt es ein ökonomisches Argument.

„Wenn die Lohnkosten nur 7 % der Gesamtkosten ausmachen (in Deutschland 25%), das Lohnniveau in etwa ein Fünftel, die Arbeitsproduktivität dagegen 50 % des westlichen Niveaus, dann sind beide Länder attraktive Standorte für westliche Automobilkonzerne.“²¹⁴

Von der Rüstungsindustrie zum Automobilbau

Diese Analyse ist eindeutig aufgegangen. Jedoch sollte Sie nicht so selbstverständlich in Raum stehen bleiben. Doch zunächst die positiven Effekte. Durch die schon erwähnte Steuerreform erfolgte ein Investitionsschub der großen Automobilbauer. Die Konzerne rechneten die Slowakei fest in ihre internationale Strategie ein. In der Mittelslowakei baute der südkoreanische

²¹² WIIW, 1993, S. 39.

²¹³ Ebd.

²¹⁴ WIIW, 1993, S. 39.

Konzern Hyundai ein Zulieferwerk. In Zilina wurden damit 5 000 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Ansiedlung hat enorme Multiplikationseffekte. In der Hauptstadt Bratislava siedelte sich die Volkswagen AG an. Peugeot und Citroen eröffneten ein neues Werk in Trnava. Die letzte große Investition erfolgte durch den zweiten großen Südkoreakonzern KIA. Auch dieser Baute eine Industrieanlage in Zilina.²¹⁵ Viele Volkswirte stellen bis heute die Wahrscheinlichkeit auf das die Slowakische Republik bald die Nummer Eins in der Jahresproduktion von Autos werden könnte. Eine Leitindustrie könnte daraus entstehen.

Warum die Arbeitslosigkeit dennoch auf einem zweistelligen Niveau blieb hat in diesem Fall einen Grund. In der langen Industriegeschichte des Landes bestand die Produktion vor allem in Vor- und Halbfabrikate die dann ins Ausland exportiert wurden.²¹⁶ Vor allem die damalige Rüstungsindustrie ging zu 80 % in den Welthandel. Davon wiederum zwei Drittel in die RGW-Länder.²¹⁷ Dieser Absatzmarkt brach, wie schon beschrieben endgültig auseinander. Die rund 100 000 Beschäftigten in der Region rund um Martin, Dubnica nad Váhom und Považská Bystrica produzierten viel, jedoch waren die hochentwickelten Produkte wie Flugzeuge, Radartechnik und Flugzeugelektronik in der Tschechischen Republik angesiedelt.²¹⁸ Ein Mehrwert konnte aus der Rüstungsindustrie nicht mehr entstehen, da ihr die Substanz fehlte. Die neu entstandene Autoindustrie konnte die negativen Beschäftigungseffekte zwar nicht komplett umkehren jedoch um einiges mildern. Zu den Exporten kommt im Laufe der Jahre eine starke Binnennachfrage. Aktuell besitzen 40 % der Haushalte einen PKW.²¹⁹ Diese geringe Zahl weist auf ein hohes Wachstumspotenzial hin.

Insgesamt lässt sich eine geglückte Industriepolitik nachzeichnen. Jedoch ist sie von größeren Schwierigkeiten geprägt als etwa in der Tschechischen Republik. Die fehlende industrielle Substanz musste erst durch eine andere und vor allem neue Produktion ersetzt werden. Deshalb war auch der Strukturwandel schwerer durchzuführen. Bis heute ist trotz guter Zahlen dies in der Arbeitslosenstatistik abzulesen.

²¹⁵ Blagojevic, 2006, S. 102.

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ WIIW, 1993, S. 64.

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ Illy, 2004, S. 7.

Fazit und Ausblick

Innenpolitisch war und ist vor allem der Umgang mit den Minderheiten ein brennendes Thema. Vor allem die 6 00 000 Ungarn in der Südslowakei geben immer wieder Anlass zu heftigen Debatten.²²⁰ Aber das Problem wird sich auf demokratischen Wegen lösen lassen. Da die ungarische Wahlpartei Együttélés (zu Deutsch Zusammenleben) auch schon Mitglied einiger Regierungen war.²²¹ Politisch hat sich die Bevölkerung aus eigener Kraft demokratisiert. Zu Beginn der Republik war die HZDS unter Vladimir Meciar eine starke, vor allem auf den Staat fixierte Kraft. Jedoch entstand unter diesen Bedingungen eine breite Koalition, welche im März 1994 die HZDS zu Fall bringen konnte.²²² Auch wenn sich der erste Ministerpräsident der Republik manchmal noch zurück melden konnte zerbrach seine Partei immer wieder an inneren Querelen.

Vor allem waren die Erfolge anderer Regierungen unübersehbar. Erstaunlich war dabei das stetige Ansteigen des Bruttoinlandsprodukts. Zunächst zwischen 1993 und 1998. Dieses Wachstum entstand vor allem durch die hohen Schulden des Premierministers Meciar.²²³ Doch sein Kurs konnte die Bevölkerung nicht mehr tragen.



Abb.: Arbeitslosenquote der Slowakei 2003-2013²²⁴

²²⁰ Bichler, 1995. S.53.

²²¹ Ebd.

²²² Ebd.

²²³ Illy, 2004. S. 9.

²²⁴ URL.: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/273661/umfrage/arbeitslosenquote-in-der-slowakei/>.
[23.06.2014].

Die neue Regierung unter Dzurinda erbrachte neue Wirtschaftsreformen und wurde dafür 2002 wiedergewählt.²²⁵ 2004 kam es zu einer radikalen Steuerreform jedoch mit sozialen Gesetzen flankiert. Ein Investitionsschub setzte ein und macht das Land von einem ungewissen EU Kandidaten zu einem Vorzeigeland der Reformstaaten in Mitteleuropa. Die geglückte Industriepolitik, welche auch mit einem großen Risiko verbunden war, hat sich für die Republik gerechnet. Der ausgeglichene Parlamentarismus der die staatlichen Institutionen gestärkt hat trug das Übrige dazu bei. Die heutige Regierung kann unter Robert Fico²²⁶ auf die Erfolge und Erfahrungen der letzten Jahre setzen. Die Transformation ist in der Slowakischen Republik noch nicht abgeschlossen. Jedoch haben Sie einen sehr erfolgreichen Weg gefunden. Darüber hinaus sind die größten Schwierigkeiten aus eigener Kraft geregelt worden. Die ökonomische Entwicklung war in Ihrer Breite so erfolgreich, dass die Republik am 1. Jänner 2009 den Euro als Zahlungsmittel übernehmen konnte.²²⁷ Dies ist wohl der größte Erfolg unseres Nachbarlandes und lässt auf eine gute Zukunft bauen.

4 Die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Tschechien

Der wirtschaftliche Aufstieg Tschechiens beinhaltet mehrere Faktoren. Zum einem existiert ein gewachsener Staat mit Institutionen, auf die sich die Bevölkerung berufen kann. Darüber hinaus ergab sich durch die sehr frühe Industrialisierung eine starke nationale Emanzipation bei gleichzeitig kultureller Öffnung hin zur Moderne. Die Republik Tschechien hat nicht nur eine Lange sondern auch sehr erfolgreiche Industriepolitik geschaffen. Schon im 19. Jahrhundert war Böhmen die ehrgeizigste Industrieregion der Doppelmonarchie. Schon 1911 erreichte die Eisen- und Stahlproduktion in Böhmen und Mähren 55 % Marktanteil im gesamten Donauraum.²²⁸ Die Tschechoslowakei war damit das ökonomisch stärkste Land in der Zwischenkriegszeit.

Jedoch darf bei allem derzeitigen Erfolg nicht außer Acht gelassen werden welche Schwierigkeiten sich hinter diesen Prozessen verbergen. Auch wenn das Land sehr früh von der Industrialisierung erfasst worden ist trägt das Kommunistische Erbe schwer. Eine ausschließliche Mo-

²²⁵ Ebd.

²²⁶ URL.: http://www.slowakei-net.de/deutsch/slowakei_daten.html [20.03.2008]

²²⁷ URL.: <http://www.slowakei.com/pages/slowakei/w%C3%A4hrung-slowakei/slowakei-w%C3%A4hrung.html>. [08.07.2014]

²²⁸ Jetschgo, Johannes, 2001.S.51.

dernisierung von Industrie und Handel reicht also nicht aus um dem Land neue Impulse zu geben.

Die Tschechoslowakei unter dem kommunistischen System zwischen 1948 – 1989

In diesen Jahren sind drei Faktoren sehr bestimmend. Zum einen kommt es zu einem radikalen Umbau der Schwerindustrie nach sowjetischen Vorbild. Durch die einseitige Steigerung des Maschinenbaues, Bergbaues und der chemischen Industrie kommt es zu einer gleichzeitigen Verknappung der Konsumgüterproduktion.

Zum anderen wurde ein großer Teil von Ressourcen in die Slowakei transferiert. Ziel dieses Programms war die wirtschaftliche Angleichung beider Gebiete. Dieser industrielle Prozess schien Anfang der 70 Jahre abgeschlossen zu sein.²²⁹ Die ökonomischen Zahlen glänzen und untermauern die Erfolge. Die Slowaken machten 33.7 % der Gesamtbevölkerung aus und trugen 1988 rund 29,9 % der Industrieproduktion.²³⁰ Dennoch war die Katastrophe absehbar. Durch die einseitige Stärkung der Industrie kam es zur Vernachlässigung der Landwirtschaft sowie Konsumgüterproduktion. Darüber hinaus wurden die Dienstleistung und der Wohnungsbau nur in den Gebieten ausgebaut wo es der Schwerindustrie nutzte. Verkehr und Kommunikationswesen sind kaum gefördert worden und all dies bewirkte eine unausgeglichene strukturelle Entwicklung. Hinzu kam das Verschwinden der Klein und Mittelbetriebe im primären Sektor. In der Landwirtschaft erfolgte die Kollektivierung. Die neue Preispolitik konnte den Kostenaufwand kaum decken. Dieser mangelnde Anreiz veranlasste viele, vor allem besser ausgebildete Generationen in die Städte zu gehen.²³¹ Um die Inflation einzudämmen setzte man Rationierungen durch.

Dabei nützte dies wenig denn dieses Preissystem hatte nicht das Ziel Angebot und Nachfrage aufeinander abzustimmen.²³² Durch die Zentral gelenkte Wirtschaft wurde die Industrie immer ineffizienter. Gewinn und Verlust schien egal zu sein da der Überschuss an den Staat ging und die Verluste der Selbe wieder ausglich.²³³ Weitere Probleme sollten folgen. Im Zuge der hohen

²²⁹ Grand, 1995., S. 40.

²³⁰ Ebd.

²³¹ Ebd.

²³² Ebd., S. 41 ff.

²³³ Ebd., S.42.ff.

Produktion wurde die qualifizierte Arbeit knapp. Eine Modernisierung mit gleichzeitiger Rationalisierung oder Verbesserung war nicht vorgesehen. Qualifikation und Organisation wurden weder erneuert noch weiterentwickelt. Um die darauf folgenden negativen Effekte abzufangen erhöhten die Sowjets die Rohstoffzulieferung. Die Versuche diese überaus schwerwiegenden Probleme zu lösen wurden mit der Besetzung des Landes durch Sowjetische Truppen zu Nichte gemacht.²³⁴

Um sich ein reales Bild zu machen nützt es nichts die reine Datenlage zu Prüfen. Vaclav Havel, Schriftsteller und spätere Präsident des Landes beschrieb diese Probleme wesentlich deutlicher.

„Das kommunistische Regime hat, von der ideologischen Maxime geleitet, das Dorf müsse sich der Stadt angleichen, die Landwirtschaft als eine einzige, gigantische Industrieanlage konzipiert.“²³⁵

Die Folgen der hohen Produktion brachte er genau so auf den Punkt und erklärte damit ein großes Dilemma in der tschechoslowakischen Ökonomie.

„Die Erträge sind zwar anständig, doch die Produktion ist qualitativ minderwertig, das Fleisch oft giftig.“²³⁶

Bei aller Anstrengung sanken die jährlichen Wachstumsraten der Industrieproduktion von bis dahin 6,7 % im Jahr 1965 auf 5 % des Jahres 1970.²³⁷ Der Terms of Trade verschlechterte sich bis ins Jahr 1980. Das Außenhandelsdefizit stieg immer mehr, von 80 Mio US-\$ 1973 auf 1.128,3 Mio US-\$ im Jahr 1979.²³⁸

Die Mehrheit der Bevölkerung war wohl bewusst welche Schwierigkeiten dieses System mit sich brachte. Nur ein radikaler Systemwechsel konnte zumindest die Wirtschaft wieder in

²³⁴ Ebd., S.48.

²³⁵ Havel, S.52. 1996.

²³⁶ Ebd., S. 53.

²³⁷ Grand, S.49.1995.

²³⁸ Ebd.

Schwung bringen. Die wissenschaftlich- technische Elite begann daraufhin neue Konzepte zu Entwickeln damit bei einem Systemwechsel sich rasch ein neues und besseres Umfeld entfalten kann. Der bekannteste Vertreter dieser Gruppe war und ist Vaclav Klaus. Warum die Republik Tschechien den Umbau so erfolgreich gemeistert hat ist auch sein Verdienst. Aber es benötigt mehr als gute Wirtschaftsdaten. Jedoch sind die geopolitischen Umfeldler schwer zu vergleichen. Die erste Tschechoslowakei 1918/1939 nahm noch den wirtschaftlich zehnten Platz ein in der Weltwirtschaftsliste.²³⁹ Im Verlauf der kommunistischen Ära sank dieser Wert ziemlich schnell ab.

Der Transformationsprozess nach dem Fall des Kommunismus

Zu Beginn dieses Abschnittes müssen einige Begriffe ausführlicher Behandelt werden. Alle ehemaligen sozialistischen Staaten mussten sich mit dem Phänomen der „Transformation“ in Wirtschaft und Gesellschaft auseinandersetzen. Dieser sah in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aus. Jedoch lassen sich einige Tendenzen klar erkennen. Zum einen musste die Politik neu definiert werden. Ihre Aufgaben und Zielsetzungen waren ganz anders zu organisieren. Zum anderen führte der Umbau eines Staates oft gleich zu seiner Auflösung. Dieser Prozess erfolgte ohne Gewalt im Fall der Tschechoslowakei und der DDR. In Jugoslawien endete es hingegen in einem furchtbaren Bürgerkrieg.

Um die Staaten zu reformieren verließen sich alle Länder auf eine neoliberale Marktwirtschaft. Die Erfolge waren dementsprechend und die Transformation erschien mehr einem Chaos als einer Veränderung zu gleichen. Die Marktkräfte unkontrolliert wirken zu lassen zerstörte jegliche Ordnung in einer Gesellschaft. Ob die Folgekosten des unkontrollierten Umbaus zu hoch sind lässt sich schwer feststellen. Vieles hätte nie so erfolgen dürfen. Diese späte Einsicht folgten auch führende Ökonomen. Milton Friedman, der große Vordenker dieser orthodoxen freien Marktwirtschaft, gab bei einem Interview diese Fehler zu und revidierte seine Vorschläge.

²³⁹ Heydemann/ Vodicka (Hrsg.).S.177. 2013

*„Ein Jahrzehnt zuvor, sagte er, hätte er Ländern, die den Sozialismus überwinden wollten, dreierlei geraten : Privatisieren, Privatisieren, Privatisieren. Aber ich hatte unrecht. Fuhr er fort. Es hat sich gezeigt, dass Rechtsstaatlichkeit wahrscheinlich wichtiger ist als Privatisierung“.*²⁴⁰

Im Fall der Tschechischen Republik sowie der Slowakei wurde immer hin um die Rechtsstaatlichkeit genau so erbittert gekämpft wie um die Privatisierung. Wobei dies eher ein Erfolg der Dissidenten ist als die Gruppe rund um Vaclav Klaus. Zum anderen war mit Sicherheit dieses Land auf die Transformation besser vorbereitet als etwa Rumänien oder Russland. Darüber hinaus konnte man oft aus eigener Kraft diese Aufgabe lösen.

So begann man statt mit einer langsamen Einführung in die Marktwirtschaft mit radikalen Reformen. Der kurze Inflationsschock gab der damaligen Regierung recht. Ein makroökonomisches Gleichgewicht sollte sich relativ schnell einstellen.²⁴¹ So war der Staat nicht mehr um Eingriffe in die Volkswirtschaft bemüht. Die Aufgabe lag jetzt viel mehr darin einen gesetzlichen und institutionellen Rahmen zu schaffen in welchen eine moderne Marktwirtschaft stabil funktionieren konnte. Eine indirekte Unterstützung war sicherlich auch die gute Infrastruktur.

Nun lag das hauptsächliche Regierungsinteresse in der Organisation und Steuerung der Ausgaben und Steuerpolitik sowie einer Finanzierung von Sozialversicherungssystemen.²⁴² Diese Erfolge lassen sich an Hand von Arbeitslosendaten gut ablesen. So lag in Tschechien die Arbeitslosigkeit im Jahr 1990 bei 1,0 %. Vergleichbare Transformationsländer hatten damals eine Arbeitslosenrate von Polen 6,1 % und Ungarn 2,5 %.²⁴³ Im Jahr 1993 waren die Zahlen nicht wirklich schlechter geworden. Tschechische Republik schlug sich mit 3,5 % wesentlich besser als Polen mit 15,7 und Ungarn mit 12,1 %.²⁴⁴ Auch die aktuelleren Zahlen sind diesbezüglich zwar unerfreulich jedoch nicht so dramatisch, 2005 lag die Arbeitslosigkeit bei 7,9 % und die Inflationsrate bei nur 1,9 %.²⁴⁵ Bittere Ironie bleibt die Berechnung dieser Zahlen.

²⁴⁰ Vgl. Friedman im Interview mit Gwartney und Lawson in Fukuyama. 2006.

²⁴¹ Grand, S.80.1995

²⁴² Ebd.

²⁴³ Vgl. Raiser in Grand, S. 74. 1995.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Deutsches Bundesministerium für Außenwirtschaft (bfai) , S.3. 2007.

„Die Arbeitslosenrate wird aufgrund der als arbeitslos gemeldeten Personen ermittelt. Dies bedeutet, dass Personen, die nicht länger Anspruch auf eine Arbeitslosenunterstützung haben und daher nicht mehr als arbeitslos gemeldet sind, in der Arbeitslosenrate nicht aufscheinen.“²⁴⁶

Es bedeutet doch nichts anderes als dies. Sollte keine Unterstützung mehr ausbezahlt werden, sind die Menschen auch nicht mehr arbeitslos. So sind Rentner, die von der Pension nicht leben können immerhin nicht Arbeitslos. Notstandshilfe Empfänger oder Bürger der Tschechischen Republik welche in Ausland zu sehr niedrigen Löhnen Arbeiten müssen Fallen in diese Statistik genau so wenig hinein. Arbeiter die durch ihre Tätigkeit Invalid geworden sind, sowie Studenten die einer sehr schlecht bezahlten Arbeit nachgehen müssen fallen auch nicht in diese Statistik. Aber alle haben Sie etwas gemeinsam, sie sind nicht arbeitslos.

Bei der Wiederherstellung von Grundbesitz waren die Aufgaben schnell gelöst. Denn in der Tschechoslowakei wurde das landwirtschaftliche Vermögen niemals formal enteignet. Der Staat hatte nur das Benutzungs- und Verfügungsrecht für staatliche Farmen und Genossenschaften. Die Grundbücher beinhalteten aber immer noch die rechtmäßigen Eigentümer. Im Juni 1991 trat ein Gesetz in Kraft welches, das Nutzungsrecht den Eigentümern und Ihren Erben wieder zurück erstattete. Voraussetzung war die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft sowie ein ständiger Wohnsitz im Inland.²⁴⁷

Im selben Jahr wurde auch der Außenhandel liberalisiert. Zwei wesentliche Probleme ergaben sich daraus. Zum einen war der Handel mit den RWG-Staaten zusammengebrochen. Auf der anderen Seite ergab sich ein abrupter Preiswandel, da von nun an nach Weltmarktpreisen produziert werden musste. Um einen Teil der Kooperation zu den Nachbarländern aufrecht zu halten, wurde am 1.3.1993 das Visegrad-Abkommen unterzeichnet. Bekannt ist es auch unter dem Kürzel CEFTA (Central European Free Trade Agreement). Dieses Freihandelsabkommen zwischen Tschechien, Slowakei sowie Polen und Ungarn sieht einen stufenweisen Abbau der Zölle vor sowie eine regionale Kooperation zwischen den Ländern. In der Exportsteigerung wurde eine sehr liberale Politik verfolgt. Die Zölle wurden mit durchschnittlich 8 % niedrig gehalten aber gleichzeitig ein Zuschlag auf Konsumgüter und Nahrungsmittel erho-

²⁴⁶ Grand, S.75. 1995.

²⁴⁷ Ebd., S.92.

ben. Die Ausfuhren von Produkten erfolgte relativ einfach da günstig und flexibel produziert werden konnte.²⁴⁸

Welches Gewicht der Tourismus als Ausgleich in der Handelsbilanz hat, konnte nicht ermittelt werden. Eindeutige Quellen sind schwer zu finden. Jedoch sind Sie ein entscheidender Faktor für Export Daten. So konnte unter anderem Österreich Jahrzehnte lang die fehlende Industrie mit dem Tourismus ausgleichen. Eine negative Handelsbilanz ist immer einfach durchzusetzen, wenn Sie kompensiert werden kann. Staaten die diese Möglichkeit nicht haben, können so nicht agieren.

So schien die Transformation zu einer modernen Volkswirtschaft ein Erfolgsmodell zu werden. Kein anderes Land hatte sich so selbstverständlich in diese neue Rolle gefügt wie Tschechien. Der nächste große Schritt war der Beitritt zur Europäischen Union. Wie selbstverständlich wurden alle Reformen erfolgreich durchgeführt und die Wirtschaftsdaten belegten wieder einmal die richtige Politik. Jedoch ergaben sich schwerwiegende Probleme.

Am 30. November 1997 reichte Ministerpräsident Vaclav Klaus seinen Rücktritt ein. Die beiden kleineren Koalitionsparteien waren in einen Schmiergeldskandal verwickelt. Eine Buchprüfung fand die falschen Angaben heraus und deckte die verschleierte Spenden in Millionenhöhe auf.²⁴⁹ Dieses Geld stand im direkten Zusammenhang mit Privatisierungserlösen. Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen ging am 21. Juni 1998 der Sozialdemokrat Milos Zeman hervor und wurde auch mit der Regierungsbildung beauftragt.²⁵⁰

Am 3. Dezember 1999 forderten 35 000 Demonstranten den Rücktritt von Zeman und Klaus. Auch in 20 anderen Städten der Republik gab es Demonstrationen. Grund für diese heftige Reaktion war der aufgestaute Unmut über die Politik. Der Vorwurf lag vor allem in der Ignoranz der Politiker gegenüber den gesellschaftspolitischen Problemen. Aber auch die nicht enden wollende Korruption war für viele ein Problem.²⁵¹ Durch die Politik „versinkt das Land in einer Stagnation“ und viele plagte die Angst durch einen verschobenen EU Beitritt um ihre Lebenschancen gebracht zu werden.²⁵² Ein interessantes Argument, da in den vorhandenen Wirtschaftsanalysen von Stagnation oder gar Korruption keine Rede ist. Bestechung und

²⁴⁸ Ebd., S. 92 ff.

²⁴⁹ Baljer. 2000, S. 92.

²⁵⁰ Vgl. Hanousek in Baljer. 2000, S. 92.

²⁵¹ Baljer. 2000, S. 93.

²⁵² Ebd.

Günstlingswirtschaft könnte wohl auch durch die enormen Investitionssummen entstanden sein.

Eine gute Justiz die solche Auswüchse abfangen soll benötigt auch einen modernen Staatsapparat. Darüber hinaus muss die Richterschaft Instrumente entwickeln um diesen Aufgaben gewachsen zu sein. Sollte man viele Jahre auf einen Gerichtsbeschluss warten, bleibt es für den Bürger ein Hohn und die Rechtspflege versinkt in Stagnation. Das Gesetz kann so unterlaufen werden und ein Vakuum der Legitimität entsteht. Um in einer Republik zu einem modernen und souveränen Rechtssystem zu gelangen werden Jahre benötigt. Die Instrumente sind andere als in der Wirtschaft. Ein guter Rechtsaufbau kann nicht verordnet werden. Richter sind nicht austauschbar wie Manager, ganz im Gegenteil. Sie sind unkündbar und handeln nicht im Sinne von Angebot und Nachfrage. Eine ideologische Gefahr besteht auch darin den freien Markt mit einem politischen System gleich zu setzten.²⁵³ Doch die Demokratie benötigt eine liberale Gesellschaft und einen Staat aber nicht unbedingt einen absolut freien Markt.

So bleibt der Eindruck bei vielen Themen widersprüchlich. Im wirtschaftlichen Bereich finden sich auch Bemühungen um eine Rechtsordnung. Auf der einen Seite möchten stark liberale Kräfte eine Modernisierung des Landes erreichen. Doch wird auch ein Ausgleich sowie eine rechtliche Struktur verankert. So gibt es Firmentarifverträge (podnikové kolektivní smlouvy) und Verbandstarifverträge (kolektivní smlouva vyssiho). Beide müssen schriftlich vorliegen und geben Arbeitgeber sowie dem Arbeitnehmer ein Regelwerk.²⁵⁴

Interessant ist auch der Verabschiedung eines Mindestlohnes. Dieser wurde am 1.7.2006 eingeführt und beträgt 48,10 CZK pro Stunde (ca. 1,6 EURO). In diesen Zusammenhang wird von einer 40. Stunden Woche ausgegangen. Daraus ergibt sich ein Monatslohn von 7955,00 CZK.²⁵⁵ Ob dieser Lohn für eine menschenwürdige Lebensgrundlage ausreicht, entzieht sich der Erkenntnis dieser Arbeit. Aber es ist ein klarer Rechtsbestand und unterstreicht sehr wohl die Bemühungen um einen Ausgleich.

Eine Gesetzeshilfe war in vielen Teilen auch die Europäische Union. Die Beitrittskandidaten mussten den gesamten Rechts und Regelbestand in den Parlamenten durchwinken. Die Zentralbanken wurden der parteipolitischen Einflussnahme vollkommen entzogen. Weiteres wurde

²⁵³ Baljer. 2000, S. 112.

²⁵⁴ Gerauer/ Britz. 2006, S. 4.

²⁵⁵ Ebd., S. 36

auf die rechtliche Situation sehr genau geachtet, wenn auch nur bei Großprojekten. Sonst würden sich die Demonstrationen kaum erklären lassen.

Faktum bleibt, dass Banken nur dort investieren wo es ein funktionierendes Konkursrecht für Sie gibt. Darüber hinaus braucht es eine effiziente Finanzmarktaufsicht da sonst keine Betriebsmittel beschafft werden können. Diese Strategie der Europäischen Union scheint besser funktioniert zu haben als der Washington Consensus. Letztgenanntes Programm wurde 1990 für die lateinamerikanischen Staaten ausgearbeitet um ihre Modernisierungskrise zu überwinden. Die Länder erlangten dabei ihre Kreditwürdigkeit wieder jedoch mit nicht mehr zu verantwortbaren Folgen für die dort lebende Bevölkerung. In den mittel und osteuropäischen Ländern ist es zumindest gelungen die Oligarchen zu einer seltenen Spezies zu machen. Der Druck von der EU auf die jeweiligen staatlichen Organe entzog den kommunistischen Kaderleuten weitestgehend die politische Macht.²⁵⁶ Jedoch kommt es auch immer auf eine Zivilgesellschaft an die diese Entwicklungen unterstützt und der eigenen Nation eine Chance gibt. Tschechien ist dies trotz sozialer Härtefälle eindrucksvoll gelungen. Die erfolgreichen Beschäftigungsdaten zeigen vielen Transformationsländern wie eine erfolgreiche Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren kann. Die Arbeitslosenquote spiegelt den erfolgreichen Beschäftigungsweg wider.

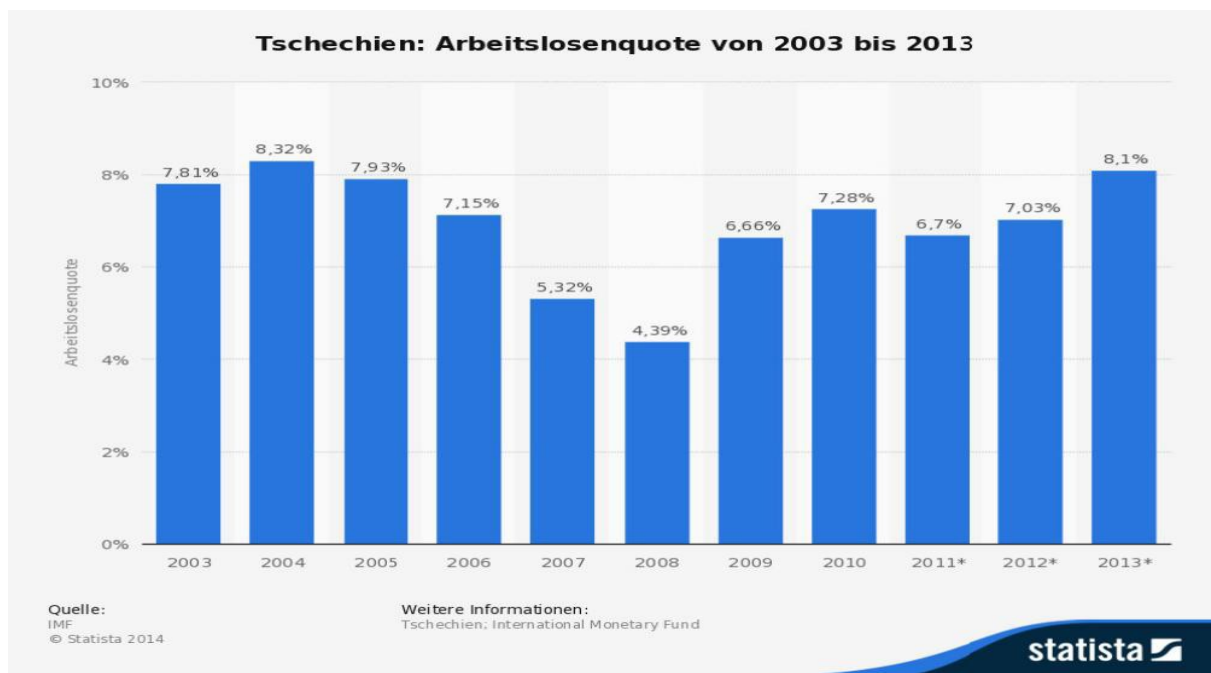


Abb.: Arbeitslosenquote Tschechien 2003-2013

²⁵⁶ Kreyenbühl, S. 13.2007.

Aktive Arbeitsmarktpolitik in Europa und Grundprobleme

In einer aktiven Arbeitsmarktpolitik lassen sich viele innovative Instrumente finden. Sie basieren offenbar vor allem auf gewissen Grundkonstanten. Zum einen ist ein modernes Management aus Zeit, Arbeit und Einkommen ein wichtiger Faktoren. Der richtige Organisationsgrad aus diesen Konstanten lässt eine hohe Beschäftigung zu. Die Schaffung eines allgemeinen Wohlstandes und die sich daraus ergebende Lebensqualität sind wohl ein Hauptergebnis aus richtigem politischen Handel. Durch den Strukturbruch und Ölpreisschock von 1973/74 mussten alle Staaten ihr Budget anders konstruieren.²⁵⁷ Der Grund dafür ist die mangelnde finanzielle Beweglichkeit. Eine zu hohe Staatsschuldenquote kann zu einem erheblichen Problem werden, da eine aktive Wirtschaft und Sozialpolitik nicht mehr gewahrt werden kann. Allerdings folgte daraus ein strukturelles Problem, da die Steuer- und Abgabenquote viel zu einseitig erfolgt.

*„Die effektive Steuerbelastung des Faktors Arbeit stieg im europäischen Durchschnitt von 1970 bis 2000 signifikant an, nämlich von 25% auf 38% des Brutto-
lohns, dagegen erhöhte sich die Steuerbelastung des Faktors Kapital in demselben
Zeitraum um nur 5 % [...]“²⁵⁸*

Dies ist eines der Hauptgründe der hohen Arbeitslosigkeit in Europa. Zum anderen kommt zum Faktor Arbeit im Gegensatz zum Kapital ein enormer bürokratischer Aufwand hinzu. So ist neben der Steuerbelastung auch die Bürokratie nicht zu unterschätzen. Da in jedem Staat auch andere Gesetze gelten, sind Abgaben und Arbeitszeiten nicht homogen und damit immer unterschiedlich zu verwalten. Im Bereich des Kapitals sowie Immobilien und Aktienbesitz wird ein solcher Aufwand nicht betrieben. Zum anderen ist die Fiskalpolitik der Staaten nicht nachzuvollziehen. Die Finanzpolitik der europäischen Staaten lässt sich in den letzten drei Dekaden weder als „keynesianisch“ noch als „neoliberal“ bezeichnen. Vielmehr ist es ein bürokratisches Finanzverwalten, in dem das Geld eingenommen wird und so wenig wie möglich ausgegeben wird.²⁵⁹

²⁵⁷ Wala (Hg.). 2002. S.36.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Ebd., S. 40

Die Folge eines solchen Handelns ist offensichtlich. Zum einen wird bei guter Konjunktur kein Überschuss erwirtschaftet noch gegengesteuert, wenn die Wirtschaft in einen Abschwung kommt. Auch der EU Vertrag von Maastricht kommt für alle Staaten der Euro Zone eine erschwerende Hürde hinzu. Da das Staatsbudget klare Vorgaben vorschreibt ungeachtet der Beschäftigung und Wachstumspolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten. Das Staatsbudget hat damit erhebliche Einschränkungen und kann nur in diesen Vorgaben eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben.

„Das Budgetdefizit darf 3 % des BIP nicht überschreiten und die Staatsschuldenquote muss auf 60 % des BIP zurückgeführt werden.“²⁶⁰

Diese Vorgaben können den Staat vielleicht in seiner Finanzgebarung stabil halten. Ob diese zu einer besseren und nachhaltigen Entwicklung führt bleibt umstritten. Die Ökonomie bleibt daher auch immer eine politische Frage. Daher geht es nicht nur darum ob der Staat oder der Markt dominiert sondern um Interessenkonflikte zwischen sozialen Schichten, Gruppen sowie Staat und Branchen. Die moderne mathematische Ökonomie hat diese Aspekte sträflich ignoriert.²⁶¹

„Die Gefahr ist groß, dass die Priesterkaste der mathematischen Ökonomie auch in Zukunft grundlegende ordnungspolitische Zusammenhänge ignoriert und sich in esoterischen Modellen ergeht, während draußen in der Welt bereits die nächste Blase entsteht.“²⁶²

Forschung und Technologiepolitik - ein kurzer Einblick

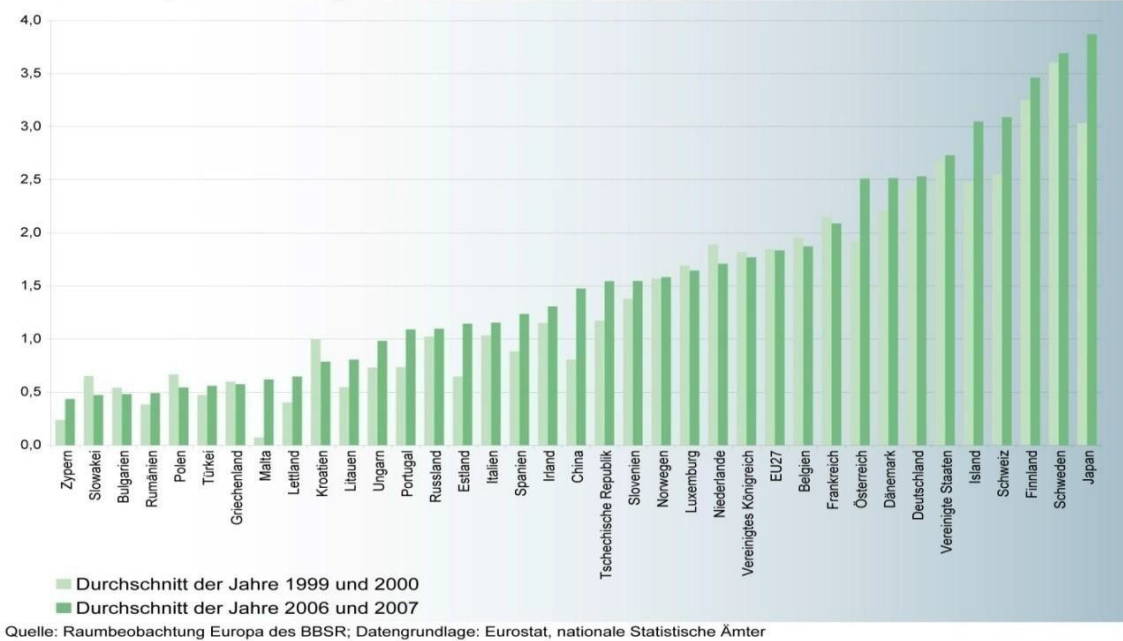
Dieser Bereich wird allerdings nur rudimentär und kurz in der Arbeit behandelt werden, da er nicht Gegenstand des untersuchten Themas ist. Er bleibt aber ein Schlüsselindikator für eine neue Arbeitsmarktpolitik.

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Otte. 2009, S.16.

²⁶² Ebd.

Abb.2 Anteil der gesamten FuE Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes


Abb.: Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP²⁶³

Die Beschäftigungsquote der vergleichenden Staaten rein auf die ökonomischen Modelle zu reduzieren wäre also keine Erklärung für deren Erfolg. Auch der unter gelebten demokratischen Bedingungen bewältigte Wandel scheint ein Erfolgsfaktor zu sein. Für eine bessere Entwicklung und Ausweitung einer modernen Beschäftigung sind jedoch nicht nur die Arbeitsmodelle und deren Innovationen ausschlaggebend gewesen. In eine entwickelte Gesellschaft gehört auch eine Forschung und Technologiepolitik. In entwickelten Staaten ist die Wissenschaft und Technik ein zentraler Faktor für die Volkswirtschaft und kommt damit einer strategischen Grundkonstante gleich.²⁶⁴

In Mitteleuropa und damit in den beschriebenen Staaten wurde dieser Themenkomplex immer wieder aufgebaut und früh institutionalisiert. Jedoch gezielte staatliche Forschung und Technologiepolitik mit hohen finanziellen Mittel auszustatten ist immer wieder vernachlässigt oder unterbunden worden. Erst langsam wurde dies erkannt und es erfolgte eine eigenständige Forschungspolitik um die technologische Abhängigkeit abzubauen. Warum dies für Mitteleuropa so wichtig ist, liegt auf der Hand. Die geringen natürlichen Ressourcen und die starke Außenhandelsabhängigkeit machen einen solchen Schritt unerlässlich. Ein hoher Industrie und Dienstleistungsausstoß wird langfristig nur über eine Erhöhung der Forschung und Entwicklungsquote erreicht werden. Die Förderstruktur der einzelnen Staaten ist jedoch sehr undurchsichtig und schwer auszumachen. Jedoch kann rudimentär sehr wohl einiges abgelesen werden. Am anteiligen Bruttoinlandsprodukt lässt sich zumindest die finanzielle Bemühung ablesen.

²⁶³ URL.: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2009/5/GrafikenKarten.html>. [13.06.2014]

²⁶⁴ Dachs(Herg.).S.713.2006.

Neben der Infrastruktur ist seit den 1990er Jahren die Forschung und Entwicklungsquote ein wesentlicher Stabilitätsfaktor bleiben. Diese Ausgaben sind für eine Modernisierung einer Wirtschaft und damit für die Beschäftigung besonders wichtig. In den kommenden Jahren wird dies ein entscheidender Faktor für neue Beschäftigungen mit hoher Lebens und Einkommensqualität darstellen. Durch das Erwerben von Fähigkeiten in diesem Bereich können viele andere Kosten kompensiert werden. Gemeint sind Steuerquoten sowie Bürokratie und Abgaben.

Die so errechenbare Mittelausstattung zeigt bei den einzelnen Staaten die sogenannte Forschungslücke.²⁶⁵ Ab wann ein volkswirtschaftlicher Beschäftigungseffekt erreicht wird ist in dieser Branche schwer zu messen. Jedoch zeigen erfolgreich entwickelte Ökonomien auch einen kontinuierlichen hohen Wissenschaft und Forschungsstand. Die kontinuierliche Steigerung dieser Ausgaben hält längerfristig eine Volkswirtschaft im Wettbewerb. Eine moderne Industrie und Dienstleistungsgesellschaft wird ohne diesen Ausgaben sich kaum

weiter entwickeln können. Die hohe europäische Fragmentierung der Forschung (Forschungsdschungel)²⁶⁶ wird eine koordinierte Strategie benötigen. Die länderübergreifende Koordinierung wird noch Jahre brauchen. Jedoch sind sie in der längerfristigen Planung ein wesentliches Element der Wohlstandssteigerung.

Hoch komparatistische Demokratien weisen eine erstaunlich niedrige Arbeitslosigkeit auf. Wie das Beispiel Österreich zeigt, sind sie auch sehr anpassungsfähig und erreichen hohe Beschäftigungsquoten. Oft lassen sich aber diese schwer kopieren oder sind in einem Transformationsprozess nicht immer die beste Wahl. Dem Strukturwandel wurde in den beschriebenen Staaten nicht nur ökonomisch begegnet. Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung sind bis heute wesentliche Erfolgsbegleiter. Die neuen Arbeitsmarktinnovationen konnten in allen Ländern Fuß fassen und dadurch die Erwerbslosigkeit gesenkt werden. Einzig die Flexsecurity ist nicht von staatlicher Seite aus angewendet worden.

Weiter kann festgestellt werden, dass der Faktor Arbeit und seine Entlohnung steuerlich entlastet werden muss. Die Steuerfinanzierung allein über die Erwerbsarbeit zu organisieren belastet den Arbeitsmarkt schwer. Immobiliengewinne sowie Erträge aus Aktien und Vermögen müssen viel höheren Abgaben unterliegen als die reale Arbeit. Solange solche Grundstrukturi-

²⁶⁵ Dachs (Herg.). 2006. S.724.

²⁶⁶ Ebd.

ren zementiert sind, wird es auf Dauer keine befriedigende Lösung für die Beschäftigung geben. Mit diesem Phänomen müssen sich alle Staaten in Europa auseinandersetzen und eine Lösung finden.

Arbeitsmarkt: Versuch eines Grundsatzes und Fazit

Die aktuellen Arbeitsmärkte können für Mittel und Osteuropa wie folgt charakterisiert werden. Die Beschäftigungsverhältnisse können als ein Modell in drei Ebenen beschrieben werden. Auf den ersten Abschnitt sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gut aufeinander eingespielt und besitzen die gleichen Rechte und Pflichten. Auf der zweiten Ebene sind die Regelungen viel flexibler und weniger an das Recht gebunden. Der arbeitsrechtliche Schutz ist auf dieser Ebene geringer. Die letzte Ebene kann als prekäre Arbeitsbedingung bezeichnet werden. Somit hängt es von den rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Einhaltung ab in welche der drei Ebenen sich ein Arbeitsmarkt entwickelt. Egal mit welcher Organisationsform der Arbeitsmarkt arbeitet. Der ideale Zustand liegt in der ersten Ebene. Die meisten Beschäftigungsverhältnisse müssen auf dieser Ebene geschaffen werden. Egal ob es sich um Teilzeit, Leiharbeit, neue Selbstständige oder andere Formen der rechtlichen Arbeit handelt. Der primäre Arbeitsmarkt muss in der ersten Ebene entstehen. Die Vereinbarkeit von Beschäftigung, Leben, Familie und sozialen Frieden sollte unter diesen Aspekten entstehen. Nur ein marginaler Teil darf in der letzten Ebene aufscheinen und in der letzten Zone liegen.²⁶⁷

So kann der Arbeitsmarkt nicht nur unter den ökonomischen Bedingungen analysiert und erklärt werden. Die rechtlichen Aspekte sind, vor allem im Bezug auf die menschliche Erwerbsarbeit wesentlich. Die breite Beschäftigung entsteht heute in der Dienstleistung was für das Selbstverständnis aller Institutionen in einer Gesellschaft ein enormes Umdenken erfordert. In der heutigen Problematik Rund um den Arbeitsmarkt und der Beschäftigungspolitik lassen sich in ganz Europa Gemeinsamkeiten der Krise ablesen. Die Funktionsdefizite der Demokratie sind überall ziemlich ähnlich. Jedoch sind die Unterstützungen im postsozialistischen Raum sehr viel geringer. Es bewirkt eine Verringerung der Innovation am Arbeitsmarkt. Vieles ist einfach wie in einem „neoliberalen Lehrbuch“ übernommen worden. Außer der Kurzarbeit sowie der Leiharbeit, die auf Industriearbeit basiert, ist keine Idee flächendeckend implementiert worden. Neue Kooperationen auf rechtlicher Grundlage müssen geschaffen werden. So wird ein neues Selbstverständnis eben auch Zeit brauchen und sich neu einspielen müssen.

²⁶⁷ Vgl. Stransky bei Banuta, S.25.ff. 2007.

Literaturverzeichnis

Bücher

Alaveras, Beata : **Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei**, Wien, Dissertation, 2004.

Anderssen K./ U. Bitzegeio/ J. Mittag (Hrsg.) : **Nach dem Strukturbruch?**, Bonn, J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2011.

Benatui Anna/ Laqua Markus : **Zeitarbeit in Deutschland, Tschechien, Polen**. Dresden, Bundesministerium Arbeit und Soziales, 2007.

Baljer, Sabine : **Stationen der Integration der Tschechischen Republik in die Europäische Union seit 1989 und deren Auswirkungen auf österreichische und tschechische Unternehmen**. Linz, Diplomarbeit, 2000.

Barth, Boris (Hrsg): **Konkurrenzpartnerschaft**, München, Klartext-Verlags GmbH, 1999.

Bichler, Stefan : **Tschechen und Slowaken**, Diplomarbeit, 1995.

Blagojevic, Sona : **Regionale Beschäftigungseffekte des EU-Beitritts der Slowakei**, Dissertation, 2006.

Bourdieu, Pierre: Politik, Berlin, Suhrkamp Verlag, 2013. Dachs (Herg.) : **Politik in Österreich**. Wien. Manz Verlag, 2006.

Priestland, David: **Weltgeschichte des Kommunismus**, München, Siedler Verlag, 2010.

Drucker Peter F : **Was ist Management**, Berlin, Ullstein Verlag, 2007.

Engel, Reinhard : **Der harte Weg nach Europa**, Wien, Deuticke Verlag, 1999.

Fath, Janos : **Die Industrien Tschechiens und der Slowakei: Profile, Trends und Bezug zu Österreich**. Wien, WIIW, 1993.

Feith, Peter : **Steueroase Slowakei**. Wien, Linde Verlag, 2007.

Fourasrie, Jean : **Die große Hoffnung des 21. Jahrhunderts**. Berlin, Ullstein Verlag, 2006.

Fukuyama, Francis : **Staaten Bauen**, Berlin, Ullstein Verlag, 2006.

Gerauer, Alfred/ Britz Thomas : **Arbeitsrecht in der Tschechischen Republik**, München, rehm Verlag, 2006²

Grand, Claudia : **Der Wirtschaftliche Transformationsprozess in Tschechien und der Slowakei**, Wien, Diplomarbeit, 1995.

Gregusova, Barbara : **Steuersystem in der Slowakischen Republik**, Diplomarbeit, 2005.

Greiner, Müller (Hrsg.) : **Ökonomie im Kalten Krieg**, Hamburg, HIS Verlag, 2010.

Harvathova, Maria : **Entwicklung des Arbeitsmarktes und Beschäftigungspolitik in der Slowakei und Tschechischen Republik**, Diplomarbeit, 2003.

Hinte, Holger /Zimmermann Klaus F. (Hrsg.): **Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt**, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 2013.

Illy, Michal : **Vergleichende Analyse der Produktion**. Diplomarbeit, 2004.

Klima, Lenka : **Kooperationsbeziehungen und ausländische Direktinvestitionen in der Slowakei**, Diplomarbeit. 2000.

Marterbauer, Markus : **Wem gehört der Wohlstand ?** Wien, Paul Zsolny Verlag, 2007.

Merkel Wolfgang : **Systemtransformation**, Wiesbaden, GWV Verlag, 2010.

Neubert, Miriam : **Tschechiens Außenhandel erneut mit Rekord- Überschuss**, Bundesagentur für Außenwirtschaft, bfai, (09.07). 2007.

Otte, Max : **Krisenjahr 2009**, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 2009.

Schröder, Gerhard : **Fleißig, billig, schutzlos**. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 2009.

Segert, Dieter: **Transformation in Osteuropa im 20. Jahrhundert**. Facultas, 2013.

Seifert, Hartmut / Struck Olaf (Hrsg.) : **Arbeitsmarkt und Sozialpolitik**. Wiesbaden, GWV Fachverlag, 2009.

Havel, Vaclav: **Von welcher Zukunft ich träume**, Berlin, Rowohlt, 1996. Vasek Thomas : **Work-Life –Bullshit**, München, Riemann Verlag, 2013.

Visser, Jelle, Hemerijck, Anton : **Ein holländisches Wunder?**, Frankfurt am Main, Campus Verlag GmbH, 1998.

Vodicka, Karel / Heydemann, Günther : **Vom Ostblock zur EU**. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 2013.

Wala, Adolf : **Vom Schilling zum Euro**, Festschrift. Wien, Manzsche Verlag, 2002.

Fachmagazine und Zeitungen

Kreyenbühl, Thomas : **Globalisierung und Entwicklung – der zentraleuropäische Modellfall**, in: NZZ, 21.07.2007. Neue Zürcher Zeitung

Triebe, Benjamin : **Der Fluch der Kolchosen**, in:NZZ, 23.11.2013. Neue Zürcher Zeitung

Kuttner, Robert : **The Copenhagen Consensus**. Foreign Affairs. 04.2008.

Weitere Quellen

Interview von Tassilo Maleta: **Gespräch mit Gerhard Flenreiss**, geführt am 24. Juli 2013.

Internet

Arbeiterkammer im Internet,

URL.: <http://bruttonetto.arbeiterkammer.at/>. [20.01.2014]

Bundeszentrale für politische Bildung im Internet,

URL.: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20779/strukturelle-arbeitslosigkeit>. [16.08.2013]

Bundeszentrale für politische Bildung im Internet,

URL.: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19810/konjunkturelle-arbeitslosigkeit>. [16.08.2013]

Bundeszentrale für politische Bildung im Internet,

URL.: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20779/strukturelle-arbeitslosigkeit>. [16.08.2013]

Das Zeitarbeiterportal im Internet,

URL.: <http://personalorder.de/index.php?load=3,9&land=oesterreich>. [16.08.2013]

Das Zeitarbeiterportal im Internet,

URL.: <http://personalorder.de/index.php?load=3,9&land=oesterreich>. [19.11.2013]

Das Zeitarbeiterportal im Internet,

URL.: <http://personalorder.de/index.php?load=3,9&land=tschechien>. [19.11.2014]

Der Bildungsspiegel im Internet unter URL.:

URL.: <http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/eurostat-arbeitslosenquote-der-eurozone-stabil-bei-7-1.html?Itemid=262> [19. 03.2008]

Deutsches Auswärtiges Amt, im Internet URL.: <http://www.auswaertiges->

[amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Geschichte.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Geschichte.html) [09.08.2007]

Deutsches Bundesinstitut für Bau.- Stadt und Raumforschung im Internet,

URL.: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2009/5/GrafikenKarten.html>. [13.06.2014]

Didier Raoul im Internet,

URL.: <http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/106049.html> [18.06.2013]

Die Zeit im Internet,

URL.: http://blog.zeit.de/herdentrieb/2006/10/20/warum-die-lohne-so-langsam-steigen_86. [13.07.2014]

Europäische Kommission im Internet,

URL.: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-464_de.htm. [11.08.2013]

Europäische Union Amtsblatt im Internet,

URL.: <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:308:0046:0051:DE:PDF>. [09.02.2014]

Europäische Union EUROSSTAT im Internet,

URL.: <http://www.cap.lmu.de/download/2004/erweiterung/Tschechien.pdf>. [10.07.2014]

Grünstäudl Mag. (FH) Martin im Internet,

URL.: <http://www.gruendungswissen.at/gruendungswissen/blog-post/2011/04/06/gruenderlexikon-lohnnebenkosten>. [13.07.2014]

Hans Böckler Stiftung im Internet,

URL.: <http://www.boeckler.de/40575.htm>. [10.07.2014]

Höpfel Armin im Internet URL.:

URL.: http://www.slowakei-net.de/deutsch/slowakei_daten.html [20.03.2008]

Informationsagentur Mittel- und Osteuropa GmbH im Internet, URL.:

<http://www.imoe.de/kontakt.html>. [20.01.2014]

Mandl Irene, Mascherini Massimiliano im Internet,

URL.: http://www.boeckler.de/wsimit_2011_07_mandl.pdf. [25.02.2014]

MMC Consulting im Internet,

URL.: <http://www.slowakei.sk/firmengruendung/?page=steuern> [19.03.2008]

OECD : In Zahlen und Fakten im Internet

URL.: http://www.oecd-ilibrary.org/economics/die-oecd-in-zahlen-und-fakten-2011-2012/teilzeiterwerbstatigkeit_9789264125469-60-de;jsessionid=2iu2hi1ci1e5w.x-oecd-live-01. [22.07.2013]

Schweickert Rainer im Internet,

URL.: http://www.econstor.eu/bitstream/10419/3082/1/372946925.pdf?origin=publication_detail. [26.05.2014.]

SLC-Europe Unternehmensgruppe im Internet,

URL.: <http://www.slowakei.com/pages/slowakei/w%C3%A4hrung-slowakei/slowakei-w%C3%A4hrung.html>. [20.03.2008]

Statista GmbH im Internet, URL.:

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/273661/umfrage/arbeitslosenquote-in-der-slowakei/>. [23.06.2014]

Statistik Austria im Internet,

URL.: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/ [08.01.2014]

Talos Emmerich/ Fink Marcel : Arbeitslosigkeit: eine Geißel, die nicht verschwindet im Internet, URL.:

http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/talos_fink_arbeitslosigkeit.pdf. [20.07.2014]

Abstract (deutsch)

Für eine Industrie und Dienstleistungsgesellschaft ist die Beschäftigungspolitik ein wesentliches Thema. Seit dem Ende der Schwerindustrie, Mitte der siebziger Jahre, mussten die Staaten in West und Osteuropa neue Wege für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung finden. Neue Formen der Anstellung fanden einen Weg aus der Arbeitsmarktkrise. Die breite Anwendung von Teilzeit, moderne Weiterbildungsmaßnahmen wie der Flex Security wurden entwickelt.

Aber auch problematische Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit und Kurzarbeit sind heute Alltag geworden. In den ehemaligen sozialistischen Ökonomien Tschechien und der Slowakei waren diese modernen Beschäftigungspolitiken auch Teil des Transformationsprozesses. Diese Arbeit untersucht die modernen Bestrafungsmethoden und beschreibt den Transformationsprozess in Mitteleuropa.

Abstract (English)

Labor market regulation is a central issue facing today's service society. Since the decline of heavy industry in the mid 70s, governments in Middle and Eastern Europe had to find new ways to ensure reasonable rates of economic growth and employment. New forms of employment relations turned out to be a solution to the labor market crisis. Measures like the broadening of part-time job opportunities, re-training and continuing education as well as Flex-security were developed and put into practice. At the same time, employment relationships like "labor leasing" (Leiharbeit) and "short-time work" (Kurzarbeit) proved to be problematic while becoming realities of the labor market, too. In former socialist economies and transformation states, such as the Czech Republic and Slovakia, these labor market policies and regulations were part of their post-socialist transformation processes. The thesis provides an analysis of these modern labor market policies and elucidates them by understanding the contextual features of the transformation processes in the case-studies of Eastern European states.

CV Tassilo Maleta B.A.

Adresse: Zwölfergasse 25/4, A-1150 Wien
Telefon: +43-0650 892 8112
Fax: +43-1-8928191
E-Mail: tassmalet@gmail.com



Persönliche Daten:

Geburtsdatum: 14. April 1976
Geburtsort: Kitzbühel, Tirol
Staatsbürgerschaft: Österreich
Familienstand: ledig

Schulische und universitäre Ausbildung:

2011-2014 Studium der Politikwissenschaft (abgeschlossen)
 Master (Moderner Arbeitsmarkt)

2006-2011 Universität Wien, Institut für Human-
 und Sozialwissenschaften
 Studium der Politikwissenschaften (abgeschlossen)

27.06.2011 Bachelorstudium Politikwissenschaft

10/05 Universität Wien, Studienberechtigungsprüfung bei Univ.-Prof.
 Dr. Oberleitner

02/99 – 01/00	Zivildienst, Kaiserin Elisabeth Spital (15. Bez. Wien)
10/98 – 07/04	Oberstufenrealgymnasium, Ödenburgerstraße, Wien
	Externistenreifeprüfung, Abschluss der 8. Klasse, (mittlere Reife)
1991-1993	Bundeshandelschule Hollabrunn, NÖ
1987-1991	Hauptschule Hollabrunn, NÖ

Wien, am 13. November 2014

Tassilo Maleta

